



SELBSTHILFE BRANDENBURG

1991 – 2011

20 JAHRE

*Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe
von Menschen mit Behinderung und
chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen
Brandenburg e. V.*



Frauenselbsthilfe nach Krebs



Blinden- und Sehbehinderten-
Verband Brandenburg e. V.



Landesverband Aphasiker



Deutsche Rheuma-Liga
Landesverband



Landesverband
der Gehörlosen



Landesverband
der Schwerhörigen



DGM
Landesverband Brandenburg



LVKM
Berlin-Brandenburg



Landesverband „Niere“



Autismus Deutschland e. V.
Landesverband



Bundeshilfe Kleinwüchsiger Men-
schen
Landesgruppe Brandenburg



Bezirksverein der Kehlkopflosen



Diabetiker



Landesselbsthilfeverband
Osteoporose

Herausgegeben im März 2011

Herausgeber:

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Brandenburg e. V.

Internet: www.lag-selbsthilfe-bb.de

e-mail: lagsh.bb@swschwedt.de

Druck: Druckerei Wippold, Schwedt/Oder



SELBSTHILFE BRANDENBURG

*Vorwort des Ministers für Arbeit, Soziales und Familie,
Herrn Günter Baaske*

Glückwunsch Frau Lammel

1991 – 1994

1994 – 1997

1997 – 2000

2000 – 2003

2003 – 2006

2006 – 2010

2011 –

*Rückblick und Ausblick vom Vorsitzenden der LAG-
SH, Herrn Strüwing*

Abkürzungserklärung



Vorwort

zum 20-jährigen Bestehen der
LAG Selbsthilfe Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 20-jährigen Jubiläum Ihres Selbsthilfe-Verbandes übermittle ich Ihnen meine besten Grüße und Wünsche. Ich danke Ihnen allen aufrichtig und herzlich – den „Ehrenamtlichen“ wie den „Professionellen“ – für Ihren solidarischen und starken Einsatz, mit dem Sie Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke im Land begleiten, sie ermutigen und ihnen wieder neuen Lebensmut geben, sowie die Angehörigen mit konkreter Hilfe unterstützen.

Zwei Jahrzehnte sind seit der Gründung Ihres Dachverbandes vergangen. Das waren bewegte und bewegende, aufregende und interessante Jahre! Aus den zaghaften Anfängen hat sich eine eigenständige Organisation entwickelt, die mit großer Energie die Anliegen ihrer Mitglieder vertritt. Mit Ihrem umfangreichen Informations- und Beratungsnetz, mit der Suche nach besseren Versorgungsstrukturen und Rehabilitationsangeboten und insbesondere mit der Förderung von Strukturen, die Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, leisten Sie und Ihre Mitgliedsvereinigungen eine unentbehrliche Arbeit. Und darüber hinaus sensibilisieren Sie die Öffentlichkeit in einer Weise, die vielfältiger Hilfe neue Wege bahnt.

Ihr Engagement geschieht auch immer wieder im kritischen Dialog mit der Politik und mit der mahnenden Aufforderung, im Auf und Ab gesundheits- und sozialpolitischer Entscheidungen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen nicht zu vergessen. So bringt sich Ihr Verband mit seinen Anliegen aktiv in den politischen Alltag ein und macht mit zahlreichen Aktionen regelmäßig auf die Lebenssituation der betroffenen Menschen aufmerksam. Ich will Ihnen versichern, dass wir sehr aufmerksam für Ihre Belange sind. Denn es ist und bleibt uns ein zutiefst humanes Anliegen und eine wichtige gesellschaftliche Pflicht, allen Menschen ein Leben in Würde und eine angepasste gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Vieles veränderte sich in diesen 20 Jahren – so auch die gesellschaftliche Grundhaltung gegenüber Krankheit und Behinderung. So wurde ein Paradigmenwechsel eingeläutet, der das Leben und die Teilhabe behinderter Menschen weiter verbessern

wird. Die bloße „Integration“ ist nicht genug – wir wollen die „Inklusion“. Wir wollen somit erreichen, dass die Anliegen und Bedürfnisse der betroffenen Menschen in allen gesellschaftlichen Belangen, in allen Belangen der Infrastruktur, der Bildung, der Ausbildung, der Arbeit von Anfang an so bedacht, geplant, realisiert werden, wie das auch für alle anderen Menschen geschieht. Wir wollen eine Normalität erreichen, die Behinderung oder chronische Krankheit nicht ausgrenzt und nicht auf Sonderwege schiebt. Wir wollen ein menschliches Miteinander, das keinen wegen seines Glaubens, seiner Anschauung, seiner Krankheit oder Behinderung, seiner sexuellen Orientierung ausgrenzt und stigmatisiert.

Ihr Dachverband und seine Vereine im Land, das große Heer der Ehrenamtlichen, sorgen täglich dafür, dass „Inklusion“ nicht zu einem Schlagwort verkümmert. Solidarität und Demokratie funktionieren nur so gut, weil sich Millionen Menschen täglich für sie einsetzen. Ohne Ihr uneigennütziges Engagement wäre das Klima im Land kälter. Sie setzen beispielhaft Maßstäbe für den Umgang der Gesellschaft mit ihren schwächsten Mitgliedern – den Behinderten, Kranken, Hilfsbedürftigen.

Liebe Verbandsmitglieder und Selbsthilfegruppen,

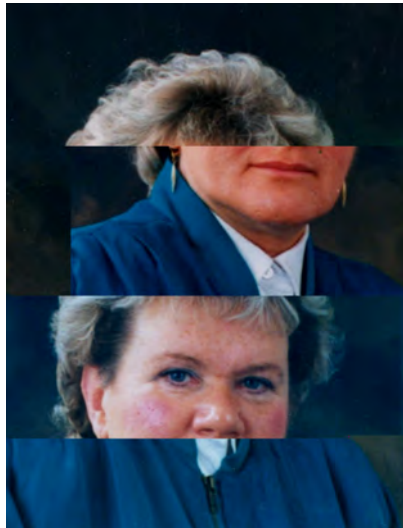
20 Jahre – das sind zwei Jahrzehnte gelebte Humanität und Solidarität. Ihre Vereine und Gruppen sorgen unermüdlich dafür, dass nicht nur freundlich genickt wird zu den verbrieften Rechten behinderter Menschen, sondern dass sie auch tatsächlich Recht bekommen. Ich bin froh, dass es Sie gibt und danke Ihnen ausdrücklich dafür, dass Sie sich – häufig unter großen persönlichen Entbehrungen – so engagiert für andere Menschen einsetzen. Mit Ihnen an der Seite wird es uns zunehmend besser gelingen, Menschen mit Behinderungen und chronisch kranken Menschen ein erfülltes Leben, eine größere Lebensqualität, einen selbständigen, gleichberechtigten Platz in unserer Gesellschaft zu sichern.

Mit dieser Zuversicht wünsche ich der LAG Selbsthilfe Brandenburg und allen Behinderten-Selbsthilfevereinigungen des Landes alles Gute und eine gedeihliche Zukunft! Nochmals herzlichen Dank!

Mit den besten Grüßen und Wünschen



Günter Baaske
Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
des Landes Brandenburg



Herzlichen Glückwunsch

Ich freue mich sehr, dass meine schönen Erinnerungen und der damit verbundene Glückwunsch einen Platz in der Chronik anlässlich der 20 Jahre Dachverband von Behinderten-Selbsthilfevereinigungen im Land Brandenburg finden.

Zahlreiche Fortschritte, die in den vergangenen Jahren im Bereich der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Behinderungen erzielt wurden, sind nicht zuletzt auf Initiative von Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen zurückzuführen. Hier hat die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (LAG-SH) in beispielhafter Weise vom ersten Tag an mit viel Herz, Verstand und fachlicher Kompetenz die Interessen behinderter und chronisch kranker Menschen wahrgenommen und ist somit als eine höchst engagierte Behindertenorganisation aus der Behindertenpolitik des Landes Brandenburg nicht mehr weg zudenken. Sie war und ist eine wichtige Anlaufstelle für betroffene Menschen und ihre Angehörigen und hat sich zu einem verlässlichen Partner der kommunalen Entscheidungsträgern sowie der Landesregierung entwickelt. Sie alle, in den Mitgliedsverbänden, in der Geschäftsstelle und insbesondere Sie, sehr geehrter Herr Strüwing, waren für meine ReferatsmitarbeiterINNEN und natürlich auch für mich ein enger, beispielhafter Wegbegleiter und eine spürbare Hilfe sowie eine stetige Herausforderung für eine moderne Behindertenpolitik vor Ort und im gesamten Land.

Ich danke für die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit in meiner beruflichen Zeit im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Die demographische Entwicklung wird neue Herausforderungen an die Gesellschaft und damit an die sozialen Interessenvertreter stellen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die LAG-SH sich auch weiterhin dieser Verantwortung stellen wird.

Ich wünsche dafür viel Kraft und bin dankbar, dass ich mit ihnen ein gutes Stück meines beruflichen Weges gehen konnte.

Ihre

Christa Lammel

Referatsleiterin für Behindertenpolitik

von 1991 - 2007

1991 bis 1994

GRÜNDUNG

Am 13.04.1991 fand die Gründungsversammlung der **Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen Brandenburg e.V.** (damals als Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte) **im Touristen- und Kongresshotel in Potsdam statt.** (Mittlerweile gibt es dieses Kongresshotel nicht mehr).

Nach Sachsen (1990) erhielt Brandenburg als zweites neues Bundesland eine Landesarbeitsgemeinschaft.

Behinderte vertreten sich selbst

Landesarbeitsgemeinschaft gegründet

Mitte April wurde in Potsdam eine Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Brandenburg (LAGH) als Interessenvertretung chronisch kranker und behinderter Menschen gegründet.

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Behinderten-selbsthilfeverbände mit weit mehr als 10 000 Mitgliedern. Die Landesarbeitsgemeinschaft Brandenburg ist der Zusammenschluß von Behinderten, Eltern und Freunden der Behinderten aller Art. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, die gemeinsamen Belange der Behinderten gegenüber den Behörden und anderen Institutionen zu fördern. Vor allem will sie auf die Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik gegenüber dem Gesetzgeber Einfluß nehmen. Des weiteren ist eine Beratung und Vermittlung von Beratungen in Fragen organisatorischer, rechtlicher, sozialer, medizinischer und psychischer Art vorgesehen.

Die LAGH Brandenburg als Dachorganisation der größten Behinderten-Selbsthilfe-Gruppen erhebt die Forderung, in allen Gremien und Ausschüssen mitzuwirken, deren Entscheidungen behinderte Menschen betreffen. Eine wichtige Aufgabe ist die Benennung eines unabhängigen Behindertenbeauftragten in der Landesregierung sowie die Bildung eines Beirats aus Vertretern der betroffenen Verbände.

Die LAGH Brandenburg wird in allen Politikbereichen tätig werden, insbesondere in der Sozial-, Gesundheits- sowie in der Gesellschaftspolitik. Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit wird in der Unterstützung der Mitgliedsverbände bestehen. Die vorläufige Landesgeschäftsstelle befindet sich in Schwedt und ist zu erreichen über Heinz Strüwing, Julian-Marchlewski-Ring 29, Schwedt, 1330.

Heinz Strüwing

GRÜNDUNGSMITGLIEDER

Mitgliedsverband:

vertreten durch:

Arbeitskreis überaktives Kind e. V.

Hoffert, Sylke und
Szymanowicz, Carola

Landesverband der Gehörlosen e. V

Lange, Joachim und
Lange, Ilona

Landesverband Lebenshilfe e. V.

Pohl, Wolfgang und
Heiduschka, Rita

Landesverband Deutscher Diabetikerbund e. V.

Specht, Siegfried

Blinden- und Sehbehinderten-Verband
Brandenburg

Rehdas, Lothar

Elterngruppe Spina bifida und Hydrocephalus

Zinke, Claudia

MuskelselbsthilfegruppeSchwedt
Deutsche Gesellschaft Bekämpfung von
Muskelkrankheiten e. V.

Strüwing, Heinz

Landesverband Brandenburg e. V
Frauenselbsthilfe nach Krebs

Dube, Brigitte

Multiple Sklerose

Dr. Meier

Die Gründungsversammlung wählt einen ehrenamtlichen Vorstand, dem 5 Mitglieder angehören.

Heinz Strüwing	Vorsitzender
Wolfgang Pohl	stellvertretender Vorsitzende
Dr. Peter Meier	Schatzmeister
Joachim Haar	Vorstandsmitglied
Sylke Hoffert	Vorstandsmitglied

Als Rechnungsprüfer werden gewählt:

Ilona Lange
Siegfried Specht

Als vorläufige Geschäftsstelle wird der Wohnsitz des Vorsitzenden gewählt.

Heinz Strüwing
Julian-Marchlewski-Ring 29

16303 Schwedt

21.06.1991

die Landesarbeitsgemeinschaft ist unter dem Aktenzeichen 32A 150/91 als Verein eingetragen.

KREISGERICHT			
Potsdam-Stadt Hegelallee 8 O-1561 Potsdam Registersachen Tel.: 303801			
Kreisgericht			
Herrn Heinz Strüwing J.-Marchlewski-Ring 29 O-1330 Schwedt/Oder			
Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Nachricht vom	Unsere Zeichen
		32 AR 150/91	21.6.91
Betreff:			
Sehr geehrter Herr Strüwing,			
wir teilen Ihnen mit, daß Ihre Anmeldung des Vereins			
"Landesarbeitsgemeinschaft "Hilfe für Behinderte" Brandenburg"			
am 21.6.91 beim Kreisgericht Potsdam Stadt eingegangen ist und unter dem Akten- zeichen 32 AR 150/91 geführt wird.			
A. A.  Urteilsbeamtin der Geschäftsstelle			
Fernsprecher:	Fernschreiber:	Drahtwort:	Bankverbindung:
		Betriebs-Nr.	
Best.-Nr. 24510	Vordruckbetrieb Demos Osterwieck		Ag 305-DDR-81-1342-907

Auszüge aus der Satzung

- Die Landesarbeitsgemeinschaft ist der freiwillige Zusammenschluss von Verbänden behinderter Menschen sowie derer Angehörigen und Freunde.
- Die LAGH sieht den Hauptinhalt ihrer Tätigkeit darin, mit und zu Gunsten von behinderten Menschen und deren Verbänden/Vereinen zu wirken.
- Sie arbeitet mit der Landesregierung und deren Behörden sowie mit Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und Einrichtungen der Selbsthilfe zusammen.
- Die Landesarbeitsgemeinschaft ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

Zweck der LAGH ist:

- mitzuwirken, dass allen behinderten und chronisch kranken Menschen ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft ermöglicht wird,
- mitzuhelfen, dass jede (auch ungewollte und faktische) Diskriminierung dieses Personenkreises beseitigt und seine volle Gleichberechtigung erreicht wird,
- die gesetzgebenden Organe und zuständigen Behörden über die Probleme der behinderten Menschen zu unterrichten und Maßnahmen, die der Verbesserung der Lage der behinderten Menschen dienen, anzuregen,
- den Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder zu pflegen und gemeinsame Maßnahmen durchzuführen,
- gleichartige Zusammenschlüsse auf örtlicher Ebene zu fördern,
- mit allen Organisationen ähnlicher Zielsetzung zusammenzuarbeiten, sowie Wissenschaft und Forschung anzuregen und zu unterstützen.

Der Satzungszweck soll insbesondere verwirklicht werden durch:

- aktive Mitarbeit bei den Gesetzesanwendungen
- aktive Mitarbeit im Landesbehindertenbeirat und in anderen Gremien
- Unterstützung der Mitgliedsverbände/-vereine bei der Sicherung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und Aktivitäten
- Förderung der beruflichen Rehabilitation, Prävention und gesellschaftlichen Integration
- Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsbriefen, Faltblättern und Broschüren, Teilnahme an Messen und Ausstellungen, Beiträge in Zeitungen, Fachzeitschriften, Rundfunk und Fernsehen
- Schulung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern der Mitgliedsverbände/-vereine durch Seminare, Fachvorträge und Austausch von Erfahrungen
- Unterstützung bei der Förderung von Projekten
- Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität von Menschen mit Behinderung
- die gemeinschaftliche Interessenvertretung behinderter und chronisch kranker Menschen sowie ihre Beratung und Vertretung in allen Angelegenheiten des Sozial- und Schwerbehindertenrechts (ggf. durch Prozesse)

JULI 1991

Die Landesregierung Brandenburg hat als erstes der neuen Bundesländer einen Behindertenbeauftragten ernannt.



Ein Streiter für die Interessen der Behinderten
Rainer Kluge

Seit Juli 1991 arbeitet der 27-jährige Diplomvolkswirt als Landesbehindertenbeauftragter im Sozialministerium Potsdam.

14.12.1991

Aufnahme von drei neuen Mitgliedern

- *Deutsche Rheuma-Liga*
- *Verein kleinwüchsiger Menschen*
- *Freunde und Angehörige Schwerhöriger*

Der Landesarbeitsgemeinschaft gehören jetzt 12 Verbände an, die rund 13.000 Mitglieder vertreten.

APRIL 1992

*Der Bezirksverein der **Kehlkopflosen**, der Landesverband der Schwerhörigen und die Deutsche Parkinson Vereinigung Brandenburg e. V. Parkinson- Regionalgruppe Potsdam **erklären in diesem Jahr ihren Beitritt** zur LAGH.*

Aus Anlass des ersten Jahrestages der Landesarbeitsgemeinschaft empfängt der Ministerpräsident, Dr. Manfred Stolpe,

- die Ministerin für Arbeit, Gesundheit, Familie und Jugend, Dr. Regine Hildebrandt
- und der Behindertenbeauftragte, Rainer Kluge, Mitglieder des Landesvorstandes der LAGH.

Ein wichtiger Gesprächspunkt ist **das Rentenüberleitungsgesetz**, das ab 1992 die Umwandlung der Invalidenrenten der ehemaligen DDR in Erwerbsunfähigkeitsrenten vorsieht. So mancher Betrieb benutzte das als eine willkommene Gelegenheit, Schwerbehinderte ohne Kündigungsverfahren und ohne Information an das Arbeitsamt und die Hauptfürsorgestelle zu entlassen. Der LAGH-Vorsitzende, Heinz Strüwing, betonte: „Mit dieser Praktik, zusammen mit der häufig restriktiv gehandhabten Genehmigung von ABM-Stellen, werden behinderte Menschen völlig an den Rand der Gesellschaft gedrängt“. Insbesondere in dieser Hinsicht erwarte man Unterstützung der Landesregierung. Bei diesem Empfang weist der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe, darauf hin, dass den Problemen der Behinderten auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Bereich intensiv begegnet werden muss. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Verbände könne dabei so manchen Stein ins Rollen bringen. Im Wege der Projektförderung wird finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt.

Durch das MASGF wird ein Landesbehindertenplan erarbeitet, der in den Grundzügen bis Ende 1993 fertiggestellt sein soll. Die Behindertenorganisationen und Behindertenverbände werden dabei fest eingebunden.

Große Sorgen bereiten uns die **vielen arbeitslosen Behinderten**. Die Landesregierung fördert zwar mit nicht unerheblichen Mitteln geschützte Abteilungen für schwerbehinderte Arbeitnehmer, aber die Unternehmen nutzen diese, auch für sie günstige Möglichkeiten, noch zu wenig. So erhalten die Unternehmen für eine geschützte Abteilung mit 8 Schwerbehinderten bis zu 400 DM/Arbeitnehmer und bis zu 1.200 DM für den Leiter dieser geschützten Abteilung.

Gegenwärtig gibt es im Land Brandenburg ca. 300.000 behinderte Menschen.

Ziel ist es, sie **am Leben der Gesellschaft zu beteiligen**. Die Verfassung des Landes Brandenburg stellt Behinderte unter besonderen Schutz. Die Situation im Land hat sich in den verschiedensten Zweigen verbessert. Dabei müssen besonders die genetische Beratung, die Schwangerenvorsorge und das Sozialpädiatrische Zentrum in Cottbus erwähnt werden.

In 61 Integrationskindertagesstätten werden 896 Kinder betreut.

Das Berufsbildungswerk in Potsdam bietet 200 Plätze zur Ausbildung behinderter Jugendlicher an. Es gibt 28 anerkannte Werkstätten für Behinderte mit 4.000 Plätzen.

Die Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ (LAGH) zieht im Frühjahr 1992 um. Damit ergibt sich die Möglichkeit der **Einrichtung einer Beratungsstelle**.

Die neue Anschrift der
Geschäfts- und Beratungsstelle:

Passower Chaussee 104
16303 Schwedt/Oder
Tel./Fax: 461433



**Behinderte sind –
ein Teil des Ganzen**
Mit uns leben Behinderte; Menschen, die in körperlichen oder geistigen Fähigkeiten eingeschränkt sind.
Jeden von uns kann es treffen.
– MORGEN SCHON –
**Helfen Sie mit, daß Behinderte
Platz in unserer Mitte haben.**
Die Landesarbeitsgemeinschaft
"Hilfe für Behinderte" Brandenburg e.V. hilft Behinderten unbürokratisch und ohne Umwege auch
durch Ihre Spende!

Spendenkonto:
Deutsche Bank AG
Schwedt
Konto: 26 44 953
BLZ 120 700 00

Bitte helfen Sie! (Selbstverständlich ist Ihre Spende steuerlich absetzbar.) Auch jeder kleine Betrag hilft, oder werden Sie Fördermitglied der Landesarbeitsgemeinschaft.

Leben mit und trotz Behinderung



HILFE FÜR BEHINDERTE
Dachverband von
Behinderten-Selbsthilfe-
vereinigungen in Brandenburg

Landesarbeitsgemeinschaft
"Hilfe für Behinderte"
Brandenburg e.V.
Beratungsstelle:
Passower Chaussee 104
O - 1330 Schwedt/O.
Tel./Fax 46 14 33

Die PCK AG Schwedt stellt der LAGH 3 Räume zu einem günstigen Mietpreis zur Verfügung. Mit Hilfe der „Aktion Sorgenkind“ und einer großzügigen Spende der IG Chemie können die Räume möbliert und mit Technik ausgestattet sowie ein PKW angeschafft werden

Das Arbeitsamt tut sich leider schwer, die beantragten ABM-Stellen für die personelle Besetzung der Beratungs- und Geschäftsstelle zu genehmigen.

Im Juni 1992 ist dann endlich geschafft. Die LAGH Brandenburg e. V. kann ihre Geschäfts- und Beratungsstelle mit 1,5 ABM-Kräften besetzen. Eine große Entlastung für den ehrenamtlichen Vorsitzenden Heinz Strüwing.

Von der Deutschen Behindertenhilfe **Aktion Sorgenkind e. V.** wird der LAGH ein **Sachkostenzuschuss** zur Anschaffung von Inventar und Geräten sowie zur Durchführung geringfügiger Renovierungsarbeiten zwecks Einrichtung einer Beratungsstelle in Schwedt bewilligt.

24.08.92
380



**Deutsche
Behindertenhilfe
Aktion Sorgenkind**

AKTION SORGENKIND e.V., FRANZ-LOHE-STR. 17 - 5300 BONN 1

Landesarbeitsgemeinschaft
Hilfe für Behinderte e.V.
Brandenburg
Julian-Marchlewski-Ring 29

O-1330 Schwedt/Oder

Sitz Mainz
Nebenstelle Bonn
☎ (02 28) 2 26 - 1
Telefax: (02 28) 2 26 - 2 66

Ihr Zeichen	Ihr Datum	Unser Zeichen	Tel.-Durchwahl:	Datum
		-/we	(02 28) 2 26- 231	20.08.92

Bewilligungsnr. 5978-291/152

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Kuratoriumssitzung der Deutschen Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind e.V. am 13.08.92 wurde Ihnen zu Ihren Eigenmitteln ein

*Zuschuß zur Anschaffung von Inventar und Geräten sowie zur
Durchführung geringfügiger Renovierungsarbeiten zwecks
Einrichtung einer Beratungsstelle in Schwedt*

in Höhe von 32,069.00 DM
bewilligt.

01.10.1992

Das Land Brandenburg hat sich in seinen Richtlinien und Zielvorstellungen zur Behindertenpolitik vom 01.10.1992 für die **Bildung eines Landesbeirates für Behinderte** ausgesprochen. Damit wird den vielfältigen Wünschen und Forderungen behinderter Menschen, deren Verbände und Institutionen für ein gleichberechtigtes selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft zu führen, Rechnung getragen.

02.10.1992

Durch Erlass der Ministerin, Dr. Regine Hildebrandt, trifft sich der Landesbehindertenbeirat am 02.10.1992 in Potsdam zu seiner konstituierenden Sitzung. Er wird beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) eingerichtet. Einer von 24 Mitgliedsverbänden, Institutionen und Ministerien des Landesbehindertenbeirates ist die LAGH Brandenburg e.V. Namentlicher Vertreter der LAGH ist Heinz Strüwing, der die Fachgruppe „Ausbildung und Arbeit“ leitet.

Die Mitgliedsverbände der LAGH Brandenburg e. V.

- Lebenshilfe für geistig Behinderte Landesverband Brandenburg e. V.
- Landesverband der Gehörlosen Brandenburg e.V.
- Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Landesverband Brandenburg e. V.
- und der Blinden-und Sehbehindertenverband Land Brandenburg

sind ebenfalls Mitglieder des neu errichteten Landesbehindertenbeirates im Land Brandenburg. Mit dem Vorsitz wird der Behindertenbeauftragte des Landes Brandenburg, Rainer Kluge, betraut.

Auszüge aus dem Erlass der Ministerin Frau Dr. Regine Hildebrandt

E r l a s s

**zur Errichtung des Landesbehindertenbeirates
im Land Brandenburg**

§ 1

Errichtung

Beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen wird im Einvernehmen mit den Landesverbänden und Organisationen der Behinderten, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Städte, Landkreise und Gemeinden sowie der Sozialpartner der Landesbehindertenbeirat errichtet.

Aufgaben

Der Landesbehindertenbeirat (im folgenden Beirat) wird beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Potsdam eingerichtet.

Der Beirat berät das Land Brandenburg in allen Angelegenheiten der Behinderten mit dem Ziel ihrer vollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ihrer Integration.

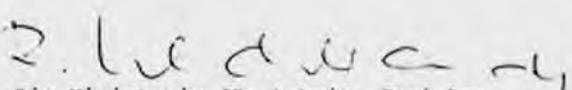
Dazu kann der Beirat alle Angelegenheiten aufgreifen, welche die Belange der Behinderten berühren. Der Beirat soll dabei eine Abstimmung der Interessen seiner Mitglieder in Bezug auf die unterschiedlichen Probleme der Behinderten herbeiführen und die Ergebnisse seiner Arbeit gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sowie den sonst betroffenen Ministerien vertreten.

10. Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Brandenburg e. V. (LAGH)

§ 7

Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt am 2. Oktober 1992 in Kraft.



Die Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Frauen
Dr. Regine Hildebrandt

PRESSEMITTEILUNG

1992

Berliner Morgenpost

Montag, den 19. Oktober 1992

Werben um

Verständnis für Behinderte

Schwedt – „Behinderte Menschen sind ein Teil des Ganzen.“ Mit diesem Slogan wirbt die Landesarbeitsgemeinschaft

„Hilfe für Behinderte“ um Spenden. Der ehrenamtliche Vorsitzende Heinz Strüwing (46) hofft, so eine bessere Akzeptanz von Behinderten in der Gesellschaft zu erreichen. Strüwing setzt sich seit Jahren für die Belange behinderter Mitmenschen ein. Er selbst leidet am fortschreitenden Muskelschwund. Noch ist Strüwing relativ beschwerdefrei. Doch seine Krankheit war für ihn Grund genug, sich in der Arbeit für Behinderte zu engagieren.

Das Montags-Gespräch

Seit 1991 leitet der Vater von zwei Kindern die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Muskelkrankheit“. Aber das reicht ihm nicht. Strüwing ärgerte sich schon immer über die Diskriminierung von Behinderten durch die Gesellschaft, die vor den Krankheiten ihrer Mitmenschen einfach die Augen verschloss. **„Nur gemeinsam kann man etwas unternehmen“, sagte sich Strüwing und gründete im April 1992 die Landesarbeitsgemeinschaft. (Die Gründung war bereits im April 1991; der Red.)** Hier sind zwölf brandenburgische Selbsthilfeverbände mit insgesamt 13.000 Mitgliedern organisiert.

Dazu zählen unter anderem der Blindenverband, die Organisation der Diabetiker, der Gehörlosenverband, die Lebenshilfe für geistig Behinderte und auch die Vereinigung kleinwüchsiger Menschen. Die Landesarbeitsgemeinschaft sieht ihre Hauptaufgabe in der Durchsetzung des unteilbaren Rechts auf Leben für Behinderte. Aber auch der Langzeitarbeitslosigkeit hat man den Kampf angesagt. Man steht in engem Kontakt mit der Landesregierung, betreibt aber auch viel Öffentlichkeitsarbeit. Strüwing bemüht sich, Arbeitgeber über die Vorteile einer Anstellung von Behinderten aufzuklären. Gerade beim Geld weiß er die Zaudernden zu packen: Der Staat übernimmt einen großen Teil der Lohnkosten.

Kummer bereitet Strüwing vor allem die Diskriminierung. Immer, wenn neue Gebäude errichtet werden, steht er auf dem Plan, um für ein behindertengerechtes Konzept zu sorgen. „Brandenburg hat die besten Voraussetzungen, eine behinderten-gerechte Umwelt zu schaffen.“ Doch oft stößt er auf Desinteresse oder Ablehnung. Wenigstens die Finanzierung gestaltet sich relativ unproblematisch.

Die Landesarbeitsgemeinschaft profitiert von Spenden und Bußgelder. Das heißt, Richter verurteilen die Angeklagten oft dazu, Geld auf das Konto der Landesarbeitsgemeinschaft zu überweisen.

Strüwing wünscht sich für die Zukunft vor allem die Verabschiedung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes. Doch davon ist die Gesellschaft in seinen Augen noch weit entfernt.



Heinz Strüwing leitet die Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“

Spenden können auf das Konto der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ bei der Deutschen Bank in Schwedt Konto-Nummer 2644953, BLZ 12070000 eingezahlt werden. Alexander Uhl

Freizeit – Bildung – Information

Hilfe für Behinderte

Die alten Bundesländer können auf ein sich geschlossenes System der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation zurückblicken, das mit den geringen Fortschritten auf diesem Gebiet in der ehemaligen DDR nicht zu vergleichen ist. Auch eine gut ausgebaute Schwangeren- und Mütterbetreuung, Sonderkindertagesstätte, „Geschützte Abteilungen“ in den Betrieben und das Recht auf eine – wenn auch bescheidene – Rente für die nicht erwerbsfähigen Behinderten, ändern an diesem Gesamtbild nur wenig. Umso mehr liegt es heute im Interesse der behinderten Menschen, auf dem Wege zu ihrer vollen Integration den Anschluss an die Entwicklung in den alten Bundesländern rasch und konsequent zu erreichen. Überall im Land hat bereits eine Vielzahl von freien Verbänden und Selbsthilfegruppen ihre Arbeit aufgenommen. Um sich in der Öffentlichkeit und in der Politik stark zu machen, ergab sich rasch der Bedarf an einer gemeinsamen Interessenvertretung im Land Brandenburg.

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“, deren Geschäftsstelle sich in Schwedt befindet, wurde 1991 ins Leben gerufen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten 12 brandenburgische Behinderten-Landesverbände mit mehr als 13.000 Einzelmitgliedern. Durch eine gute Koordinierung und Bündelung der Interessen der angeschlossenen Organisationen will die LAGH Brandenburg die gemeinsamen Anliegen der Behinderten in Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik gegenüber dem Gesetzgeber, Behörden und anderen Institutionen vertreten. Sie erhebt die Forderung, in allen Gremien und Ausschüssen mitzuwirken, die Fragen und Probleme behinderter Menschen behandeln. Des Weiteren ist eine Beratung und Vermittlung von Beratungen in Fragen organisatorischer; rechtlicher; sozialer; medizinischer und psychischer Art vorgesehen.

In der Landesarbeitsgemeinschaft fließen alle Informationen, die Behinderte direkt oder indirekt betreffen, zusammen. Und von hieraus ist es auch möglich, die wirksamste Hilfe für die regionalen Verbände zu geben und sie gleichzeitig zur Mitgliedschaft anzuregen. Selbstverständlich steht so auch den Schwedter Vereinen und Selbsthilfegruppen vor Ort eine Beratungsstelle zur Verfügung, die all die im ganzen Land gesammelten Erfahrungen übermitteln kann, Anleitungen gibt, die in der Lage ist, zu allen Rechtsfragen, insbesondere zum Behindertenrecht zu informieren und aus erster Hand alles Material erhält, das für Behinderte interessant sein dürfte. Die Eingliederung der Behinderten in die Gesellschaft oder anders gesagt, der rechtlichen Gleichstellung gegenüber gesunden Menschen, ist das grundlegende Ziel der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“. Alle Bemühungen bleiben jedoch erfolglos, wenn es nicht gelingt, die Bevölkerung für die Anliegen der Behinderten einzunehmen und sie zu einer Einstellungs- und nach Möglichkeit auch Verhaltensänderung zu bewegen.

Noch immer gibt es viele Bürger, die sich durch Behinderte in ihrer unmittelbaren Umgebung gestört fühlen, sei es wenn ein Behinderter in der Nachbarschaft wohnt,

wenn sich am Urlaubsort eine Behindertengruppe erholt, oder sie sich am Nachbartisch in der Gaststätte einen netten Abend macht. Man sollte bedenken, nicht behindert sein ist ein Geschenk, das jedem jederzeit genommen werden kann.

Die Geschäftsstelle der LAGH in Schwedt, Passower Chaussee 104, steht den Behinderten-Selbsthilfeverbänden in allen Fragen offen.

(Tel. 465 093/461 433)

Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Brandenburg e. V

PRESSEMITTEILUNG MOZ 07.11.1992

Hilfe zur Selbsthilfe für Behinderte und Kranke

13 000 Mitglieder gehören zum Dachverband

13 000 Mitglieder, die in 12 verschiedenen Einzelverbänden organisiert sind, gehören zur Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte Brandenburg e. V.“, die in Schwedt auf dem Gelände der PCK AG ihren Sitz hat.

„Wir verstehen uns als Dachverband von Selbsthilfegruppen und Vereinen der Behinderten und chronisch Kranken“, so der Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft Heinz Strüwing. „Unser Anliegen ist es, die Behinderten in der Öffentlichkeit zu vertreten, ihnen zu helfen, dort, wo wir helfen können, oder Kontakte dorthin zu vermitteln, wo sie die entsprechende Hilfe finden.“

Die Gesellschaft zur Bekämpfung von Muskelkrankheiten, die Lebenshilfe für geistig Behinderte und die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft gehören ebenso zu den unter diesem Dachverband vereinigten Gemeinschaften wie der Blinden- und Sehschwachenverband und der Diabetikerbund.

Einflußnahme auf das Landespflegegeldgesetz und das Mitvorbereiten der Woche der Antidiskriminierung

Geschädigter gehört zu den Tätigkeitsfeldern dieser Landesarbeitsgemeinschaft.

„Diese Aktionswoche der Antidiskriminierung, die für den Mai nächsten Jahres geplant ist, bereiten wir sehr intensiv mit vor, insbesondere den landesweiten Protesttag am 5. Mai 93“, so Strüwing.

Für besonders vordringlich hält man in der Landesarbeitsgemeinschaft die Information Behinderter und chronisch Kranker über ihre Rechte. „Manche Möglichkeiten sind einfach viel zu wenig bekannt“, schätzt Strüwing ein. „Da gibt es wirklich noch sehr viel Informationsbedarf.“ Aus diesem Grund werden regelmäßig Lehrgänge für die Mitglieder organisiert. Am Wochenende beispielsweise läuft so ein Kurs zum Thema „Rehabilitation und Recht“.

Unterstützt wurde die Landesarbeitsgemeinschaft beim Ausstatten ihrer Räumlichkeiten von der „Aktion Sorgenkind“. Auf diese Weise bekam man Technik und Möbel für die Schwedter Beratungsstelle und auch ein Auto, um beweglich zu sein.

KARIN ERNST

04.12.1992 findet die Mitgliederversammlung der LAGH in Potsdam statt.

Christoph Nachtigäller, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH) Düsseldorf und Dr. Willibert Strunz, Geschäftsführer von der LAGH NRW sowie Rainer Kluge, Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg, sind unsere Gäste.

12.12.1992

PRESSEMITTEILUNG



Im März 1991 wurde in Potsdam das erste Treffen von Behindertenselbsthilfeverbänden des Landes Brandenburg durchgeführt. Ziel dieses Treffens war die Bildung einer Landesarbeitsgemeinschaft der Behinderten-Selbsthilfeverbände in Brandenburg. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft fand am 1. April 1991 mit 12 Mitgliedsverbänden, in der ca. 13.000 Einzelmitglieder vertreten sind, statt. Die Gründung lässt sich im Wesentlichen auf folgende Überlegungen zurückführen.

- Es bedurfte einer eigenständigen Organisation, die besonders die spezifischen und allgemeinen Interessen behinderter Menschen artikulieren und durchsetzen kann.
- Gerade kleinere Gruppen und Verbände haben sich die Tätigkeiten der gegenseitigen Hilfe und Beratung, bei der Betroffene helfen, um übergreifende Aufgaben bis zur aktiven Interessenvertretung in Politik und Verwaltung erweitert.

So entstand unter dem Namen Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ in Brandenburg eine Dachorganisation, die als eigenständiger Verein eine in Form und Zielstellung einzigartige Behindertenorganisation in Brandenburg darstellt. Die LAGH profiliert sich zum kompetenten Ansprechpartner in Behindertenfragen, für die Landesregierung, die politischen Parteien, die Verwaltung und die Öffentlichkeit.

Sie strebt in den wichtigsten Gremien der Behindertensozialpolitik ihre Mitarbeit an, um sowohl die fachspezifischen als auch allgemeine Probleme behinderter Menschen an die zuständigen Entscheidungsträger heranzubringen. Die LAGH versteht sich als Sprachrohr für die behinderten Menschen in Brandenburg mit dem Ziel, Bedingungen und Verhältnisse zu schaffen, damit ein so weit wie möglich normales Leben behinderter Menschen in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen gewährleistet ist.

Einige Themenschwerpunkte der LAGH:

- Das Lebensrecht behinderter Menschen
- Verbesserung der Arbeitssituation behinderter Menschen
- Wohnformen behinderter Menschen

- Förderung von Selbsthilfegruppen für behinderte und chronisch Kranke
- Verbesserung der sozialen Rehabilitation
- Soziale Pflegeversicherung jetzt

Forderung der LAGH:

Selbstbestimmtes Leben

Die selbständige und selbstbestimmte Lebensführung behinderter Menschen ist bei weitem noch nicht erreicht und muss verwirklicht werden. Erst, wenn ein breitflächiges Netz an ambulanten, mobilen und stationären Pflege- und Hilfsmaßnahmen etabliert ist, können behinderte Menschen ihr eigenes Leben, ihren eigenen Lebensweg gestalten.

Gleichstellungsgesetz

Die LAGH fordert, dass endlich Gesetze geschaffen werden, die eine Antidiskriminierung als einklagbares Recht für behinderte Menschen sicher stellen.

Pflegeversicherung

Die LAGH fordert eine eigenständige, umfassende Absicherung des Pflegerisikos in Form einer Pflegeversicherung als Sozialversicherung oder bedarfsdeckendes Leistungsgesetz.

Pflegenotstand

Die Politiker sind aufgefordert, alles zu tun, um den Pflegenotstand zu beseitigen.

Selbsthilfeförderung

Selbsthilfe kann nicht zum Nulltarif erbracht werden. Ohne öffentliche Förderung kann die Selbsthilfearbeit auf Dauer nicht bestehen. Förderung von Selbsthilfe aber bedeutet, den Initiativen einen gesicherten finanziellen Rahmen bereitzustellen. Die bisherige Förderungspraxis ist für die Initiativen mit einem hohen bürokratischen Aufwand bei der Abwicklung von Projektanträgen und -abrechnungen verbunden. Darüberhinaus fehlt bisher in den Finanzierungsmöglichkeiten jegliche Förderung von Personalkosten. Dies ist umso bedauerlicher, da sowohl bei der LAGH als auch bei den ihr angeschlossenen landesweit arbeitenden Mitgliedsverbänden, eine ABM-Förderung ausläuft. Eine kontinuierliche Beratungsarbeit ist auf Dauer nicht allein den ehrenamtlichen Helfern, die sich in ihrer Freizeit engagieren, zuzumuten.

Flensburger Urteil

Aus aktuellem Anlass wendet sich die LAGH mit ihren Mitgliedsverbänden ganz entschieden gegen das erst kürzlich bekanntgewordene Schandurteil des Flensburger Amtsgerichts, worin Amtsrichter Rüdiger einer deutschen Familie anlässlich einer dreiwöchigen Pauschalreise in die Türkei eine Entschädigung von 350,- DM + 13 % Zinsen zusprach, weil sie eine Woche lang „das Füttern von 10 Schwerstbehinderten“ mit ansehen mussten und sich „ekelten“. Dies ist eine eindeutige Verletzung unseres Grundgesetzes Artikel 1. Darin heißt es: „Absatz1“ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Behinderte Menschen haben auch in unserer heutigen Zeit noch keine, auf allen Ebenen der Gesellschaft getragenen, Lobby. Sie müssen durch Hilfe zur Selbsthilfe ihre For-

derungen und Nöte ständig zu Gehör bringen und ihre Interessen durchsetzen. Die LAGH wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen und hierzu einen wichtigen Beitrag für die behinderten Menschen in Brandenburg leisten. Dies wird unsere wichtigste Aufgabe sein.

Unser erster Flyer mit Kurzinformationen zur LAGH Hilfe für Behinderte Brandenburg e. V. erscheint.



Kurzinformationen zur LAGH, ihre Ziele und Schwerpunktaufgaben und die Mitgliedsverbände sind Inhalt dieses Flyers.

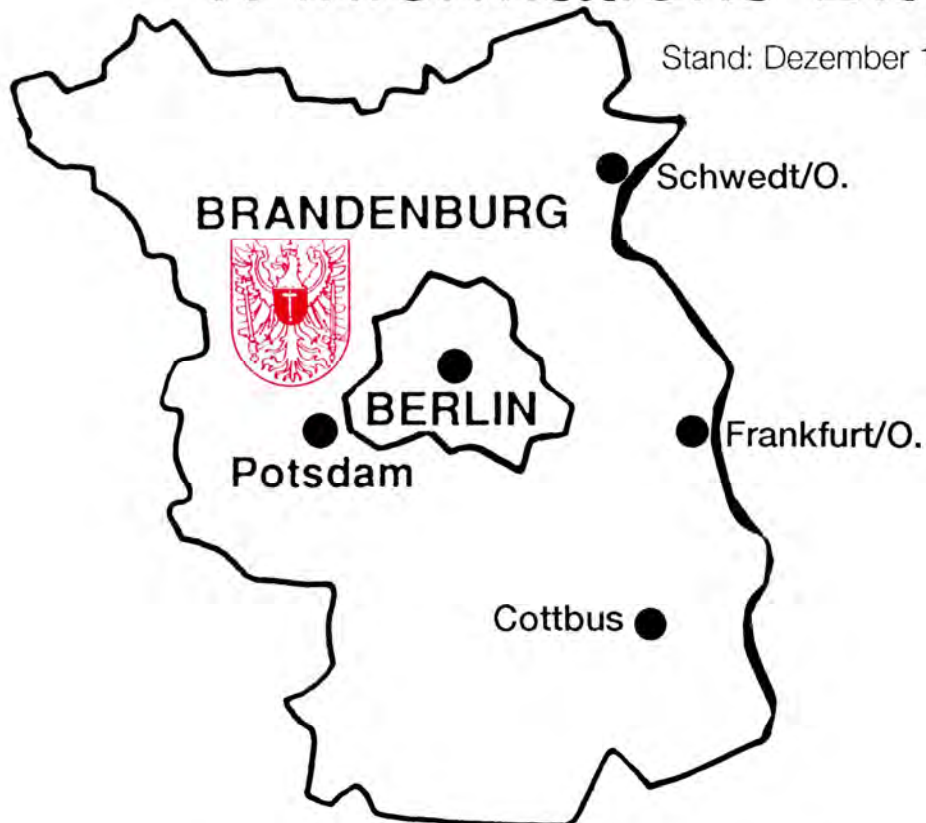
LANDESGEMEINSCHAFT
ARBEITSGEMEINSCHAFT

HILFE FÜR BEHINDERTE E.V.

Dachverband von Behinderten-Selbsthilfevereinigungen in Brandenburg

1. Informations-Blatt

Stand: Dezember 1991



Im Dezember 1992 gibt die LAGH das erste „**Informations-Blatt**“ an ihre Mitgliedsverbände heraus. Seit dem ist dieses ein wichtiges Instrument zur Informationsweitergabe. In 2006 mit der 25. Ausgabe, ist es das „**Informations-Heft**“.

1993

Sylke Hoffert und Dr. Peter Meier scheiden aus dem Vorstand aus.

Dr. Siegfried Arndt und Edith Kloas kommen als neue ehrenamtliche Vorstandsmitglieder hinzu.

OKTOBER 1993

Die Beratungs- und Geschäftsstelle der LAGH zieht zum November 1993 in die Heinersdorfer Straße um.

Geschäfts- und Beratungsstelle
der LAGH
Heinersdorfer Straße 4
16303 Schwedt/Oder



PRESSEMITTEILUNGEN

Wochenbote, 10.12.1993

PCK AG machte vieles möglich

Die neue Beratungsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ Brandenburg e.V. in der Heinersdorfer Straße 4 konnte am Eröffnungstag eine große Anzahl von Gästen begrüßen.

Wir möchten uns auf diesem Weg bei allen Gratulanten für die Glückwünsche und Blumen bedanken. Ein besonderer Dank geht an das Vorstandsmitglied der PCK AG Claus Götze sowie an Frau Kuchling. Ohne die tatkräftige Unterstützung durch die PCK AG – und das schon seit 1991 – würden wir heute nicht in diesen schönen Räumen arbeiten können.

Konnten wir in den vergangenen zwei Jahren in der alten Beratungsstelle in der PCK AG vielen Bürgern bei der Bewältigung von Problemen helfen, so hoffen wir nunmehr auf noch größeren Zuspruch.

HEINZ STRÖWING

● **BERATUNG**

Die neue Beratungsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ Brandenburg e. V. in der Heinersdorfer Straße 4 ist Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 16 Uhr geöffnet. Telefonisch ist sie zu erreichen unter den Nummern 52 17 35 und 52 17 51.

Behinderte stärker in die Gesellschaft integriert

Neue Beratungsstelle für Behinderte / Übernahme der Trägerschaft des KOMM beantragt

PRESSEMITTEILUNG VOM 20.11.1993

Für alle Behinderten in der Oderstadt gibt es eine neue Beratungsstelle. Die Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ Brandenburg e. V. eröffnete Dienstag in der Heinersdorfer Straße 4 eine Geschäftsstelle.

Heinz Strüwing, ehrenamtlicher Vorsitzender, freut sich, dass es nun für die rund zehn Prozent der Bürger Schwedts, die in irgendeiner Form mit einer Behinderung leben müsse, eine zentrale Anlaufstelle gibt.

„Zwei über ABM eingesetzte Mitarbeiterinnen, Brunhilde Scheffler und Angelika Klepke, stehen wochentags den Behinderten mit Rat und Tat zur Verfügung. Darüber hinaus sind auch Beratungen außerhalb der Geschäftsstelle nach Absprache möglich. Wir freuen uns, dass wir als Behindertenverband Brandenburgs nun einen solchen Service bieten können. Unterstützt haben uns dabei unter anderem der Vermieter des Gebäudes und die IG Chemie-Papier-Keramik, die uns die Möbel zur Verfügung stellte.“ **Mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens sollten nach Auffassung des Schwedter Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft die Belange der Behinderten gerückt werden. „Eigentlich dürfte es keine Baumaßnahme in der Stadt geben, bei der nicht auch darauf geachtet wird, dass die Interessen behinderter Menschen berücksichtigt wurden. Das betrifft sowohl den blinden Bürgern als auch den Nachbarn im Rollstuhl und den Herzinfarktgeschädigten“, meint Heinz Strüwing.**

Um die Belange der Behindertengruppen der Stadt noch besser vertreten zu können, hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft für Behinderte zum Beginn des Jahres um die Übernahme der Trägerschaft für das Kommunikationszentrum für Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen beworben. Rund 350 Mitglieder hat die Arbeitsgemeinschaft in Schwedt, die unter anderem in der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung von Muskelkrankheiten, der Frauenselbsthilfe nach Krebs, im Blinden- und Sehbehindertenverband, im Bund der Diabetiker, in der Lebensgemeinschaft für geistig behinderte Menschen und im Gehörlosen- und Schwerhörigen-Verband zusammengeschlossen sind. Mit einem Trägerwechsel könnten die Arbeit der einzelnen Gruppen noch besser koordiniert, die Nutzer des Kommunikationszentrums stärker in die tägliche Arbeit einbezogen werden. Ob die Landesarbeitsgemeinschaft das Kommunikationszentrum übernehmen kann, hängt von den Stadtverordneten ab, die auf ihrer kommenden Sitzung über den Trägerschaftswechsel zu entscheiden haben. (rd)

Landesarbeitsgemeinschaft

"Hilfe für Behinderte" eröffnete neue Beratungsstelle

Die Landesarbeitsgemeinschaft "Hilfe für Behinderte" (LAGH) wurde im April 1991 in Potsdam gegründet; seit Mitte 1992 war sie mit einer Geschäftsstelle in der PCKAG vertreten. Wenig bekannt und für viele Behindertengruppen schwer erreichbar, rückte sie Mitte Oktober 1993 in die Nähe der Vereine und eröffnete eine neue Geschäftsstelle in der Heinersdorfer Straße 4 (Ecke Karlsplatz).

Als Dachverband von Behindertenvereinen und als Interessengemeinschaft chronisch kranker und behinderter Menschen

betrachtet es die LAGH als ihre vorrangige Aufgabe, die Anliegen der Behinderten in der Öffentlichkeit zu vertreten und sie am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Der ehrenamtliche Vorsit-

zende, Heinz Strüwing, betont, daß diese neue Beratungsstelle für die Behinderten der Stadt Schwedt sehr wichtig ist. "Schließlich müssen ungefähr zehn Prozent der Schwedter Bürger mit einer Behinderung leben und für diese Bürger wollen wir eine Anlaufstelle sein. Hier wollen wir mit Rat und Tat bei der Klärung von Problemen helfen. Wir wünschen uns auch, daß wir bei Baumaßnahmen in der Stadt gehört werden, damit die unterschiedlichen Belange der Behinderten berücksichtigt werden können." Von Brunhilde Scheffler war zu hören, daß sie und ihre Mitarbeiterin Angelika Klepke über ABM in dieser Geschäftsstelle arbeiten. Sehr intensiv beschäftigen sich beide mit den recht verschiedenen Behindertenverbänden und deren Erfordernissen. Auch wenn es

oft nicht einfach ist, diese immense Arbeit zu bewältigen, stehen sie werktags allen Hilfesuchenden zur Verfügung. Wie Angelika Klepke mitteilte, ist es auch möglich, Termine nach der Geschäftszeit zu vereinbaren. Für das neue Jahr hat sich die LAGH um die Trägerschaft über das KOMM beworben. Für die rund 350 Mitglieder, die in der Rheuma-Liga, im Deutschen Diabetikerbund, in der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Muskelkrankheiten, in der Frauenselbsthilfe nach Krebs, im Blinden- und Sehbehindertenverband und in anderen Vereinen organisiert sind, kann es keine bessere Lösung geben, weil so die Zusammenarbeit der einzelnen Vereine besser koordiniert werden kann.

Brunhilde Scheffler und
Angelika Klepke
sind über ABM beschäftigte Mitarbeiterinnen
in der Geschäftsstelle



ehrenamtlicher Vorsitzender
der LAGH Heinz Strüwing

Die LAGH bewirbt sich um die Trägerschaft für das KOMMunikationszentrum für Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen in Schwedt zu Beginn des Jahres 1994.

Wir erhoffen uns damit:

- eine bessere Koordinierung der Arbeit der einzelnen Selbsthilfevereine und –gruppen
- eine bessere Einbeziehung der Nutzer des Kommunikationszentrums in unsere tägliche Arbeit

Nun müssen die Stadtverordneten entscheiden.

Im Mittelpunkt der Sitzung des Rechtsausschusses der Stadtverordnetenversammlung (SVV) in Schwedt im November 1993 steht unter anderem der Trägerschaftswechsel des Kommunikationszentrums (KOMM) an einen freien Träger. Es gibt außer uns noch einige andere Bewerber. Die SVV stimmt dem Beschlussentwurf, der für den Wechsel an die LAGH die Voraussetzung bildet, mehrheitlich zu, konnte Heinz Strüwing, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft am 20.12.1993 der Märkischen Oderzeitung mitteilen.

Das KOMM für Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen, um- und ausgebaut aus Spendenmitteln der PDS sowie der Partnerstadt Leverkusen, soll zum 1. Januar 1994 an die Trägerschaft der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ übergehen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Brandenburg e. V. arbeitet eng mit der Landesarbeitsgemeinschaft in Berlin und in Nordrhein-Westfalen zusammen. Gemeinsame Beratungen und Schulungen werden zum Nutzen aller Beteiligten durchgeführt. Zur „REHA 93“ in Düsseldorf, als auch zur „Integration 93“ in Berlin, gibt es einen gemeinsamen Messestand.

Am 10.12.1993 findet die Mitgliederversammlung der LAGH mit anschließender Pressekonzferenz statt. Themenschwerpunkt ist die Behindertenpolitik in der Bundesrepublik sowie im Land Brandenburg.

1994 bis 1997

1994

Die LAGH hat sich zum kompetenten Ansprechpartner in Behindertenfragen für die Landesregierung, die politischen Parteien, die Verwaltung und die Öffentlichkeit profiliert. Derzeit gehören 14 landesweit organisierte, eigenständige Selbsthilfeverbände zur LAGH. Die LAGH strebt in den wichtigsten Gremien der Behindertensozialpolitik ihre Mitarbeit an, um sowohl die fachspezifischen als auch allgemeinen Probleme behinderter Menschen an die zuständigen Entscheidungsträger heranzubringen.

Die LAGH fordert:

- dass endlich Gesetze geschaffen werden, die eine Antidiskriminierung als einklagbares Recht für behinderte Menschen sicher stellen
- eine eigenständige, umfassende Absicherung des Pflegerisikos in Form einer Pflegeversicherung als Sozialversicherung oder bedarfsdeckendes Leistungsgesetz

(Auszüge aus dem Artikel „Die Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ Brandenburg e. V. (LAGH) informiert“ im Wochenboten vom 07.01.1994)

In Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeirat (LBB) hat die LAGH verschiedene Arbeitskreise gebildet, um über diese direkt mit der Landesregierung bzw. den Kommunen in Verbindung zu treten.

Am 26. Mai 1994 wird das Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz - PflegeVG) verabschiedet.

Von der LAGH wird der Mitgliedsverband Lebenshilfe für geistig Behinderte mit Inkrafttreten dieses Gesetzes mit Stimmrecht in den Landespflegeausschuss berufen.

Der Blinden- und Sehbehindertenverband Brandenburg wird von der LAGH beauftragt, weitere vier Jahre im Widerspruchsausschuss der Hauptfürsorgestelle des Landes mitzuarbeiten.

Mit der Herausgabe von **Rundbriefen und Informationsheften** hat die LAGH einen Weg gefunden, seinen Mitgliedsverbänden wichtige Informationen zu vermitteln.

Informationen von der BAGH, aktuelle Gerichtsurteile, Informationen über Pflege, aus dem Gesundheitswesen, wichtige Termine der LAGH, Reiseangebote und Angebote von Film, Funk und Fernsehen, Literaturhinweise und natürlich auch Berichte über wichtige Ereignisse in den Mitgliedsverbänden und der LAGH finden hiermit ihren Weg zu den Mitgliedsverbänden und der Öffentlichkeit.

07.01.1994

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT

„HILFE FÜR BEHINDERTE“ ÜBERNIMMT „KOMM“

PRESSEMITTEILUNG

Landesarbeitsgemeinschaft "Hilfe für Behinderte" übernimmt KOMM

Seit Januar 1994 hat die Begegnungsstätte der Behinderten und Selbsthilfegruppen einen neuen Träger. Das Stadtparlament hat sich für den Dachverband der Behindertenvereine entschieden, ganz im Interesse der Nutzer des KOMM.

So war es während der feierlichen Übernahme von Heinz Strüwing, dem ehrenamtlichen Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft "Hilfe für Behinderte" zu hören. "Das KOMM soll auch in Zukunft die Begegnungsstätte chronisch Kranker und Behinderter sein und von den Vereinen kostenlos genutzt werden können", betonte der Vorsitzende.

In Anwesenheit von Kommunalpolitikern, Vertretern der Krankenkassen, des Landesverbandes und vieler Mitglieder der Behindertenvereine rief er alle auf, die Behinderten in die Gesellschaft zu integrieren.

grieren.

Bürgermeister Peter Schauer versicherte: "Die Stadt wird weiterhin zum KOMM stehen, denn eine Gesellschaft ist nur so stark, wie sie sich um die Schwachen kümmert." Er wünschte dem neuen Träger und den Vereinen das Beste für die Zukunft.

Seit einiger Zeit schon wird das KOMM für die Vereinsarbeit der unterschiedlichen Behindertengruppen und von Selbsthilfegruppen genutzt. Während der ganzen Woche gibt es kaum noch freie Termine, weil der kleine und der große Saal sehr gefragt sind.

Die Räume stehen auch für Privatveranstaltungen und Familienfeiern zur Verfügung. Da das Haus sich selbst finanzieren muß, ist diese Nutzung nicht kostenlos. Aber es gibt auch viele Vorstellungen für die Zukunft. So ist geplant,

eine Beratungsstelle für Behinderte aufzubauen und ein Reisebüro für Behinderte einzurichten. Außerdem sind Veranstaltungen mit der Volkshochschule, dem Kulturhaus und der Stadtbibliothek vorgesehen.

Wie eng die Behindertenvereine mit dem KOMM verbunden sind, zeigten am Tag der Übernahme ihre Ausstellungen im Vorraum. Die AG der Rheuma-Liga hatte zum Beispiel Handarbeiten, Ton- und Flecht-

arbeiten aus der Ergotherapie ausgestellt. Die Chronik der Arbeitsgemeinschaft ermöglichte einen Einblick in die aktive Vereinsarbeit.

Mitglieder der Landesverbände nutzten den Tag, um über Hilfsmittel zu informieren. Da wurde z.B. ein Computer mit Blindenschrift und -tastatur gezeigt, eine Küchenwaage, die das Gewicht ansagt und vieles andere mehr.



Das KOMM wird finanziell von der Stadt Schwedt unterstützt, das heißt, die Stadt bezahlt die Kosten für Miete, Energie, Heizung. „Alles, was darüber hinaus anfällt, versuchen wir durch Eigeneinnahmen, wie Vermietung und durch Spenden aufzubringen“, erklärt Herr Strüwing, der Vorsitzende der LAGH.

Das Schwedter KOMMunikationszentrum für Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen soll zu einem zentralen Beratungs- und Interessenzentrum für Behinderte werden.

Schwedter Stadtanzeiger vom 29./30.01.1994



Einen Scheck in Höhe von 1000 Mark überreichte Elke Müller von der Betriebskrankenkasse der PCK AG anlässlich der feierlichen Übernahme des Kommunikationszentrums (KOMM) durch den Behindertenverband an den ehrenamtlichen Vorsitzenden Heinz Strüwing. Foto: P. M.

Die Festveranstaltung



Vorsitzender der LAGH, Heinz Strüwing, und Peter Schauer, Bürgermeister der Stadt Schwedt

Dank für die Unterstützung

Bezug nehmend auf eine Veröffentlichung unsererseits zum Thema KOMM-Trägerschaftswechsel (Titelseite/02.02.1994) erreichte den „Schwedter Kurier“ folgender Brief: Am 27.01.1994 fand die feierliche Übergabe des KOMM an die Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ Brandenburg e.V. durch den Bürgermeister, Herrn Schauer, statt. Dazu konnten wir eine Vielzahl von Gästen begrüßen. Auf diesem Wege möchten wir uns bei allen Gratulanten für die Glückwünsche und Blumen bedanken. Ein ganz besonderer Dank geht an die Geschäftsführung der Betriebskrankenkasse der PCK

AG, die uns eine Spende in Höhe von 1.000 DM überreichten. Ebenfalls großen Dank an die Firma PEDUS, die uns ein sehr schmackhaftes Buffet zusammenstellte. Wir wünschen uns sehr, daß unser KOMM weiterhin so rege genutzt wird, wie es bereits im Januar angelaufen ist.

Heinz Strüwing
Vorsitzender

Schwarze
Kunze
23.01.94



Rainer Kluge, Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg für die Belange behinderter Menschen



DER VORSTAND DER LAGH WIRD NEU GEWÄHLT

Die Mitgliederversammlung der LAGH wählt in ihrer Mitgliederversammlung am 25.11.1994 einen neuen Vorstand.

Für die neue Wahlperiode setzt sich der ehrenamtliche Vorstand wie folgt zusammen:

<i>Heinz Strüwing</i>	<i>Vorsitzender</i>
<i>Wolfgang Pohl</i>	<i>stellvertretender Vorsitzende</i>
<i>Dr. Siegfried Arndt</i>	<i>Schatzmeister</i>
<i>Joachim Haar</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>
<i>Edith Kloas</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>

In der Presseerklärung heißt es: "Die Landesarbeitsgemeinschaft versteht sich als Sprachrohr für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke in Brandenburg mit dem Ziel, Bedingungen und Verhältnisse zu schaffen, damit ein soweit wie möglich normales und selbstbestimmtes Leben der Betroffenen in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen gewährleistet wird." Durch Arbeitskreise, wie „Ausbildung und Arbeit“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Bauen und Verkehr“ wird verstärkt auf Verordnungen und bei der Planung von barrierefreien Maßnahmen Einfluss genommen. „Eine unserer Hauptforderungen ist, dass behinderte Menschen endlich in allen Teilbereichen unseres täglichen Lebens aufgehoben und eingebunden, also integriert werden“, heißt es weiter in der Presseerklärung.

Die Zahl der angeschlossenen Mitgliedsverbände hat sich 1994 auf 17 erhöht.

Dialysepatienten Deutschlands Landesverband Brandenburg e. V., der Landesverband für Körper-und Mehrfachbehinderte Brandenburg e. V. und der Landesverband Brandenburg für die Rehabilitation der Aphasiker e. V. sind hinzugekommen.

1995

Am 01.01.1995 tritt die Pflegeversicherung in Kraft.

In enger Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeirat und dem Landesbehindertenbeauftragten des Landes Brandenburg engagiert sich die LAGH entsprechend des Verfassungsgrundsatzes „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ für die über 300.000 behinderten Menschen im Land Brandenburg, um sie am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und den Selbsthilfedanken zu fördern.

Unter der Leitung der LAGH arbeiten die Fachgruppen des LBB

- **„Ausbildung und Arbeit“**

Ziel der Fachgruppe ist es, den Arbeitgebern und Betroffenen Wege zur Integration behinderter und kranker Bürger ins Berufsleben aufzuzeigen. So ist auch die Mitarbeit im Programmbeirat des Landes für die Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung der EG bei der Ausschreibung „Horizont“ zu werten.

- **„Hilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung“**

Die Fachgruppe wird durch die Arbeitsgemeinschaft „Spina bifida und Hydrocephalus“ geleitet, Diese Arbeitsgemeinschaft ist Mitglied der LAGH und arbeitet verstärkt auf dem Gebiet der Frühförderung.

- **„Mobilität und Bauen“**

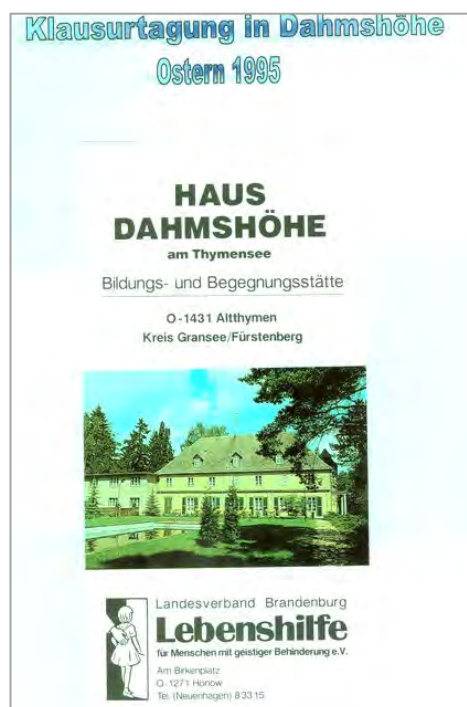
Um auf die Belange chronisch kranker und behinderter Menschen bei der Umgestaltung und Neugestaltung der Wohnungswelt im Land Brandenburg aufmerksam zu machen, arbeitet die LAGH aktiv in der Fachgruppe „Mobilität und Bauen“ mit.

Im Dezember 1995 wird auf Anregung des Vorsitzenden des Landesverbandes der Blinden und Sehbehinderten, anlässlich einer Klausurtagung zum Thema „öffentlicher barrierefreier Verkehrsraum“, die Arbeitsgruppe „Umwelt und Verkehr“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, Institutionen und Unternehmen zur integrativen behindertenfreundlichen Bauausführung öffentlicher und privater Bauten kompetent zu beraten und grundsätzliche Gedanken zur Gestaltung des öffentlichen Verkehrsraumes, Entscheidungsträgern zuzuarbeiten.

Ein ABM-Projekt ermöglicht chronisch Kranken und Menschen mit Behinderung unter anderem die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen im Integrationszentrum in Schwedt. Die LAGH ist Träger und Initiator dieses Objektes.

OSTERN 1995

Klausurtagung in Dahmshöhe. in der Bildungs- und Begegnungsstätte der Lebenshilfe Brandenburg



Haus Dahmshöhe liegt unmittelbar
am Thymensee im Kreis Gransee



In der Tagungspause genießen die
Teilnehmer die Natur.

DEZEMBER 1995

01. bis 03.12.1995 Mitgliederversammlung der LAGH in Damshöhe



Das Präsidium und Teilnehmer der Mitgliederversammlung



Auch in den Tagungspausen wird rege diskutiert.



Gespräche am runden Tisch



Pausengespräche



1996

Unter Federführung der Mitarbeiter der LAGH wird mit vier Schwedter Schulen und der Märkischen Ausbildungsgesellschaft, Qualifizierungs- und Trainingszentrum e. V. (MAQT) ein Projekt erarbeitet, dessen Ziel die **Erstellung eines Behindertenführers** ist. In diesem Informationsheft sollen alle öffentlichen Einrichtungen der Stadt, die für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte zugänglich oder aber bedingt zugänglich sind, aufgeführt werden.

Behindertenführer für Schwedt wird erarbeitet

Praktikanten und Schüler im Schwedter untersuchen Bedingungen im Stadtgebiet

Schwedt/Oder (EB/fm). Ein Behindertenführer für Schwedt und Umgebung wird gegenwärtig in Verantwortung der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ Brandenburg e.V. erarbeitet. Mit diesem Behindertenführer soll Gehbehinderten und Rollstuhlfahrern eine Informationssammlung zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie in die Lage versetzt werden, zu entscheiden, ob sie öffentliche Gebäude oder Einrichtungen selbständig oder nur mit fremder Hilfe nutzen können.

„Rund 60 Objekte wurden dazu erfaßt und detailliert beurteilt“, informiert Barbara Rödder, Projektbearbeiterin bei der Landesarbeitsgemeinschaft über das Vorhaben. „Ämter, Arztpraxen, Geschäfte, Dienstleistungseinrichtungen, Gaststätten, Kindereinrichtungen, der Bahnhof und soziale Einrichtungen gehören u. a. zu den zu untersuchenden Objekten.“

Ganz konkret werden die ausgewählten Bereiche untersucht, denn für einen Rollstuhlfahrer ist es nun einmal wichtig zu wissen, wie breit eine Zufahrt zu einem Geschäft ist, ob es eine Rampe gibt, um die Ladeneinfahrt auch erreichen und passieren zu können, oder darüber informiert zu sein, ob eine Klingel vorhanden ist, mit der der Verkäufer auf den Behinderten aufmerksam gemacht wird. Selbst eine geringe Türbreite, hohe Schwellen oder Stufen können für einen Rollstuhlfahrer das Aus für den Zugang zu einer Einrichtung bedeuten. Im Behindertenführer werden Angaben über die Zugänglichkeit in drei Kategorien - zugänglich, bedingt und nicht



Die Praktikanten der Märkischen Arbeits- und Qualifizierungsgesellschaft Anette Böckmann, Rita Ulrich (von rechts) und Klaus Langnese mit Projektbearbeiterin Barbara Rödder (2.v.l.) bei der Vorbereitung ihrer Erhebungen für den Behindertenführer. Foto: Im

zugänglich - ausgewiesen. Piktogramme und eventuell kurze Hinweise sollen den im Taschenformat erscheinenden Führer praktisch nutzbar machen.

„Mit der Untersuchung der örtlichen Gegebenheiten in Schwedt sind Praktikanten der Märkischen Arbeits- und Qualifizierungsgesellschaft befaßt“, so Barbara Rödder. „Einbezogen sind auch Schüler der neunten bis zwölften Klassen der Gesamtschule 1, des Gauß- und Schwellitzer-Gymnasiums.“ Schüler der Grundschule 2 fertigen Zeichnungen zur Illustration des Behindertenführers an. „Durch die Einbeziehung der Schüler wollen wir auch ins Gespräch über die

Probleme der Behinderten kommen und die Menschen dafür sensibilisieren.“ Immerhin gibt es in der Oderstadt über 20 Selbsthilfegruppen, deren Mitglieder in irgendeiner Form mit einer Behinderung fertig werden müssen.

Der Behindertenführer, so unterstreicht die Projektbearbeiterin, soll sich nicht „geschäftsschädigend“ auswirken. Im Gegenteil! Er soll für die Unternehmen werben. Wer sich gegen eine Veröffentlichung seines Geschäftes oder seines Unternehmens ausspricht, wird nicht in den Führer aufgenommen. Natürlich würde sich die Landesarbeitsgemeinschaft freuen, wenn recht viele Institutionen dieser Problematik aufge-

schlossen gegenüberständen. Bei der Neugestaltung der Berliner Straße zum Beispiel, sollten bereits in der Planungsphase die Belange Behinderter berücksichtigt werden.

Nicht unproblematisch ist übrigens auch die Finanzierung. „Wir beabsichtigen, den Behindertenführer kostenlos abzugeben. Um das zu realisieren, sind wir allerdings auf die Unterstützung von Sponsoren angewiesen. Es wäre schön, wenn das eine oder andere Unternehmen aus Schwedt oder der Umgebung uns dabei helfen könnte“, so die Projektbearbeiterin.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die schnelle Lösung einer **Einfahrregelung für Schwerbehinderte in den Nationalpark**.

Die Arbeitsgruppe des Landesbehindertenbeirates Mobilität und Bauen“, in der die LAGH aktiv mitarbeitet, befasst sich mit folgenden Schwerpunkten:

- Erarbeitung einer Stellungnahme zum Richtlinienentwurf für den Behindertenfahrdienst
- Fragen der Wohnbauförderung für Menschen mit Behinderung und deren Berücksichtigung bei der Neufassung der Wohngeldgesetzgebung
- Landeserlass „Höhenüberwindende Hilfsmittel“
- Hinweise und Präzisierung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)-Gesetz

Die Uckermärkischen Bühnen Schwedt (UBS) ermöglichen gehbehinderten Menschen und Rollstuhlfahrern mit dem Einbau eines Treppenliftes einen unkomplizierten Zugang zu ihren Veranstaltungen.



In einer Presseerklärung an regionale und überregionale Zeitungen äußert die LAGH ihren Unmut und ihre **Empörung zum „Bonner Sparpaket“ und protestiert darüber hinaus mit Unterstützung ihrer Mitgliedsverbände mittels Unterschriftensammlung, gegen dieses Sparpaket**, das sich wieder besonders gegen chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung richtet. Mitarbeiter der LAGH beteiligen sich an den Protestdemonstrationen in Bonn und Berlin. Protestbriefe zum § 3a BSHG werden an Abgeordnete des Landtags mit Bundestagsmandat gerichtet. Auch gegen die Kürzungen des Landespflegegeldgesetzes protestiert die LAGH und wendet sich an die Landesregierung.

MOZ 06.09.1996

Gewerkschaft in Berlin gegen Sparpaket

Der DGB und die Einzelgewerkschaften in Eberswalde haben für die Kundgebung am Sonnabend, dem 7. September, in Berlin gegen das Bonner Sparpaket ausreichend Busse gechartert. Olaf Himmel, DGB-Kreisvorsitzender, lädt alle Schwedter und Uckerländer zur Mitfahrt ein.

Für ein großes kulturelles Rahmenprogramm in Berlin mit den Gruppen City, Lydie Auvray und Band, Flying Pickets, Rock'n 'Roll Orchester Magdeburg und Los Salceros ist gesorgt. Diese Aktion beginnt um 11 Uhr vor dem Brandenburger Tor. Ferner finden an diesem Tag in Berlin das Training zum Avusrennen am Sonntag und ein Radrennen rund um den Alex statt.

Abfahrtsorte und -zeiten sind wie folgt: Strecke 1 um 9 Uhr ab Haltestelle Waldbad über Vierraden, Marchlewskiring und 9.25 Uhr Flemisdorf. Strecke 2 um 9 Uhr ab Haltestelle Sportplatz über Berliner Straße, Warenhaus, Marchlewskiring und 9.30 Uhr Felchow. Strecke 3 um 9 Uhr ab Straße Am Waldrand über Engelsstraße, Kastanienallee, Talsand, Festwiese, Marchlewskiring und 9.35 Uhr Dobberzin.

Der Rücktransport erfolgt Sonnabend ab 17 Uhr von Berlin zu den jeweiligen Abfahrtsorten.

25.09.1996

SELBSTHILFETAGE IN PRENZLAU

Selbsthilfetag in Prenzlau



25.09.1996

07.12.1996

Mitgliederversammlung der LAGH

1997 bis 2000

MAI 1997

Durch eine kleine Rampe wird es nun Rollstuhlfahrern möglich, am öffentlichen Personennahverkehr teilzunehmen.



Jürgen Crusius, Geschäftsführer der Personenverkehrsgesellschaft Schwedt/Angermünde, begrüßt eine Rollstuhlfahrerin mit einem Blumenstrauß zur Einweihung der ersten beiden Busse mit der neuen Rampe.



Diese Rampe ist ein Schritt für mehr Selbstbestimmung der Rollstuhlfahrer. Zwar sollte das mit den sogenannten Niederflurbussen, die sich zur Einstiegsseite absenken lassen, bereits möglich sein. In der Praxis hatte aber der Busfahrer zu kämpfen, so genau an der Bordsteinkante heranzufahren. In dem Spalt zum Einstieg blieben die kleinen Hinterräder der Rollstühle hängen. Den Gehbehinderten und Rollstuhlfahrern blieb oft nur die Fahrt mit dem teuren Behindertentaxi. Ehrenfried Hartwig, vom Kreis als Träger des ÖPNV bei der Einweihung dabei, ließ sich diese nach seinen Worten „gute Lösung“ so genau erklären, dass zu vermuten ist, dass künftig auch in anderen Kommunen ähnliche Lösungen angeboten werden.

AUGUST 1997

Im August 1997 findet ein Treffen des Vorstandes der LAGH mit dem Staatssekretär im MASGF, Herwig Schirmer, statt. In diesem Gespräch werden Grundsätze der Sozialpolitik der Landesregierung diskutiert und die Wichtigkeit der Arbeit von Landesbehindertenorganisationen herausgearbeitet. Ein Ergebnis des Gesprächs ist, dass das MASGF die Finanzierung von eineinhalb Stellen in der LAGH prüfen und übernehmen will. Leider fällt diese Entscheidung auf Grund fehlender finanzieller Mittel für uns negativ aus.

Bei einer Anhörung vor dem Sozialausschuss der Landesregierung Brandenburg wird die Sozialpolitik der Landesregierung stark kritisiert.

Schwerpunkte der Anhörung:

- Positionen zur Erarbeitung eines Antidiskriminierungsgesetzes
- Erfahrungen und Probleme bei der Mitwirkung von Verbänden und des Behindertenbeauftragten im Rahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung im Land Brandenburg
- Leistungen des Landes zum Nachteilsausgleich, zur Förderung und zur Integration
- Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation – Position zur Ausgleichsabgabe

NOVEMBER 1997

EIN NEUER VORSTAND WIRD GEWÄHLT



Auf der Mitgliederversammlung am 15.11.1997 in Erkner wird der bisherige Vorstand entlastet und ein neuer ehrenamtlicher Vorstand gewählt.

Das Tagungshotel in Erkner



Dr. Siegfried Arndt und Edith Kloas scheiden aus dem Vorstand aus.

Das Präsidium der Mitgliederversammlung



*Frau Brigitte Matthey,
Geschäftsstellenleiterin der LAGH von Februar 1997 bis Dezember 2000, überreicht Prä-
sente*





Folgende ehrenamtliche Vorstandmitglieder werden gewählt

<i>Heinz Strüwing</i>	<i>Vorsitzender</i>
<i>Joachim Haar</i>	<i>stellvertretender Vorsitzende</i>
<i>Wolfgang Pohl</i>	<i>Schatzmeister</i>
<i>Dr. Brigitte Reinhold</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>
<i>Marianne Seibert</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>
<i>Helmut Augustiniak</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>
<i>Dr. Horst Meyer</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>

Der neue Vorstand



1998

Die LAGH und acht ihrer Mitgliedsverbände nehmen mit einem Gemeinschaftsstand an der REHA 98 teil.

Am **6. Brandenburgischen Selbsthilfetag** beteiligt sich die LAGH mit einem Informationsstand und umfangreichem Informationsmaterial. In einem Diskussionsbeitrag spricht der stellvertretende Vorsitzende, Joachim Haar, zu den Schwerpunkten:

- Zunahme der Gewalt und Diskriminierung gegenüber Behinderten
- Schwerbehindertenarbeitsplätze und Ausgleichsabgabe
- unbefriedigende Arbeit der Sozial- und Versorgungsämter

Die LAGH fordert im Interesse der Menschen mit Behinderung ein **Gleichstellungsgesetz für das Land Brandenburg**. Ein Entwurf der PDS liegt vor. In einer öffentlichen Anhörung der PDS-Fraktion im Landtag legen der Vorsitzende der LAGH, Heinz Strüwing, und sein Stellvertreter, Joachim Haar, ihre Standpunkte dar. Schriftliche Stellungnahmen gab es von weiteren Vorstandsmitgliedern.

Die Leistungen der Landesregierung zum Thema **Nachteilsausgleiche** sowie die **Grundsätze der Eingliederungshilfe** entsprechend Landespflegegeldgesetz sind ebenfalls Inhalt der Anhörung.

Notwendige Voraussetzungen für die Sicherung von Erwerbsarbeit für behinderte Menschen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation werden vorgeschlagen.

Die Bundestagswahl 1998 ist uns Anlass, die politischen Parteien über ihre Ziele und Programme in der Behindertenpolitik in Form von Wahlprüfsteinen zu befragen.

Durch den persönlichen Einsatz des Landesbeauftragten der Parkinson Vereinigung und mit großer Unterstützung des Ministeriums kann sich im Land Brandenburg eine Spezialklinik für Patienten mit Morbus Parkinson etablieren.

Der Behindertenführer für die Stadt Schwedt wird fertiggestellt.

An der Mitgliederversammlung im November 1998 nehmen Vertreter von SPD und PDS teil. Die Abgeordneten sprechen über die Verwirklichung der Grundrechte, über Nachteilsausgleiche sowie über die Normalisierung der Lebensbedingungen und Integration behinderter Menschen.

Die LAGH stellt sich im Internet vor

Wichtige aktuelle Nachrichten, Tipps zur Gesundheitsreform, Fernsehsendezeiten für ein Leben mit Behinderung sowie der Veranstaltungskalender unserer Begegnungsstätte KOMM können hier abgefragt werden.

Unsere erste Internetadresse lautet: www.pigorsch.com/lagh.bb

Ab 01.04.1998 wird durch das MASGF eine SAM-Stelle für die Geschäfts- und Beratungsstelle der LAGH teilfinanziert und das bis Juni 2004.

*14.11.1998 **Helmut Augustiniak scheidet** aus persönlichen Gründen aus dem Vorstand aus.*

Anlässlich des Welttages der Behinderten am 03.12.1998 fordert die LAGH in einer Pressemitteilung von der Landesregierung eine fortschrittlichere Behindertenpolitik. In einem weiteren Artikel **in der Märkischen Oderzeitung (MOZ) äußert sich der Vorsitzende der LAGH, Heinz Strüwing, über die kooperative Zusammenarbeit zwischen Kommune und zuständiger Personenverkehrsgesellschaft.**

1999

Im Februar 1999 wird der „Reiseführer“ für behinderte Menschen vorgestellt.

Die MOZ berichtet darüber. Hier ein kurzer Auszug:

„Die Touristenbranche in Brandenburg will sich künftig stärker auf die Bedürfnisse von Behinderten einstellen, berichtet die MOZ. Von den vorhandenen mehr als 1.000 Ho-

tels verfügen inzwischen rund 15 Prozent über Rampen für Rollstuhlfahrer und entsprechend ausgestattete Zimmer, die den Betroffenen einen ungetrübten Urlaub ermöglichen. **Brandenburg sei das erste Bundesland mit einem derartigen Ratgeber**, sagte Wirtschaftsminister Burkhard Dreher (SPD). Neben dem Reiseführer präsentiert Dreher den „Ratgeber für Bau und Gestaltung touristischer Einrichtungen – barrierefrei“ als Leitfaden für Kommunen und Investoren. Beide Publikationen werden durch das Land mit 50.000 Mark gefördert. Der „Reiseführer“ ist nach Landkreisen geordnet und informiert über 70 touristische Höhepunkte, 150 Beherbergungsstätten sowie die regionalen Adressen von Behindertenverbänden. Die 70-seitige Broschüre gibt darüber auch Auskunft, dass Schloss Sanssouci in Potsdam über eine Rampe erreichbar ist oder der Straussee in Strausberg über einen Wanderweg für Behinderte verfügt“.

Am 18.09.1999 findet in Strausberg der **7. Brandenburgische Selbsthilfetag** statt.

An der Arbeitstagung der BAGH am 24. und 25.09.1999 zum Thema „Patientenrechte“ nehmen Vertreter der LAGH teil.

Die LAGH Berlin feiert ihr 10-jähriges Bestehen. Die LAGH Brandenburg e. V. überbringt Glückwünsche und nimmt an der Festveranstaltung im roten Rathaus teil.



Die LAGH Berlin und LAGH Brandenburg verbindet eine jahrelange freundschaftliche Zusammenarbeit. Viele Veranstaltungen (gemeinsame Messestände, Fachtagungen u.v.a.) organisieren wir gemeinsam für unsere Mitgliedsverbände. Dabei ist Martina Nell, die Geschäftsstellenleiterin der LAGH Berlin, eine zuverlässig und engagierte Partnerin.

Martina Nell, Geschäftsstellenleiterin der LASGH Berlin und der Vorsitzende der LAGH Brandenburg, Heinz Strüwing



Teilnahme an der **REHA Messe** in Düsseldorf im November 1999

*13.11.1999 Mitgliederversammlung der LAGH. Die Deutsche Sarkoidose-Vereinigung wird als **neuer Mitgliedsverband** in unseren Dachverband aufgenommen.*

***Dr. Brigitte Reinhold** scheidet aus dem Vorstand aus.*

Am 03.12.1999 nehmen Vertreter der LAGH und ihrer Mitgliedsverbände an der **Gründungsveranstaltung des Deutschen Behindertenrates (DBR)**



teil, der von den großen Sozialverbänden, der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe sowie unabhängigen Behindertenverbänden am Welttag der behinderten Menschen, in Berlin gegründet wird. Aufgabe des Deutschen Behindertenrates ist es, die Interessen behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen verbandsübergreifend offensiv zu vertreten. Dazu gehört insbesondere auch, auf die Sicherstellung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Lebensgestaltung behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen sowie der Arbeit der für sie notwendigen Dienste und der Selbsthilfestrukturen hinzuwirken. Der DBR ist ein Aktionsbündnis der maßgeblichen Verbände chronisch kranker und behinderter Menschen. Er versteht sich als Plattform gemeinsamen Handelns und des Erfahrungsaustauschs. Der DBR ist kein Dachverband und besitzt damit kein generelles Vertretungsmandat. Die Mitgliedsorganisationen vertreten sich in aller Regel selbst.

Mit Fördermittel des MASGF können wir die Installation einer neuen Telekommunikationsanlage und einen Personalcomputer finanzieren.

2000 bis 2003

2000

Neuregelung des §20 Abs. 4 SGB V

In § 20 Abs. 4 SGB V ist die Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe durch die gesetzlichen Krankenkassen geregelt. In Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen findet im Mai 2000 ein, von der LAG für Selbsthilfeförderung Brandenburg veranstaltetes (LAGS), Fachtreffen statt. Ein abgestimmtes Vorgehen mit allen Wohlfahrtsverbänden wird vereinbart. Bei einem weiteren Treffen mit den Krankenkassen, Krankenkassenverbänden, den Wohlfahrtsverbänden, dem LBB sowie unseren Mitgliedsorganisationen werden konkrete Vorschläge zu den Modalitäten der Selbsthilfeförderung erarbeitet. Von den Krankenkassen zeigt sich als einzige Krankenkasse die AOK gesprächsbereit.

Für 2000 wird von der LAGH für alle Mitgliedsverbände ein gemeinsamer Antrag zur finanziellen Unterstützung eines Projektes an die AOK gestellt. Gefördert werden rund 30 % der beantragten Summe.

05.05.2000 Veranstaltung zum Europaweiten Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen in Potsdam – Podiumsgespräch mit Brandenburger Politikern

Im Februar 2000 konstituiert sich das „**Behindertenpolitische Aktionsbündnis Land Brandenburg**“. Die erste Vorstellung dieses Bündnisses findet am 5. Mai 2000 in Potsdam vor den anwesenden Landespolitikern und Verbandsvertretern statt. Das Aktionsbündnis soll Kräfte bündeln, um die sozialpolitischen Interessen von behinderten und chronisch kranken Menschen und ihren Angehörigen zu vertreten und die Verbesserung ihrer Lebenssituation einzufordern. An den vorbereitenden Beratungen nehmen der Sozialverband VdK, die Lebenshilfe, der ABB, der BSVB und die LAGH teil.

Das Aktionsbündnis baut auf vorhandene Strukturen auf und will diese sinnvoll verknüpfen durch:

- Gemeinsame Präsentation
- Informationsaustausch und Stellungnahmen
- Nutzung neuer Medien
- Organisation gemeinsamer Aktionen

15.06.2000 Erlass zur Neustrukturierung des Landesbehindertenbeirates im Land Brandenburg tritt in Kraft. Der Landesbehindertenbeirat soll stärker als zuvor von den Ministerien als ein sach-und fachkundiger Berater zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse für Menschen mit und ohne Behinderung in die tägliche Arbeit einbezogen werden. Die wichtigste Änderung ist die starke Gewichtung zu Gunsten der Behinderten, Betroffenen und Wohlfahrtsverbänden zur Mitwirkung an staatlichen Entscheidungen. Die LAGH ist als Mitglied in den LBB berufen. Joachim Haar, vom Blinden-und-Sehbehinderten-Verband Brandenburg e. V. (BSVB), wird Vorsitzender des LBB und löst damit Rainer Kluge ab.

Die LAGH erhält ihre Berufungsurkunde zum Mitglied in den Landesbehindertenbeirat.



Berufungsurkunde

Auf der Grundlage des § 4 des Erlasses zur Neustrukturierung des Landesbehindertenbeirates im Land Brandenburg vom 02. Mai 2000

wird

die **Landesarbeitsgemeinschaft
"Hilfe für Behinderte"
Brandenburg e.V.**

mit Wirkung vom 15. Juni 2000

zum Mitglied in den Landesbehindertenbeirat berufen

Potsdam, 14. Juni 2000



Der Minister für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Frauen

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2000

- 17.05.2000 Teilnahme am 2. Kunst- und Musiktag auf dem deutsch-polnischen Landhof „Arche“ in Groß Pinnow
- zum Thema „Zuwendungsrecht und Verwendung von Fördermitteln führt die LAGH eine Schulung für die Mitgliedsverbände durch
- 16.06.2000 Teilnahme an der Brandenburger Behindertenkonferenz in Hennigsdorf/Berlin

- 21.06.2000 die LAGH präsentiert sich zum Uckermärkischen Selbsthilfetag in Prenzlau
- 14. bis 16.09.2000 Teilnahme an der REHA KOMM in Berlin, bei deren Vorbereitung die LAGH ehrenamtlich als Mitglied im Messebeirat mitgewirkt hat
- 23.09.2000 Teilnahme am Brandenburger Selbsthilfetag in Belzig
- 24. bis 26.09.2000 Sitzung des Ständigen Ausschusses der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG'n) aller Bundesländer und der BAGH (StAu-Tagung) in Rerick.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der StAu-Tagung im Gespräch



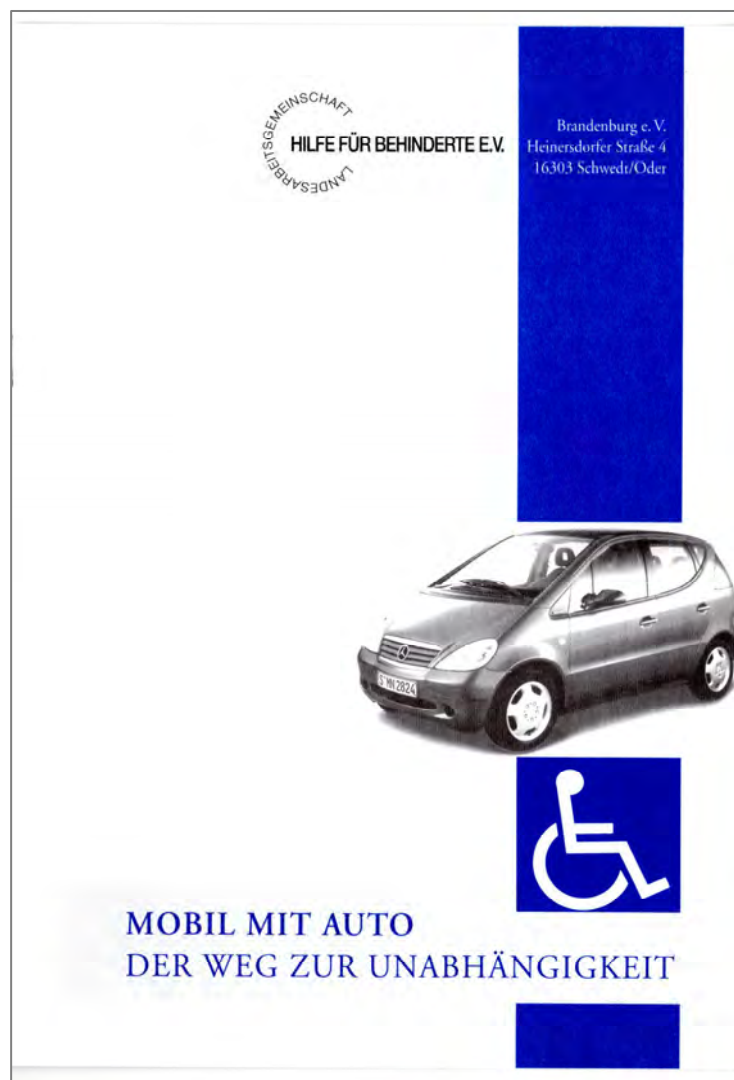
- *Eine Arbeitsgruppe „Satzung“ wird gegründet, deren Aufgabe die Überarbeitung der Satzung der LAGH ist.*

DIE BROSCHÜRE „MOBIL MIT AUTO WIRD FERTIG GESTELLT.

Seit 1999 arbeitet die LAGH an einer Broschüre, die Menschen mit Behinderung Hilfe, Unterstützung und Ratschläge bieten soll, um ihnen die Möglichkeiten zum eigenen Auto aufzuzeigen. Die **Broschüre „Mobil mit Auto – Der Weg zur Unabhängigkeit“** wird nun in 2000 fertiggestellt und herausgegeben.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Führerschein
- finanzielle Hilfen
- Anschaffung und Versicherung eines behindertengerechten Fahrzeugs, Ausstattung und Umrüstung
- Steuern
- nützliche Adressen



DER VORSTAND DER LAGH WIRD NEU GEWÄHLT

Die Mitgliederversammlung der LAGH am 02.12.2000 wählt einen neuen ehrenamtlichen Vorstand, der auf 7 Mitglieder erweitert wird.

Heinz Strüwing	1. Vorsitzender
Joachim Haar	2. Vorsitzende
Wolfgang Pohl	Schatzmeister
Marianne Seibert	Vorstandsmitglied
Dr. Horst Meyer	Vorstandsmitglied
Peter Fischer	Vorstandsmitglied
Fritz Kunkel	Vorstandsmitglied

*Der Landesselbsthilfeverband für Osteoporose Brandenburg sowie die Landesarbeitsgemeinschaft für Selbsthilfeförderung Brandenburg werden als **neue Mitglieder** in unseren Dachverband aufgenommen. Die LAGH vertritt als Dachverband von nunmehr 20 Mitgliedsverbänden die Interessen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen im Land Brandenburg.*

2001

Zum 01.01.2001 geht die Trägerschaft des KOMM an die Behinderten Selbst Hilfe Schwedt (BSH).

Noch immer arbeitet unsere Geschäftsstelle ohne hauptamtliche Besetzung. Zu diesem Problem führen wir ein Gespräch mit der Staatssekretärin Angelika Thiel-Viegh.

Die zu dieser Zeit in der Geschäftsstelle beschäftigten zwei Mitarbeiterinnen sind über Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (bis Dezember 2001) bzw. Strukturanpassungsmaßnahme (bis April 2002) befristet eingestellt. Eine weitere ehemalige Mitarbeiterin der Geschäftsstelle ist bis auf Weiteres geringfügig beschäftigt (14,5 h).



Seit 1998 ist Frau Gudrun Klabuhn über ABM in der Geschäftsstelle der LAGH tätig.

Ein Schwerpunkt in 2001 stellt die **Umsetzung der §20 Abs. 4 SGB V** (Gesetz zur Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe) dar. Dazu werden Gespräche mit den Krankenkassen, dem MASGF und Vertretern der Selbsthilfe des Landes geführt. Für das Jahr 2001 stellen die Mitgliedsverbände und die LAGH separate Anträge zur finanziellen Förderung an die AOK. Die Geschäftsstelle erhält 49 % der beantragten Summe.

Das Landesgleichstellungsgesetz ist Gesprächsthema mit der Staatssekretärin des MASGF, Angelika Thiel-Viegh.

Die LAGH sendet einen Protestbrief zum geplanten Wegfall des Pflegegeldes für Gehörlose an den Landtag.

Wegfall des Pflegegeldes für Gehörlose ist auch Thema einer Anhörung im Landtag.

Unsere **Proteste haben Wirkung gezeigt**. Das Landespflegegeldgesetz wird nicht geändert ebenso wird die geplante Streichung des Gehörlosengeldes zurückgenommen.

Mitarbeit der LAGH

- im Messebeirat der Reha Komm 2002 Berlin
- in der 2. Kammer des Widerspruchsausschusses des Integrationsamtes
- im Beratenden Ausschuss des Integrationsamtes

Im Rahmen der BUGA in Potsdam findet im Mai 2001 ein **Aktionstag der Menschen mit Behinderung** statt.

Im Juni 2001 organisiert die LAGH eine **Schulung für die Mitgliedsverbände** zum SGB IX.

Die LAGH nimmt am **9. Brandenburger Selbsthilfetag** in Bad Freienwalde teil.

Am 11. bis 13. November findet die Herbsttagung des Ständigen Ausschusses der Landesarbeitsgemeinschaften in der Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE in Münster statt.

Als **neuer Mitgliedsverband** wird der Landesverband Mukoviszidose e. V. Berlin Brandenburg in den Dachverband der LAGH aufgenommen. Damit gehören der LAGH 21 Mitgliedsverbände an.

Am 24.11.2001 findet eine Fachkonferenz anlässlich des 10-jährigen Bestehens der LAGH statt.

Im zehnten Jahr des Bestehens der LAGH wird die **Broschüre „Die Mitgliedsverbände der LAGH Brandenburg“ neu aufgelegt.**

Das Vorwort für diese Broschüre schreibt Alwin Ziel, Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg. Alwin Ziel würdigt in seinem Vorwort die Leistungen der LAGH und ihrer Mitgliedsverbände im Interesse chronisch kranker und behinderter Menschen in den 10 Jahren ihres Bestehens. So sagt er unter anderem: „Mit ihrem landesweiten großen Netz an Selbsthilfegruppen haben die Mitgliedsverbände die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen ganz entscheidend auf den Weg gebracht und mitgetragen“. Weiter heißt es: „Die LAGH und ihre Mitgliedsverbände verwirklichen täglich für die Gesamtheit der Behinderten ein Stück mehr Lebensqualität. Sie hat großen Anteil an Ausbau und Qualifizierung des ehrenamtlichen Engagements im Land Brandenburg, um Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen konkrete Hilfe und Unterstützung geben zu können. Das alles konnte und kann nur gelingen, weil Vereine und Verbände vertrauensvoll zusammenwirken und in aufopfernder ehrenamtlicher Arbeit den betroffenen Menschen und ihren Familien „Hilfe zur Selbsthilfe“ geben. Ohne dieses Engagement wäre unsere Gesellschaft sozial ärmer“.



REGINE HILDEBRANDT

„Mutter Courage des Ostens“

Erinnerung an eine großartige, außergewöhnliche Frau



geboren am 26. April 1941 in Berlin

Vom November 1990 an war Regine Hildebrandt Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg. Bei den Landtagswahlen 1999 errang sie unangefochten wieder ihr Direktmandat, die SPD verlor jedoch die absolute Mehrheit. Regine Hildebrandt sprach sich für eine Koalition mit der PDS aus, Ministerpräsident Manfred Stolpe entschied sich jedoch für die CDU, die Regine Hildebrandt stets als kontraproduktiv erlebt hatte. Für Regine Hildebrandts geradlinigen Charakter gab es nur eine mögliche Konsequenz: sie legte im Oktober 1999 ihr Mandat nieder und schied aus dem Kabinett aus.

(nachzulesen bei

www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/regine-hildebrandt/)

Am 26. April 2001 feiert Regine Hildebrandt ihren 60. Geburtstag.



Geburtstagskind mit Enkeltochter
Antonia und vielen Geburtstagsblumen

Am 26.11.2001, nur wenige Monate nach ihrem 60. Geburtstag erlag sie ihrem Krebsleiden.

Nicht nur Spuren sind von Regine Hildebrandt hinterlassen worden, sondern auch ihr eigenes Handeln hat sich für viele zum Nacheifern empfohlen.

Regine Hildebrandt mit ihrem Leitspruch: „Der tiefere Sinn des Lebens liegt im Miteinander“ ist für viele beispielhaft gewesen.

In ihrem Einsatz für die Schwachen und Benachteiligten der Gesellschaft ging sie bis an die Grenzen des Machbaren.

Vor allem in Brandenburg aber auch weit über das Land hinaus war sie wegen ihres außergewöhnlich offenen, volksnahen, oft auch undiplomatischen Auftretens populär, was auch in dem Spitznamen „Mutter Courage des Ostens“ zum Ausdruck kam.

2002

Derzeit gehören 21 landesweit organisierte, eigenständige Selbsthilfeverbände zur LAGH.

Marianne Seibert, Vorsitzende der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft Landesverband Brandenburg e. V. (DMSG), **legt** am 09.09.2002 **ihr Amt** als Mitglied des Vorstandes der LAGH mit sofortiger Wirkung **nieder**.

Auf der neuen Internetseite www.home.t-online.de/home/LAGH.BB erscheinen Hinweise und Tipps zur Gesundheitsreform, Sendetermine von abm-arbeitsgemeinschaft behinderung und medien e.V.“ und „selbstbestimmt!“

*Durch fehlende Zuwendungen von der BAGH treten **in der LAGH Finanzprobleme** auf. Der Versuch, Bußgeldauflagen von den Gerichten zu erhalten, ist fehlgeschlagen.*

Die Vorstandssitzung am 11.01.2002 beschließt den Umzug der Geschäftsstelle der LAGH aus der Heinersdorfer Straße. Da diese nicht behindertengerecht ist, gibt es Beschwerden von Menschen mit Behinderung, die unsere Geschäftsstelle für Beratungen aufsuchen wollen und durch den Wechsel des Vermieters (das Haus wurde verkauft) ist ein unbefriedigender Zustand eingetreten.

*Die Stadt Schwedt bietet der LAGH eine ehemalige Arztpraxis mit ca. 115 m² an. Durch kleinere Umbauarbeiten ist dieses Objekt schnell behindertengerecht zu gestalten. Die Vorstandssitzung am 05.04.2002 kann dann schon in den neuen Geschäftsräumen stattfinden. Eine neue Rollstuhlfahrrampe ist eingebaut. Parkplatz und Toiletten müssen jedoch **noch** im KOMM genutzt werden (3 Minuten Fußweg).*

*Seit März 2002 ist die neue Anschrift der Beratungs- und Geschäftsstelle:
LAGH Brandenburg e. V.
Marie-Curie-Straße 1A
16303 Schwedt*

Frau Klabuhn an ihrem neuen Arbeitsplatz



Das Jahr 2002 ist geprägt von umfangreichen Diskussionen zum Entwurf des **Brandenburgischen Gleichstellungsgesetzes**.

Am 15.01.2002 mahnt Karl-Heinz Lauterbach, Sprecher des Behindertenpolitischen Aktionsbündnisses Brandenburg, in einem Schreiben an Minister Alwin Ziel die rechtzeitige Mitwirkung der Behindertenverbände bei der Erarbeitung des Landesgleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen an. Im April 2002 legt das MASF den Referentenentwurf vor, der im Juni 2002 vom Landtag verabschiedet wird. Von April bis Juni wird den Behindertenverbänden der Referentenentwurf zur Kenntnis gegeben.

Am 02.09.2002 erfolgt **eine Anhörungen zum Entwurf des Brandenburgischen Landesbehindertengleichstellungsgesetzes** im MASF in Potsdam. Dazu wird in einer außerordentlichen Vorstandsitzung der LAGH **am 26.08.2002** eine gemeinsame Stellungnahme der LAGH Brandenburg e. V. erarbeitet. Schwerpunkte, die dabei kritisch betrachtet werden, sind:

- § 3 Behinderung
- § 4 Barrierefreiheit
- § 8 Herstellung der Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr
- § 9 Recht auf Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikations-hilfen
- § 12 Verbandsklage
- § 13 Amt der/des Behindertenbeauftragten für die Belange der behinderter Menschen
- § 14 Aufgaben und Befugnisse
- § 15 Landesbehindertenbeirat

Am 1. Mai 2002 tritt das **Bundesgesetz zur Gleichstellung** behinderter Menschen (BGG) in Deutschland in Kraft.

Die Mitgliederversammlung der LAGH findet am 23.11.2002 im Bildungszentrum Erkner statt.

Die Allianz-Versicherung bietet für Vereine und Verbände günstige Gruppenverträge an.

Die AOK des Landes Brandenburg teilt der LAGH in einem Schreiben vom 18.12.2002 mit, dass sich die Krankenkassenverbände darauf verständigt haben, Dachverbände der Selbsthilfe nicht mehr zu fördern.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2002:

- Am 24.06.2002 lädt der Bundesbeauftragte der Bundesregierung, Karl Hermann Haak, zum Fest der Künste LaLuNa ins Kleisthaus nach Berlin ein, an einem Ort, an dem Kunst und Kultur für Menschen mit und ohne Behinderung ihren Platz haben. Vertreter der LAGH nehmen an dieser Veranstaltung teil.
- Mitwirkung und Teilnahme am 10. Brandenburgischen Selbsthilfetag, der am 28.09.2002 in Schwarzheide unter dem Motto „Gesundheitsförderung-Selbsthilfe-Lebensqualität“ statt findet.
- Teilnahme der LAGH mit 7 Mitgliedsverbänden an der REHA KOMM am 12.09.2002 in Berlin.
- Besuch der REHA-Messe vom 23. bis 26.10.2002 in Düsseldorf.
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Selbsthilfeförderung – Umsetzung des § 20 Abs. 4“.
- SGB V im Land Brandenburg.
- Herausgabe der überarbeiteten Broschüre „Die Mitgliedsverbände der LAGH“.
- Am 03.12.2002, dem internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen, findet eine Veranstaltung des DBR zum Thema „Erfolge umsetzen, Defizite beseitigen/für eine nachhaltige Behindertenpolitik in der neuen Legislaturperiode“ statt. Teilnehmer dieser Veranstaltung sind auch Vertreter der LAGH.
- Mitarbeit im LBB, im Messebeirat der Reha-Komm Berlin und in der 2. Kammer des Widerspruchsausschusses des Integrationsamtes.



Stellwand zur Darstellung der LAGH.



Das KOMM bietet neu behindertengerechten Personentransport Hol- und Bringeservice an

Die Anschaffung des Transporters wird gefördert durch Aktion Mensch



Personenverkehrsgesellschaft Schwedt schafft neue Niederflerbusse an und bietet damit Menschen mit Behinderung, ganz speziell unseren Rollstuhlfahrern eine unkomplizierte Nutzung der Stadtlinien an.

2003 bis 2006

2003

Am 15.01.2003 erfolgt eine weitere **Anhörung zum Gesetzentwurf** des Brandenburgischen Landesbehindertengleichstellungsgesetzes im Landtag.

Das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen des Landes Brandenburg tritt am 25. März 2003 in Kraft.

Zur Umsetzung des Gesetzes wird eine Arbeitsgruppe „Die Rechte behinderter Menschen – Umsetzung von rechtlichen Regelungen im Land Brandenburg“ innerhalb der LAGH gebildet.

*Die LAGH ist in **äußerst schwieriger finanzieller Lage**. Die Arbeitsgruppe „Finanzen“ soll Lösungswege finden. Das Fortbestehen der Geschäftsstelle ist in Gefahr.*

Maßnahmen:

- *der Betreuungsverein Lebenshilfe e. V. zieht in unsere Geschäftsräume mit ein*
- *Anschreiben an Amtsgerichte bundesweit, mit der Bitte um Bußgelder*
- *Spendenbittschreiben an umliegende Firmen im Land Brandenburg*
- *Spendenbittbriefe an Stiftungen, bundesweit*
- *Weiterer Kampf um Förderung der LAGH durch die Krankenkassen laut § 20 Abs. 4 SGB V*
- *Erarbeitung neuer Kriterien zur Verteilung der Sachkosten*

In einem Schreiben vom 16.01.2003 an Christa Lammel, Referat Behindertenpolitik des MASGF, legt die LAGH am Beispiel des Finanzplanes der Geschäftsstelle die finanzielle Situation dar und bittet um Unterstützung. Nachgefragt wird auch der Stand der Prüfung der Übernahme der LAGH in die Förderung der überregionalen sozialen Dienste. Dieses wurde in einem Brief vom 31.07.2001 von Christa Lammel in Aussicht gestellt.

Der Förderungsantrag der LAGH an die AOK für das Land Brandenburg wird von der Krankenkasse abgelehnt, mit der Begründung, dass eine Förderung von Dachverbänden der Selbsthilfe nach den gemeinsamen und einheitlichen Grundsätzen der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20 Absatz 4 SGB V ausgeschlossen sei.

Am 06. März tagt der **Arbeitskreis Selbsthilfeförderung im MASGF** Potsdam. Auch hier wird mit den Krankenkassen über die Förderung der Selbsthilfeverbände insbesondere der LAGH beraten. Im Juli wendet sich die LAGH an die VdAK-/AEV Landesvertretung, Frau Binder-Pinkepank, und widerspricht die Ablehnung der Anträge auf projektbezogene und pauschale Förderung.

Die LAGH, die LAGS und „Der Paritätische Wohlfahrtsverband“ (DPWV) führen am 09.09.2011 ein Beratungsgespräch „Selbsthilfeförderung im Land Brandenburg“ durch. **Die Selbsthilfevertreter streben die Gründung eines Arbeitskreises Selbsthilfeförderung im Land Brandenburg an.**

Am 14.11.2003 beraten die Verbände der Selbsthilfe mit den Krankenkassen und Kassenverbänden im Land Brandenburg über die Umsetzung der Empfehlungsvereinbarung zur Selbsthilfeförderung vom 09. März 2003. Detlef Fronhöfer, AOK Brandenburg, macht deutlich, dass aus seiner Sicht Änderungen des bestehenden Förderverfahrens nur unter klar verabredeten Zielstellungen erfolgen können. Er kann sich vorstellen, dass die Umsetzung der Empfehlungsvereinbarung und die Bildung eines gemeinsamen Arbeitskreises im Land Brandenburg mit der Unterstützung eines Fachberaters erfolgen kann. Zu klären sind die Federführung, Teilnehmer/innen und Schwerpunkte der Arbeit des Arbeitskreises. Inhaltlich geht es um die Förderung der Selbsthilfekontaktstellen, Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen und die Transparenz bei der Umsetzung.

Die LAGH stimmt den **Leitsätzen der BAGH (Stand 27.04.2002) für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitswesen** insbesondere mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie einstimmig zu.

Am 30.04.2003 geht eine Zuschrift der LAGH zum Entwurf einer Brandenburgischen Bauordnung an den Landtag Brandenburg. Bereits in den Stellungnahmen der LAGH zum Brandenburgischen Landesbehindertengleichstellungsgesetze wurde darauf hingewiesen, dass die **fehlenden Regelungen zur Barrierefreiheit in die Landesbauordnung** (LBO) aufzunehmen sind. In der Zuschrift heißt es: „Die Teilnahme, Zugänglichkeit und Nutzung des ganzen Lebensraumes (nicht nur in vorgesehenen Bereichen) müssen in der für Menschen ohne Beeinträchtigung üblichen Weise selbstbestimmt und unabhängig erfolgen können.“ Eine sinnvolle Umsetzung des Brandenburgischen Landesbehindertengleichstellungsgesetzes macht die Änderung der LBO hinsichtlich der Barrierefreiheit zwingend erforderlich.

Die Vorstandssitzung der LAGH am 14.04.2003 beschließt einstimmig aus dem Behindertenpolitischen Aktionsbündnis auszutreten. Eine weitere Mitarbeit im Aktionsbündnis sieht die LAGH deshalb nicht als sinnvoll an, weil nicht mehr nach den Prinzipien gehandelt wird, die in der 1. Sitzung des Aktionsbündnisses im Februar 2000 festgelegt wurden:

- das Behindertenpolitische Bündnis ist keine Konkurrenz zum Behindertenrat im Land Brandenburg, sondern kann diesen sinnvoll ergänzen
- beteiligte Verbände sollen ihre Identität im Aktionsbündnis bewahren können
- Minderheitsvoten müssen möglich sein

Ein entsprechender Brief geht am 16.04.2003 an die Sprecherin des Aktionsbündnisses, Marianne Seibert.

Heinz Strüwing und Joachim Haar erhalten ihre Berufungsurkunde als Vertreter der LAGH im Landesbehindertenbeirat.



Im September 2003 wechselt durch Wahl der Vorsitz des LBB. Joachim Haar übergibt das Amt an Marianne Seibert.

DER VORSTAND WIRD NEUE GEWÄHLT

Am 22.11.2003 findet die Mitgliederversammlung der LAGH statt. Der ehrenamtliche Vorstand wird neu gewählt.

<i>Heinz Strüwing</i>	<i>1. Vorsitzender</i>
<i>Joachim Haar</i>	<i>2. Vorsitzende</i>
<i>Wolfgang Pohl</i>	<i>Schatzmeister</i>
<i>Fischer, Peter</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>
<i>Kunkel, Fritz</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>
<i>Meißner, Viktor</i>	<i>Vorstandsmitglied</i>

Dr. Horst Meyer scheidet aus dem Vorstand aus.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2003

- Die Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB) findet am 05.05.2003 statt.
- Am 27.09.2003 nimmt die LAGH am 11. Brandenburgischen Selbsthilfetag, in Potsdam teil.
- Gemeinsames Gespräch zur Krankenkassenförderung mit dem DPWV und der LAGS.
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Selbsthilfeförderung des MASF zur Umsetzung des § 20 Absatz 4 SGB V
- Vom 21. bis 22. 11 2003 führt die LAGH eine Weiterbildungsveranstaltung „Soziales Kompetenztraining“ für die Mitgliedsverbände durch.
- Arbeitsgruppe „Gleichstellungsgesetz“

2004

In der LAGH arbeiten 19 landesweite Behindertenselbsthilfeverbände, die auf bestimmte Behinderungen bzw. chronische Erkrankungen spezialisiert sind, zusammen. Auf unterschiedlicher Weise sind ca. 14.000 Einzelmitglieder gegenwärtig aktiv.

In 2003 hat sich die LAGH vehement für das Gleichstellungsgesetz eingesetzt und unter den Mitgliedsverbänden eine überwältigende Mehrheit für die Gesetzesverabschiedung gefunden. Trotzdem haben 2 Mitgliedsverbände die mehrheitliche Zustimmung zum Gleichstellungsgesetz zum Anlass genommen, ihren Austritt aus der LAGH zu erklären. *Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Landesverband Brandenburg e. V. und die Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus gehören seit dem 01.01.2004 nicht mehr zur LAGH.*

(Nachzulesen im Tätigkeitsbericht 2004 der LAGH)

Die LAGH ändert die Internetadresse. Die neue lautet:

www.die-selbsthilfe-brandenburg.privat.t-online.de

Für das Jahr 2004 ist die Weiterführung der Geschäftsstelle gewährleistet.

Das MASGF und die LVA haben Sachkostenzuschüsse für 2004 gewährt.

In der Geschäftsstelle arbeiten zwei Mitarbeiterinnen über Strukturanpassungsmaßnahmen. Eine Mitarbeiterin ist bis zum 31.03.2004 beschäftigt. Die Weiterführung der Stelle ist abhängig von der Kontingentordnung des Landkreises.

Die Maßnahme der zweiten Mitarbeiterin läuft zum 30.06.2004 aus. Aktion Mensch bewilligt einen Zuschuss für die Personalkosten einer Koordinierungskraft zur Weiterführung der Beratungsstelle als Starthilfe nach Auslauf der SAM ab 01.07.2004 bis 30.06.2005.

Die Agentur für Arbeit fördert eine Stelle bis zum 31.05.2004 als ABM. Ab dem 01.06.2004 bis zum 31.05.2007 wird diese ABM weiter bewilligt.

Durch die LASA wird eine SAM vom 01.07.2004 bis zum 31.12.2004 kofinanziert.

Die SAM-Stelle ist das Ergebnis des Gesprächs des Vorstandes der LAGH mit Frau Lammel, Referatsleiterin Behindertenpolitik im MASGF am 17.02.2004 in der Beratungs- und Geschäftsstelle der LAGH in Schwedt.

Auf der **2. Fachkonferenz „Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen in Bund und Land“** in Berlin am **17.02.2004** betont Christa Lammel, Referat Behindertenpolitik des MASGF, dass die LAGH für das Referat Behindertenpolitik ein zuverlässiger Partner geworden ist. Im Ergebnis der Tagung wird trotzdem festgestellt, dass es für die LAG'n keine Planungssicherheit gibt. Dazu müsste die Förderung von Selbsthilfeverbänden Rechtsstatus erhalten.

Bei der Gestaltung des **Europäischen Protesttages zur Gleichstellung behinderter Menschen am 5. Mai 2004** unterstützt die LAGH die Mitgliedsverbände. Im Rahmen der „Aktion Grundgesetz“ wird eine öffentliche Diskussionsveranstaltung am 14. Mai 2004 im KOMMunikationszentrum in Schwedt zu den Themen „Sozialreform und Barrierefreiheit“ durchgeführt. Die Veranstaltung findet als öffentliche Gesprächsrunde mit Landes-, Landkreis- und Kommunalpolitikern, Vertretern unserer Mitgliedsverbände und örtlichen Selbsthilfegruppen sowie interessierten Bürgern statt. Kompetente Ansprechpartner sind u. a.



- der Landesbehindertenbeauftragte Rainer Kluge,
- die Behindertenbeauftragte des Landkreises, Angelika Schley,
- die Behindertenbeauftragte der Stadt Schwedt, Ursula Birlem
- sowie der Landtagsabgeordnete Mike Bischoff.

Es wird über die Auswirkungen der Gesundheitsreform sowie den Abbau von Barrieren diskutiert. Im Ergebnis wird an die Stadtverordneten von 26 Städten des Landes

Brandenburg ein **Aufruf** gestartet, **sich der „Erklärung von Barcelona; Die Stadt und die Behinderten“ vom 24.03.1995 anzuschließen.**

Ministerpräsident Mathias Platzeck sowie der Minister des MASGF, Günter Baaske, erhalten eine Information über diese Aktion.

Die Erklärung von Barcelona

Anlässlich des Europäischen Kongresses „Die Stadt und die Behinderten“ am 23. und 24. März 1995 in Barcelona, Spanien, haben sich die unterzeichnenden Städte zum Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderung verständigt und schließen eine Vereinbarung ab, die fortan **„Erklärung von Barcelona; Die Stadt und die Behinderten“** genannt wird. Ihre Vereinbarungen definieren Maßstäbe zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen mit dem Ziel, gleichberechtigte Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten in den Kommunen zu schaffen.



Die LAGH nimmt verstärkt Einfluss auf die zielgerichtete Umsetzung der Erklärung von Barcelona in Städten und Gemeinden im Land Brandenburg

Bereits **2002** hat sich Bernau der Erklärung von Barcelona angeschlossen.

Es folgen in **2003**: Brandenburg, Frankfurt(Oder), Eberswalde und in **2004** Cottbus.

Persönliches Budget – Regelungen des SGB IX

Der § 17 des SGB IX ist seit dem 01.07.2004 neu gefasst. Behinderte und pflegebedürftige Menschen sollen durch das Persönliche Budget stärker als bisher ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Das „Persönliche Budget“ beinhaltet regelmäßige Geldleistungen, von denen bestimmte Betreuungsleistungen von den anspruchsberechtigten Personen selbst organisiert und bezahlt werden. In der Zeit vom 01.07.2004 bis 31.07.2007 werden Persönliche Budgets erprobt.

Der DBR bzw. die BAGH beauftragt die LAGH, als **Ansprechpartner für die Patientenvertretung auf Landesebene zu fungieren.**

Am 01.08.2004 findet das erste Koordinierungsgespräch zur Benennung der Patientenvertreter im Land Brandenburg unter der Federführung der LAGH statt. Hier werden ausführliche Informationen über die gesetzlichen Grundlagen der Patientenbeteiligung sowie zur Arbeit in den zu besetzenden Ausschüssen der kassenärztlichen und kassenzahnärztlichen Vereinigungen gegeben. Ein zweites Gespräch findet am 15.09.2004 statt. Im Ergebnis des **2. Koordinierungsgespräches** sind die Patientenvertreter für das Land Brandenburg von den Landesorganisationen einvernehmlich benannt. Als Resultat entsteht eine **Benennungsliste der Patientenvertreter.**

Zum 01.08.2004 werden die Büroräume der LAGH in der Marie-Curie-Straße 1A wegen Verkauf der Immobilie vom Vermieter gekündigt. Wieder heißt es umziehen.

Die neue Beratungs- und Geschäftsstelle befindet sich ab 01.08.2004 in der Handelsstraße 1, 16303 Schwedt/Oder



Am 20.11.2004 findet die **Mitgliederversammlung der LAGH** statt. Als Gäste sind anwesend:

- Christa Lammel, Leiterin des Referates Behindertenpolitik des MASGF,
- Sylvia Lehmann, Mitglied der SPD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landtages Brandenburg,
- Roswitha Schier, Mitglied der CFU-Fraktion im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landtages Brandenburg und
- Rainer Kluge, Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg

Am 8. Dezember 2004 führt der LBB seine **1. Behindertenpolitische Konferenz** im Tagungshaus BlauArt in Potsdam durch.

Fast 130 Teilnehmer aus Verbänden, Politik und Wirtschaft können die Veranstalter begrüßen. Ziel dieser großen Aktion des im Juni 2003 neu konstituierten LBB ist:

- eine wesentliche Bestandsaufnahme zur Situation der Menschen mit Behinderungen im Land Brandenburg zu liefern
- die Öffentlichkeit über bereits erreichte Erfolge, aber auch über noch immer bestehende Defizite zu informieren und
- die Diskussion hierzu in den gesellschaftlich relevanten Gruppen anzuregen und weiter zu befördern

Darüberhinaus gibt die Konferenz einen Ausblick auf die künftigen Zielrichtungen der Landesregierung im Bezug auf behindertenpolitisch relevante Themen und ist der Auftakt für ein regelmäßig wiederkehrendes Instrument der Wahrnehmung der Interessen von Menschen mit Behinderung im Land Brandenburg durch den LBB.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2004:

- Vom 28. bis 30.03.2004 tagt der **ständige Ausschuss der LAG'n** in Bremen. Mittelpunkt ist das Bildungsseminar „Überzeugende Öffentlichkeitsarbeit und sinnvolle Aktivitäten für die Spendensuche“. Auch an der Herbstsitzung nimmt die LAGH teil.
- Am 21. August 2004 erlebt die Oderstadt Schwedt auf dem Dreiklang-Sportplatz ihr **2. Behindertensportfest in Schwedt**. Ausrichter sind die IG Sport und der Betreuungsverein Lebenshilfe. Dieses Behindertensportfest ist inzwischen zu einer traditionellen Veranstaltung in Schwedt geworden.
- Am 27.09.2004 findet der **11. Brandenburgische Selbsthilfetag in Potsdam** statt.
- An der ersten **Fachmesse für Integration, Mobilität und Rehabilitation** (Reha Fair) vom 02. bis 04.09.2004 in Berlin, nehmen die LAGH und sechs ihrer Mitgliedsverbände teil. Die Finanzierung erfolgt zu 80 % vom LASV. Ein absoluter Höhepunkt ist die Verabschiedung der 35 Berliner und Brandenburger zu den **Paraolympischen Spielen vom 17. bis 28. September 2004 in Athen**.
- 03.11.2004 **Schulung zum SGB IX** der Mitgliedsverbände im Konferenzraum der Lebenshilfe in Hönow
- Am 20.11.2004 führt die LAGH für die Mitgliedsverbände das **Seminar „Soziales Kompetenztraining“** im Bildungszentrum in Erkner durch.



2005

Eisenhüttenstadt und Frankfurt(Oder) treten 2005 der **Erklärung von Barcelona** bei.

Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe - §§ 19 ff., 44a SGB III

Das Arbeitslosengeld II (ALG II) löst zum 01. Januar 2005 die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe bei erwerbsfähigen Personen ab. Damit treten die sogenannten Hartz IV-Regelungen in Kraft.

Die Diskussion zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte nimmt seinen Lauf.

Die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) streben eine fristgemäße Einführung der e-Gesundheitskarte ab 2006 an.



In der Geschäftsstelle der LAG-SH sind eine Mitarbeiterin in Vollzeit (gefördert über Aktion Mensch im 2. Förderjahr von 3 Jahren) und eine Mitarbeiterin in Teilzeit (ABM) beschäftigt.

Die am 11. Mai stattfindende **Aktionsveranstaltung im Rahmen der „Aktion Grundgesetz“** steht unter dem Thema „Teilhabe planmäßig gestalten“.

Aktionsveranstaltung

Schwedt/Oder. Eine Aktionsveranstaltung im Rahmen des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen findet am **Mittwoch, dem 11. Mai**, von 9 bis 16 Uhr im KOMM Marchlewskiring 103 B statt. Die Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“ Brandenburg e. V. lädt behinderte und chronisch kranke Menschen, Behindertenselbsthilfeverbände, Selbsthilfegruppen und alle interessierten Bürger dazu herzlich ein. Auf dem Programm stehen unter anderem ein Ein- und Ausstiegstraining für Rollstuhlfahrer an einem Bus der PVG, die Vorstellung der LAGH, der Behindertentransport der WDU, Nothilfen für behinderte, kranke und ältere Menschen sowie ein Gedankenaustausch zu Fragen der Teilhabe behinderter Menschen.

Ucker-Merker

Anzeigenkurier vom 11.05.2005



Am 07.01.2005 führt die AOK eine **Diskussionsrunde zur Selbsthilfeförderung** in Potsdam durch, an der die LAG-SH teil nimmt.

Am 28.05.2005 findet die Mitgliederversammlung in Erkner statt.

Thema der Mitgliederversammlung ist die „Krankenkassenförderung“.

Herr Fronhöfer von der AOK erklärt die Arten der Krankenkassenförderung auf Landesebene. Ein weiterer Gast ist Lothar Bochat vom VdAK.

Fritz Kunkel scheidet aus dem Vorstand der LAG-SH aus. An seiner Stelle wird Jutta Lohmas-Liebster einstimmig in den ehrenamtlichen Vorstand aufgenommen.

Jutta Lohmas-Liebster kommt, wie Fritz Kunkel, aus dem Landesverband der Rheuma-Liga.

*In Anlehnung der **Namensänderung** der BAG, jetzt BAG SELBSTHILFE, wird auch der Name der LAGH Brandenburg geändert. Wichtig und zeitgemäß ist es den Begriff „Hilfe“ durch „Selbsthilfe abzulösen.*

Der neue Name der LAGH:

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen (LAG-SH) Brandenburg e. V.

Die Mitgliederversammlung beschließt diesen Namen einstimmig.

Die Mitgliederversammlung der LAG-SH verabschiedet eine Resolution

Resolution

Wir fordern die Landräte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister auf, dafür zu sorgen, dass die Anträge und Bescheide auf und zu Hilfen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII in einfacher und verständlicher Form zu verfassen sind.

Durch die komplizierten Antragsformulare sowie die nicht mehr verständlichen Bescheide befinden sich gerade im Land Brandenburg viele behinderte Menschen und ihre Familien in einer äußerst kritischen Situation.

Laut § 8 des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen des Landes Brandenburg ist „bei der Gestaltung von schriftlichen Bescheiden... und Vordrucken eine Behinderung von Menschen zu berücksichtigen“.

Nicht nur Menschen mit Lerneinschränkungen und geistiger Behinderung brauchen verständliche Texte; komplizierte und langatmige Texte sind für jeden ein Gräuel. Auch für Nicht-Juristen muss es möglich sein, Antragsformulare auszufüllen und Bescheide zu verstehen.

Im Sinn der Behindertengleichstellungsgesetze auf Bundes- und Landesebene erwarten und brauchen wir ihre Unterstützung, eine Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen und beruflichen Leben zu ermöglichen.

Erkner, 28. Mai 2005

Die Internetadresse der LAG-SH ändert sich und wird barrierefreier umgestaltet. Fortan ist die LAG-SH unter www.lag-selbsthilfe-bb.de im Internet präsent.

Die Spitzenverbände der Krankenkassen vergeben einen **Auftrag für einen Modellverbund zur neutralen und unabhängigen Verbraucher-und Patientenberatung** nach § 65 b SGB V. Die angestrebte Grundstruktur setzt sich zusammen aus 3 Kompetenzzentren:

- den indikationsübergreifenden regionalen Patientenberatungsstellen (LAG'n)
- den krankheits- und themenspezifischen Beratungsstellen (Verbände)
- sowie der zentralen Steuerungs- und Lenkungseinheit (BAGS)

Folgende Ziele sollen erreicht werden:

- Stärkung und Verbesserung der Autonomie und Eigenverantwortung von Nutzern des Gesundheitswesens
- Entwicklung, Erprobung und Implementierung von Qualitätsstandards, Qualifizierungsangeboten und einem einheitlichen Informationsmanagement
- Verbesserung der Bekanntheit und Erreichbarkeit der Angebote der unabhängigen Patientenberatung – mit ausreichender Präsenz in der Region bei gleichzeitiger Anwendung einheitlicher Standards
- Erprobung von Einzelfragen und –aspekten der unabhängigen Patientenberatung und Nutzerinformationen
- Vernetzung und Kooperation zwischen „abhängiger“ und „unabhängiger“ Patientenberatung und Nutzerinformationen

Auf seiner **Vorstandssitzung beschließt** der Vorstand der LAG-SH dazu:

„Der BAG SELBSTHILFE wird das verbindliche Interesse der LAG-SH Brandenburg an der Beteiligung am Gesamtantrag „Patientenberatung der Selbsthilfe“ erklärt, unter der Bedingung, dass eine Mitwirkung und Einflussnahme auf die Beratung im Land Brandenburg durch unsere LAG-SH an der Basis genommen werden kann“.

Den Zuschlag erhalten jedoch der Verbund unabhängige Patientenberatung e. V., Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. und Sozialverband VdK Deutschland e. V.



Damit ist die „**Unabhängige Patientenberatung Deutschland gGmbH (UPD)**“ ins Leben gerufen.

Dieser Modellverbund ist für den Zeitraum April 2006 bis Ende 2010 angelegt.

17.08.2005 führt die LAG-SH den ersten „**Tag der offenen Tür**“ in der Geschäftsstelle, Handelsstraße 11, in Schwedt durch. Die Öffentlichkeit soll sensibilisiert werden für die Belange behinderter und chronisch kranker Menschen. Vertreter der Mitgliedsverbände, ca. 50 Gäste und Besucher, chronisch kranke Menschen und deren Angehörige informieren sich von und über die Arbeit der Geschäftsstelle der LAG-SH. Besonders erfreut sind wir über den Besuch von:

- Claudia Stephan, MASGF
- Jürgen Polzehl, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Schwedt
- Mike Bischoff, Landtagsabgeordneter der SPD
- Angelika Schley, Behindertenbeauftragte des Landkreises Uckermark

- Ursula Birlem, Behindertenbeauftragte der Stadt Schwedt
- sowie Vertretern der ortsansässigen Krankenkassen, des Integrationsfachdienstes, der Wohnbauten GmbH und der WDU.

Das Kommunikationszentrum stellt stolz seinen Mercedes vor, der über die Aktion Mensch finanziert und bestens für die Beförderung von Rollstuhlfahrer geeignet ist.

Das Programm des Tages:

- Darstellung der LAG-SH als sozialpolitischer Interessenvertreter behinderter und chronisch kranker Menschen und deren Angehörige
- Darstellung der aktiven Mitarbeit der LAH-SH in Gremien und ihre Aufgaben im LBB
- Aufstellung von Informationsmaterial der LAG-SH
- Aufstellung von Informationsmaterial aus den Mitgliedsverbänden, des MASGF und der BAG-SH
- Darstellung von Möglichkeiten der Beratung durch die LAG-SH, Führen von Gesprächen
- In den geführten Gesprächen wurde deutlich, dass die Förderung der Selbsthilfe unverzichtbarer Bestandteil der selbstbestimmten Teilhabe behinderter und chronisch kranker Menschen ist

*Vom 02. bis 04. September 2005 führt die LAG-SH für die Mitgliedsverbände im Haus „Dahmshöhe“ in Altthymen, der Bildungs- und Begegnungsstätte der Lebenshilfe, den **Workshop „Stärkung der Selbsthilfe“** durch.*



Kompetente Referenten vermitteln tiefgreifende Kenntnisse zu den Themen „Finanzielle Förderung und das Zuwendungsrecht im Land Brandenburg“ sowie „Grundsätze des Vereinsrechts“. Der Workshop gibt Impulse für die Stärkung von Motivation und Engagement in der ehrenamtlichen Arbeit. Vermittelt werden Kenntnisse zum Umgang mit finanziellen Zuwendungen und Förderungen sowie Grundlagen des Vereinsrechts.

16.09. bis 18.09.2005 wird die **Gesundheitsmesse Berlin-Brandenburg** in Berlin unter dem Funkturm durchgeführt. Diese Messe findet jährlich statt.



Erstmals präsentieren sich die LAG-SH und fünf Mitgliedsverbände mit Angeboten zu gesundheitsbezogener Beratung und Möglichkeiten der Selbsthilfe einer breiten Öffentlichkeit auf diesem Forum. Mehr als 200 Aussteller zeigen ihre Produkte rund um das Thema Dienstleistungen im Gesundheitswesen. In Vorträgen können sich die Messebesucher rund um das Thema Gesundheit eingehender informieren.



Am 17.09.2005 findet **der 13. Brandenburger Selbsthilfetag** in Jüterbog statt. SPD-Fraktionschef Günter Baaske erinnert an das Engagement der 2001 verstorbenen SPD-Politikerin Dr. Regine Hildebrandt für die soziale Selbsthilfe.

Mit mehr als 20 Kontaktstellen und 1200 Selbsthilfegruppen ist seit 1990 ein dichtes Netz entstanden. Die Selbsthilfe ist eine wichtige Säule zur Unterstützung von Menschen mit Erkrankungen und Behinderungen. Günter Baaske betont: "Die Prävention muss im Vordergrund stehen." Das ist im Interesse der Menschen und zugleich weniger zeit- und geldaufwendig als eine spätere Behandlung.

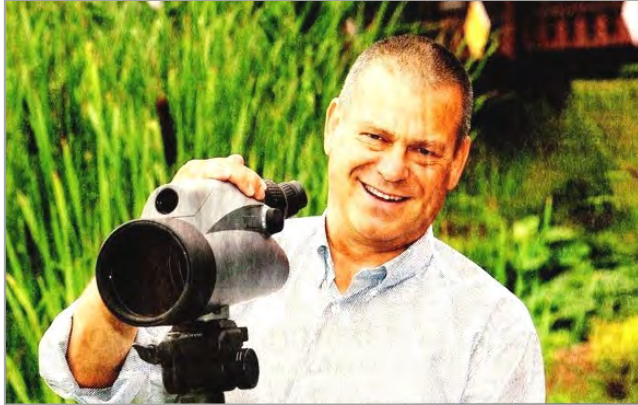
19.09.2005 findet das **erste Treffen des AOK Selbsthilfearbeitskreises** statt. An diesem Treffen nehmen Vertreter der AOK, des Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrums (SEKIZ) Potsdam, des DPWV des MASGF und der LAG-SH teil. Detlef Fronhöfer, AOK, berichtet, dass das Förderscheckverfahren der AOK Brandenburg eingestellt wird. Die Selbsthilfeförderung für Selbsthilfegruppen, -organisationen und –kontaktstellen soll künftig transparenter sowie bedarfs- und sachgerechter durchgeführt werden. In den Arbeitskreis sollen auch andere Krankenkassen eingebunden werden. Die Selbsthilfeförderung muss eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen Krankenkassen und öffentlicher Hand und sollte an Qualitätsentwicklung gebunden sein.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2005.

- 12. Oktober 2005–Besuch der REHACARE in Düsseldorf
- Teilnahme an den Sitzungen des ständige Ausschuss der LAG'n im Frühjahr und Herbst 2005
- neu ist die Koordinierung der Patientenvertretung auf Landesebene
- 11. bis 12. 11.2005 findet das Seminar „**Soziales Kompetenztraining Teil II zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Mitgliedsverbände**“ statt

ZUGPFERDE UND MUTMACHER

Seit Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft 1991 gibt es drei Menschen, die von Anfang an mit vollem Engagement als Zugpferde an der Spitze des Verbandes, im Vorstand tätig sind. Mit ganzer Kraft wirken sie im Interesse der Menschen mit Behinderung im Land Brandenburg. Selbst betroffen bzw., Angehöriger Betroffener, machen sie anderen Mut.



Heinz Strüwing, Deutsche Gesellschaft für Muskelkranke e. V. Landesverband Brandenburg, seit Anfang an ehrenamtlicher Vorsitzender, später **1. ehrenamtlicher Vorsitzender der LAG-SH**.

In-die Sterne-Gucken ist sein Hobby.

*Der **Uckermarkanzeiger** berichtet am 22. Juli 2005 über Heinz Strüwing:*

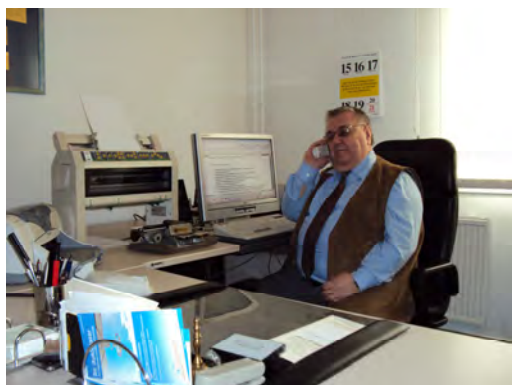
„Er ist einer, der sich vor den Karren spannt, wenn andere verzagen. Einer, der an schlechten Ausgangsbedingungen nicht verzweifelt, der sich Partner sucht und mit ihnen bürokratische Hürden nimmt, damit der Alltag vieler Behinderten mit weniger Hürden abläuft. Der Schwedter Heinz Strüwing ist seit 1989 in der Selbsthilfe aktiv“.

Zum traditionellen Neujahrsempfang des Bürgermeisters am 01. Februar 2007 erhält Heinz Strüwing für sein ehrenamtliches Engagement im Interesse der Menschen mit Behinderung den Ehrenpreis der Stadt Schwedt. Ein Auszug aus der Laudatio, die Gudrun Klabuhn, Koordinatorin der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Brandenburg e. V. hält:

„Mit Deiner ehrenamtlichen Arbeit hilfst Du allen Menschen gleichberechtigte Chancen auf ein Leben in Würde und Toleranz zu geben. Davon profitieren Menschen mit und ohne Behinderung und lernen, dass die Einen ohne die Anderen nicht sein können und einander brauchen.“

Im Dezember 2007 erhält er die Ehrennadel und Urkunde des Landkreises für seine Verdienste im Behindertenbereich.





Joachim Haar, war 1972 bis 1990 Sekretär des Blinden-und-Sehgeschwachen-Verbandes der DDR und wurde 1990 zum Geschäftsführer des BSVB Brandenburg e.V. bestellt. 1977 bis 1982 absolvierte er ein berufsbegleitendes Studium für Staats- und Rechtswissenschaften. Seit der Gründung der LAGH ist Joachim Haar im Vorstand tätig und war 2000 bis 2003 im Auftrag der LAGH Vorsitzender des LBB.

Joachim Haar ist als Redakteur für „Das BSVB-Magazin“, eine Hörzeitschrift auf CD, verantwortlich. Selbst betroffen ist er Ansprechpartner und Ratgeber für Menschen, die dringend Unterstützung benötigen. Achim Haar ärgert sich über die Bürokratie in unserem Land, über leeres Gerede im Zusammenhang mit einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft und im Beruf sowie über die Kälte der Gesellschaft gegenüber von Menschen mit Behinderungen.



Wolfgang Pohl (Mitte) mit Bundespräsident Horst Köhler bei der Auszeichnungsveranstaltung am 06.10.2008

Wolfgang Pohl, Vorsitzender der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Brandenburg e.V., ist seit Anfang an stellvertretender Vorsitzender, später 2. Vorsitzender, seit 1997 **Schatzmeister der LAG-SH**.

Für sein jahrelanges Engagement für Menschen mit Behinderungen wird Wolfgang Pohl am 06.10.2008 von Bundespräsident Horst Köhler mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Als Vorsitzender des brandenburgischen Landesverbandes der Selbsthilfe, zu dem 26 Regionalverbände gehören, ist es ihm trotz schwieriger Umstände gelungen, ein Netz der Hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung und ihrer Angehörigen im Land Brandenburg zu knüpfen. Wolfgang Pohl ist der Initiator der Angebote, Beratungs- und Unterstützungsleistungen der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung im Land Brandenburg. Sein jüngerer Sohn ist schwer behindert. 2001 wurde ihm die goldene Ehrennadel der Bundesvereinigung der Lebenshilfe für seine Verdienste verliehen und 2010 erhielt er den Sozialpreis All-Together-Award der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Vor der Geschäftsstelle informiert ein **Aufsteller** über die LAG-SH.

LANDESGEMEINSCHAFT Selbsthilfe Brandenburg e.V. Dachverband von Behinderten-Selbsthilfevereinigungen in Brandenburg Beratungsstelle für: Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen Unsere Sprechzeiten: Montag bis Donnerstag 10.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr oder nach Vereinbarung Telefon (0 33 32) 52 17 51 oder 52 17 35	LANDESGEMEINSCHAFT Selbsthilfe Brandenburg e.V. Dachverband von Behinderten-Selbsthilfevereinigungen in Brandenburg Wir geben Unterstützung • bei Antragstellungen für den Schwerbehindertenausweis und zur Pflegeversicherung • bei Änderungsanträgen und Widersprüchen in Schwerbehindertenangelegenheiten • durch Vermittlung zu Selbsthilfegruppen in der Umgebung • bei der Herstellung von Kontakten zu Ämtern und Behörden Wir beraten • zu Nachteilsausgleichen und Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis • zur Erwerbsminderungsrente zu chronischen Erkrankungen • zur Verbesserung der Mobilität (z.B. finanzielle Hilfen für Führerschein und behindertengerechten Umbau eines Kfz) • zum barrierefreien Bauen und Wohnen • zur Grundsicherung bei Erwerbsminderung
---	--

Die **Stellwand** dient bei Aktionstagen, Messen und anderen öffentlichen Veranstaltungen.

LANDESGEMEINSCHAFT Selbsthilfe Brandenburg e.V. Dachverband von Behinderten-Selbsthilfevereinigungen in Brandenburg			Grundsätze Eintreten für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung behinderter und chronisch kranker Menschen durch Selbstbestimmung, Selbstorganisation, Selbstvertretung, Normalisierung, Integration und Teilhabe.
Unsere Mitglieder Frauenverbände nach Krebs Landesverband Brandenburg e.V. Deutsche Gesellschaft für Muskeldistonie e.V. Landesverband Brandenburg Blinden- und Sehbehindertenverband Brandenburg e.V. Deutsche Sackblase Vereinigung gemeinnütziger e.V. Deutscher Dalkonien Bund Landesverband Brandenburg e.V. Landesstelle für Menschen mit geringer Blinden- Landesverband Brandenburg e.V. Landesverband Brandenburg für die Rehabilitation der Asthmatiker e.V. Deutscher Parkinson Vereinigung Bundesverband e.V. Landesverband Brandenburg Landesverband der Gehörlosen Brandenburg e.V. Deutsche Rheuma-Liga Landesverband Brandenburg e.V. Bundesautistische Verband Konkreter Menschen e.V. Landesverband Brandenburg/Berlin			Aufgaben Sozialpolitische Interessenvertretung und Einflussnahme Mitarbeit im Landesbehindertenbeirat und anderen Gremien Aufklärung und Information der Öffentlichkeit Förderung der beruflichen Rehabilitation, Prävention und gesellschaftlichen Integration Schulung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern Erfahrungsaustausch der Mitglieder Beratung von Betroffenen
Landesverband der Kopflosen Brandenburg e.V. Landesverband der Schwerhörigen Brandenburg e.V. Landesverband für Körper- u. Mehrfachbehinderte Berlin-Brandenburg e.V. Duales Zentrum Brandenburg Landesverband Brandenburg e.V. Hilfe für das autistische Kind Landesverband Brandenburg e.V. Landesverband Brandenburg / Berlin für Osteopaten e.V. Multisubstanz Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. Landesarbeitsgemeinschaft für Selbsthilfelförderung Brandenburg e.V.			Sie finden uns Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen Brandenburg e.V. Handelsstraße 11, 16303 Schwedt/Oder Telefon: 0 33 32 - 52 17 51 www.lag-selbsthilfe-bb.de

2006– 2010

2006

Die Städte Oranienburg und Dahme/Mark treten 2006 der **Erklärung von Barcelona** bei.

Karin Evers-Meyer ist **neue Beauftragte für die Belange behinderter Menschen der Bundesregierung** und damit Nachfolgerin von Hermann Haacks.

*Am 08.04.2006 findet die **Mitgliederversammlung mit der Vorstandwahl** und der Wahl der Kassenprüfer statt.*

Gäste der Mitgliederversammlung sind Dorothea Binder-Pinkepank, Verband der Angestelltenkrankenkassen (VdAK) und Detlef Fronhöfer, AOK Brandenburg.

Dorothea Binder-Pinkepank informiert ausführlich über den neuen Entwurf der **gemeinsamen und einheitlichen Grundsätze der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20 Abs. 4 SGB V**. Dachverbände, wie die LAG-SH, werden nur noch über Projektförderung und unter bestimmten Voraussetzungen gefördert. Neu im Entwurf ist die vorgesehene **Bildung von Arbeitskreisen auf den jeweiligen Förderebenen**. Das Antragsverfahren soll vereinfacht werden. Ab 2007 ist vorgesehen, dass nur noch **ein** Förderantrag an alle Kassen gestellt werden muss. Detlef Fronhöfer berichtet, dass Selbsthilfegruppen zukünftig nicht mehr über das AOK Selbsthilfeförderscheckverfahren, sondern **pauschal- oder projektbezogen gefördert** werden.

Die Mitgliederversammlung wählt einen neuen ehrenamtlichen Vorstand.

Peter Fischer scheidet aus dem Vorstand aus. Dr. Jens-Uwe Kukla und Dirk Seifert werden als neue Mitglieder in den Vorstand gewählt.

Der neu gewählte Vorstand:

Heinz Strüwing	1. Vorsitzender
Joachim Haar	2. Vorsitzende
Wolfgang Pohl	Schatzmeister
Viktor Meißner	Vorstandsmitglied
Jutta Lohmas-Liebster	Vorstandsmitglied
Dirk Seifert	Vorstandsmitglied
Dr. Jens-Uwe Kukla	Vorstandsmitglied

*Die Mitgliederversammlung beschließt, **den Vorstand künftig auf vier Jahre** zu wählen.*

Am 04.05.2006 führt die LAG-SH gemeinsam mit der Selbsthilfekontaktstelle Kommunikationszentrum Schwedt einer **Aktionsveranstaltung im Rahmen „Aktion Grundgesetz“ zum Thema „Soziale Teilhabe – Wir bleiben am Ball“** in den Räumlichkeiten der Selbsthilfekontaktstelle durch.

Artikel in der MOZ
vom 03.05.2006

MOZ vom 03.05.2006

AKTION MENSCH

Soziale Teilhabe – Wir bleiben am Ball –

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen 2006

4. Mai 2006 10.00–14.00 Uhr

Kommunikationszentrum Schwedt, J.-Marchlewski-Ring 103b, 16303 Schwedt

Im Rahmen des Projektes „Die Gesellschafter“ laden wir zu einem Runderischgespräch unter dem Motto **„Barrierefreiheit in Schwedt – Barrierefreies Wohnen“** recht herzlich ein. Das Gespräch findet von 11–12 Uhr statt.

Weitere Aktionen:

- Beratungsangebote der LAG Selbsthilfe Brandenburg e. V., ihrer Mitgliedsverbände und deren Selbsthilfegruppen
- EJJ-Lazarus gAG „Lebensräume Uckermark“; Ambulante Tagesgruppe „Kranich“; Ein Angebot zur Familienentlastung.
- Aufstellung eines modifizierten „Tipp-Kick-Fußballspieles“

Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Brandenburg e. V.

Die Veranstaltung wird durch die Aktion Mensch im Rahmen der Aktion Grundgesetz unterstützt.

Alle interessierten Bürger sind recht herzlich eingeladen.

Soziale Teilhabe – Wir bleiben am Ball

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Im Rahmen des Projektes „dieGesellschafter“ führt die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Selbsthilfe Brandenburg e. V. gemeinsam mit dem Kommunikationszentrum Schwedt, dem Treffpunkt für Selbsthilfegruppen, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranken und ihren Angehörigen, eine Aktionsveranstaltung durch. Sie findet am 4. Mai 2006, von 10:00 bis 14:00 Uhr im Kommunikationszentrum Schwedt (KOMM), Julian-Marchlewski-Ring 103 b statt.

Folgende Aktionen sind geplant:

- Barrierefreiheit - Wohnen in Schwedt: offene Gesprächsrunde mit jeweils einem Vertreter der Wohnbauten GmbH und der WOBAG Schwedt
- Beratungsangebote der LAG Selbsthilfe Brandenburg e. V.: persönliche Beratung und Hilfe in Schwerbehindertenangelegenheiten
- Evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) - ambulante Tagesgruppe „Kranich“: Angebot zur Familienentlastung. Es wendet sich an Familien, die ihre Angehörigen mit Behinderung ausschließlich zuhause betreuen.
- Wie sind die Reaktionen auf unseren Aufruf an 27 Städte in Brandenburg zur Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten“?
- Im Hinblick auf die im Juni beginnende Fußball-Weltmeisterschaft wird ein modifiziertes „Tipp-Kick-Spiel“ aufgestellt. Sinn des Spiels ist es, zu zeigen, dass es beim Fußball wie auch im richtigen Leben und beim Kampf von Menschen mit Behinderungen auf „Teilhabe, Solidarität, Verantwortung und Gerechtigkeit“ ankommt und dass es darum geht, gemeinsam zu handeln. Jeder kann mitspielen.

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Selbsthilfe
Brandenburg e. V.

Artikel aus dem Amtsblatt für die
Stadt Schwedt/Oder,
vom 12. April 2006
„Schwedter Rathausfenster“

BILDER VON DER AKTIONSVERANSTALTUNG



Das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF)-Lazarus gAG
„Lebensräume Uckermark“
ambulante Tagesgruppe Kranich



Heinz Strüwing,
Vorsitzender der LAG-SH

Jürgen Polzehl,
Bürgermeister
der Stadt Schwedt

Mike Bischoff
Landtagsabgeordneter

Auf diesem Aktionstag präsentieren sich neben der LAG-SH einige ihrer Mitgliedsverbände und über 50 % der sich regelmäßig in der Selbsthilfekontaktstelle treffenden Selbsthilfegruppen. Zur öffentlichen Gesprächsrunde, die unter dem Motto „Barrierefreiheit in Schwedt – Barrierefreies Wohnen“ steht, werden als Gäste herzlich begrüßt:

- der Bürgermeister der Stadt Schwedt, Jürgen Polzehl
- von der WOBAG, Helmut Barsch
- von der Wohnbauten GmbH, Manfred Wilke
- Landtagsabgeordneter, Mike Bischoff
- vom Fachbereich Bürger- und Sozialangelegenheiten
Sachgebiet Wohnungswesen der Stadt Schwedt, Kerstin Giese
- Behindertenbeauftragte der Stadt Schwedt, Ursula Birlem

Am 15. August 2006 findet zum zweiten Mal der „**Tag der offenen Tür**“ in der Geschäftsstelle der LAG-SH in Schwedt statt.

Die zweite **Reha fair in Berlin vom 28. bis 30.09.2006** steht unter dem Motte „Miteinander Leben“. Die LAG-SH nimmt mit acht Mitgliedsverbänden an dieser Messe teil.



Am 30.09.2006 präsentieren sich die LAG-SH und die an der Messe teilnehmenden Mitgliedsverbände auf der Hauptbühne und laden zu einer Diskussionsrunde ein. Die Schwerpunkte der Messe sind Prävention, Rehabilitation, Integration, Pflege und die allgemeine Gesundheit.



Vom 03. bis 05. November 2006 nimmt die LAG-SH mit vier Mitgliedsverbänden an der **Gesundheitsmesse Berlin/Brandenburg** in den Messehallen unter dem Funkturm in Berlin teil.



Die Gesundheitsmesse informiert über Dienst-

leistungen, die die Belange und Erfordernisse von Menschen mit Behinderung aller Art reflektieren. Sie präsentiert Hilfsmittel, die den Betroffenen ein selbstbestimmtes und aktives Leben ermöglicht.

Die LAG-SH und die an der Messe teilnehmenden Mitgliedsverbände informieren an ihren Ständen die Messebesucher zu Möglichkeiten der Selbsthilfe und gesundheitsbezogener Beratung in persönlichen Gesprächen und mit Informationsmaterial.

*Für die ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Mitgliedsverbänden und der LAG-SH organisiert die LAG-SH ein **PC-Seminar für Einsteiger**, das vom 24. bis 25. November 2006 im Bildungszentrum in Erkner statt findet.*

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2006

- Leitung der Arbeitsgruppe des Landesbehindertenbeirates „Kommunalisierung der Eingliederungshilfe“, Erarbeitung eines „Forderungskataloges“
- Teilnahme am Ständigen Ausschuss der Landesarbeitsgemeinschaften und der BAG-SELBSTHILFE im Frühjahr in Waren/Müritz und im Herbst in Nürnberg
- Teilnahme am Brandenburger Selbsthilfetag am 23.09.2006 September in Frankfurt(Oder)
- Teilnahme an der Jahrestagung der BAG Wohnanpassung e. V. vom 18. bis 20. September 2006 in Hannover
- Teilnahme am Seminar „Zuwendungsrecht“ der Bank für Sozialwirtschaft im November
- Teilnahme am Workshop „Barrierefreies Wohnen – Wohnen für alle?!“ im November 2006
- 2. Behindertenpolitische Konferenz des LBB und Giraffe-Preisverleihung am 07. Dezember 2006
- Mitwirkung bei der Änderung der Sonderpädagogikverordnung und der Änderung des Brandenburger Schulgesetzes

2007

Am 30.06.2007 läuft der Personalkostenzuschuss durch Aktion Mensch aus. Das Land wird zu 90 % diese Personalstelle finanzieren. Die restlichen 10 % werden durch Eigenmittel (Spenden u. ä.) bereitgestellt.

Die ABM-Teilzeitstelle läuft zum 30.05.2007 aus. Eine Verlängerung wird genehmigt.

Damit ist die Besetzung der Geschäftsstelle mit einer Vollzeitkraft und einer Mitarbeiterin in Teilzeit gesichert.

Vom 01.07.2007 bis zum 30.06.2008 werden für eine Mitarbeiterin durch das Bundesmodellprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) Personalkosten und teilweise Sachkosten gefördert.

Die Mitgliederversammlung der LAG-SH findet am 14.04.2007 im Bildungszentrum Erkner statt. Als Gäste werden herzlichst begrüßt:

- Christa Lammel, ehemalige Leiterin der Referates Behindertenpolitik im MASGF,
- Ulrich Wendte, der die Aufgaben von Christa Lammel als Leiter des Referates Behindertenpolitik übernommen hat,
- Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landtages Brandenburg:
Sylvia Lehmann, Abgeordnete des Landkreises Dahme-Spreewald im Brandenburger Landtag und
Ingeborg Kolodzeike, Mitglied des Brandenburger Landtages (Linkspartei)
Jürgen Matuszyk, Leiter der Serviceeinheit Entgeltwesen

Ein Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung ist die **Diskussionsrunde zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe** mit den Mitgliedern des Sozialausschusses des Landtages. Grundlage der Diskussion sind die Forderungen des Landesbehindertenbeirates des Landes Brandenburg zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe ab 01.01.2007. Ziel ist der Übergang der finanziellen und sachlichen Verantwortung für die Leistungen der Eingliederungshilfe auf die Kreise und kreisfreien Städte. Der LBB begrüßt dieses als Chance zur Stärkung der Integration behinderter Menschen. Christa Lammel betont, wie wichtig die aufmerksame Begleitung der Umsetzung der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe ist. Es müssen gleich gute Lebensbedingungen für alle behinderten Menschen erhalten bzw. geschaffen werden. Den betroffenen Menschen darf es wegen „knapper Kassen“ nicht schlechter gehen.

Am 9. Mai 2007 führt die LAG-SH einen **Aktionstag zum Europäischen Protesttag** zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Rahmen der „Aktion Grundgesetz“ durch. Motto dieses Protesttages ist **„Soziale Teilhabe – In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“** Diskussionsschwerpunkte dieses Tages sind Barrierefreiheit in Schwedt und die UN-Behindertenrechtskonvention, die die Anerkennung von Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte Bürger in der Gesellschaft einstuft. Der Tag ist Anlass, mit Unterschriften den „Aufruf zur Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte Behinderter Menschen“ zu unterstützen.



Landtagsabgeordneter
Mike Bischoff

Behindertenbeauftragter
des Landes Brandenburg,
Rainer Kluge

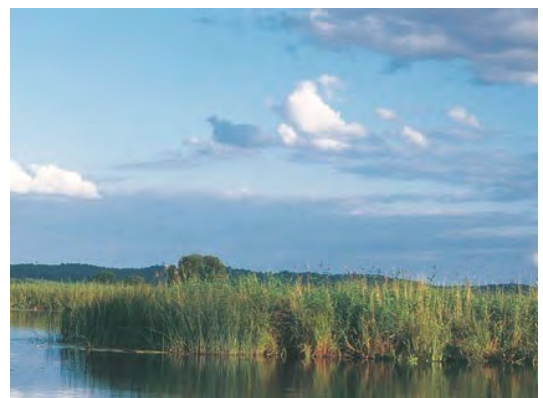
und Vorsitzender der LAG-SH,
Heinz Strüwing, im Gespräch



Am 15.09.2007 findet das traditionelle **Behindertensportfest in Schwedt** statt. Hier nehmen Vertreter der LAG-SH teil.

Barrierefreies Naturerleben vom Watt bis zum Watzmann

Unter diesem Thema findet vom 8. bis 10. Oktober 2007 in der Brandenburgischen Akademie „Schloss Criewen“ eine Tagung statt. Eine Einführung in die Tagung gibt Heinz Strüwing, erster Vorsitzende der LAG-SH. Er spricht als Einführung in die Tagung zum Thema „Reisen – eine Herausforderung für behinderte Menschen“.



„Für knapp sieben Millionen Menschen in Deutschland stellt, beziehungsweise knapp 50 Millionen Menschen in Europa, stellt Reisen eine besondere Herausforderung dar. Gehbehinderte Menschen, Menschen im Rollstuhl, sehbehinderte und blinde Menschen, schwerhörige und gehörlose Menschen, Menschen mit geistiger Behinderung und viel mehr treffen beim Reisen immer wieder auf Barrieren: Unüberwindbare Treppen, zu enge Durchgänge, fehlende akustische Signale, fehlende Sanitäreinrichtungen - oder auch – fehlendes Verständnis für die individuellen Bedürfnisse der reisenden Menschen mit Behinderung“, schildert Heinz Strüwing in seinen Ausführungen.

Auf diese Barrieren treffen aber auch ältere Menschen, Menschen nach einem Unfall oder einer Operation oder Eltern mit Kinderwagen. „Insofern ist Barrierefreiheit für 10 % der Bevölkerung zwingend erforderlich, für über 30 % hilfreich, für 100 % komfortabel“, fasst Heinz Strüwing zusammen. Das Land Brandenburg kann auf eine gute bis sehr gute Zusammenarbeit auf regionaler als auch überregionaler Ebene zwischen Behindertenorganisationen und den touristischen Strukturen verweisen. „Unternehmen wir weitere gemeinsame Anstrengungen, ein Naturerlebnis für „Alle“ zu schaffen, die Entwicklung von barrierefreien Angeboten anzuregen und umzusetzen. Ziel sollte es sein, dass jede Person barrierefrei reisen kann, wie und wohin sie möchte, an jeden gewünschten Ort, zu jeder Sehenswürdigkeit oder zu jeder Veranstaltung. In den Behindertenorganisationen und selbstverständlich im Beauftragten der Landesregierung für die Belange Behinderter finden Sie dankbare und aufmerksame Partner“, beendet Heinz Strüwing seine Ausführungen.

DER ROLLISEGLER STICHT IN SEE

Am 5. Mai ist es nach über dreijähriger Bauzeit endlich soweit: im Ueckermünder Stadthafen wird Deutschlands erstes behinderten- und rollstuhlfahrergerechtes Großsegelschiff feierlich getauft. Bei der Taufe sind Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke e. V. Landesverband Brandenburg und Mitgliedsverband der LAG-SH anwesend,

Das Schiff wird auf den Namen „Wappen von Ueckermünde“ getauft



Der Rollisegler wird am 15. September 2008 mit dem Zertifikat „Qualitätsmanagement Barrierefreier Tourismus“ ausgezeichnet. Dieses Zertifikat wird vom Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern an Einrichtungen verliehen, die barrierefreie Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen ermöglichen. Neben einer Schulung prüft die Kommission auch vor Ort auf der „Wappen von Ueckermünde“, ob die Kriterien zur Siegelvergabe erreicht sind.

Keine Hotels für Behinderte

Frage des Tages

Warum können Behinderte hier nicht ins Hotel?

HEINZ
STRÜWING

Vorsitzender
Behinderten-
Selbsthilfe



Mehr als sieben Millionen Menschen haben in Deutschland eine Behinderung, wird geschätzt. Auf diese Gruppe als Touristen verzichten die Schwedter Hotels. CORNELIA HENDRICH fragte Heinz Strüwing, den Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Menschen mit Behinderung (LAGH), warum Behinderte in Schwedt kein geeignetes Hotel finden.

Herr Strüwing, Behinderte finden in Schwedt nicht ein geeignetes Hotel-Zimmer?

Das Problem ist uns schon lange bekannt. In Schwedt gibt es kein einziges barrierefreies Zimmer, das der DIN-Vorschrift entspricht.

Gibt es nicht Zimmer, die entsprechend umgebaut wurden?

Es gibt nur Notlösungen. So hat das Turm Hotel zwar Zimmer mit breiten Türen und entsprechenden Toiletten, aber keine Dusche. Das Oder Hotel hat auch Räume mit breiten Türen, aber dort keine barrierefreie Toilette.

Schreibt das Gesetz nicht Barrierefreiheit vor?

Erst für neu gebaute Hotels ab November 2002, in der Änderung des Gaststättengesetzes. Und auch bei diesen Auflagen gibt es Ausnahmen. Zum Beispiel, wenn eine barrierefreie Gestaltung der Räume nicht möglich ist oder nur mit unzumutbarem Aufwand erreicht werden kann.

Was tun sie dagegen?

Wir können nur an Gaststätten und Hotels appellieren, Senioren und Behinderte als Gast und Wirtschaftsfaktor zu sehen.

(Siehe Seite 13)

Interview in der MOZ vom 27. Juli 2007

MOZ 27. Juli 2007

Vergebliche Zimmersuche

Swedter Hotels nicht barrierefrei – Kundenpotenzial unbeachtet

Schwedt (cohe/MOZ) Es gibt in Schwedt nicht ein einziges behindertengerechtes Zimmer. Die Schwedter Rentnerin Marianne K. war enttäuscht, als sie vor einigen Tagen mehrere Hotels anrief und keine Unterkunft fand.

Die Wohnbauten-Gesellschaft sanierte das Bad ihrer kleinen Wohnung im Marchlewski-Ring und bot ihr an, für diese Zeit in ein Hotel zu ziehen. „Ich habe das Turm Hotel, das Andersen-, das Camp-Hotel und andere angerufen, aber nicht ein Zimmer gefunden“, ist sie verwundert. Die 60-Jährige hat eine Muskelerkrankung und benötigt eine ebenerdige Dusche, ein erhöhtes Bett und einen rollstuhlgerechten Raum. Kein Hotel-Zimmer entsprach diesen Anforderungen, obwohl sie nach der Änderung

des Gaststättengesetzes längst vorgeschrieben sind. Allerdings nur für neu gebaute Hotels. „Das Problem hier in Schwedt kennen wir schon lange“, sagt Heinz Strüwing, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Behinderten-Selbsthilfe.

Damit lassen sich die Schwedter Hotels ein immenses Wirtschaftspotenzial entgehen.

Mehr als sieben Millionen Menschen haben in Deutschland eine Behinderung. „Doch es geht auch um die demografische Entwicklung, um die Senioren“, sagt Strüwing. „Im Jahr 2030 werden mehr als die Hälfte aller Schwedter über 65 Jahre alt sein.“ Und diese Senioren brauchen barrierefreie Zugänge.

Dabei sei die Stadt ansonsten hochgradig barrierefrei, sagt er. „Wir haben schon viel er-

reicht. Es gibt kaum noch einen Bordstein in Schwedt, der nicht abgesenkt ist. Es fahren viele Niederfler-Busse und ein Rollstuhlfahrer kann beim Nahverkehr anrufen, wenn er einen abgesenkten Bus benötigt“, so Strüwing. „Meine Wunschvorstellung ist natürlich, dass sich Behinderte ohne Anmeldung barrierefrei bewegen können. Aber man sieht, dass sich in den Köpfen der Politiker schon viel bewegt hat.“ Er fordert, bei Neubauten Barrierefreiheit schon in der Planung zu berücksichtigen.

„Man sagt, die Barrierefreiheit ist für 10 Prozent der Bevölkerung zwingend erforderlich, für 30 Prozent hilfreich und für 100 Prozent einfach komfortabel“, so Strüwing. Er meint damit zum Beispiel Aufzüge oder ein großes Bad.

DIE LANDESGESUNDHEITSMESSE Berlin-Brandenburg

Vom 16. bis 18. 11.2007 findet die **Landesgesundheitsmesse Berlin-Brandenburg** statt.

Von der Prävention bis hin zur Rehabilitation können sich die Messebesucher umfangreich informieren. Zahlreiche Aussteller, von Kliniken über Krankenhäuser bis hin zu Selbsthilfeorganisationen und Wellness-Anbietern, präsentieren ihre Produkte und Leistungen und stellen die neusten Entwicklungen und Trends vor. Fachvorträge und ein umfangreiches Rahmenprogramm ergänzen die Ausstellung.



Die LAG-SH nimmt mit acht Mitgliedsverbänden an der Gesundheitsmesse teil.



Am Messestand der LAG-SH Gudrun Klabuhn, Koordinatorin der Geschäftsstelle der LAG-SH in Aktion.

03. DEZEMBER INTERNATIONALER TAG DER MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Rainer Kluge, weist am Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung auf die schwierige Lage im Land Brandenburg hin.

(Märkische Oderzeitung vom 03.12.2007)

- kaum noch Hilfe für Rollstuhlfahrer an Bahnhöfen
- fehlende Leitsysteme für blinde Menschen oder
- durch die Stilllegungen von Bahnstrecken werden Betroffene zunehmend eingeschränkt – viele fühlen sich gezwungen, vom Land in die Städte zu ziehen
- die Deutsche Bahn zieht immer mehr Personal auf den Bahnhöfen ab. „Da ist oft niemand mehr, der einem Rollstuhlfahrer oder gehbehinderten Reisenden in den Zug hilft“, führt Rainer Kluge aus
- knapper barrierefreier Wohnraum
- Beschäftigte in Behindertenwerkstätten bundesweit sollen künftig ihr Mittagessen selber zahlen
- holpriges Pflaster
- fehlende optische Hinweise für Gehörlose
- rund 800 Schwerbehinderte suchen derzeit einen Job



„Die Situation hat sich insgesamt schon deutlich verbessert, aber noch immer sind mehr Kreativität von Baufachleuten sowie grundsätzlich weniger Gedankenlosigkeit gefragt“, sagt der Behindertenbeauftragte des Landes, Rainer Kluge in einem Interview der Märkischen Oderzeitung anlässlich des 3. Dezember.

Der Aufruf der LAG-SH aus den Jahren 2004 und 2005 an die Kommunen in Brandenburg, sich der **Erklärung von Barcelona** anzuschließen, wird fortgesetzt. Bisher gibt es 9 „barrierefreie“ Städte im Land Brandenburg. Das sind Brandenburg, Cottbus, Frankfurt(Oder), Bernau, Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Potsdam, Oranienburg, Dahme/Mark. In 2007 schließt sich Bad Liebenwalde der Erklärung von Barcelona an.

Die LAH-SG sendet einen **Brief an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Everts-Meyer**, in dem die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eingefordert wird und die weiteren Schritte der Bundesregierung nachgefragt werden. „Bisher gibt es noch keinen genauen Zeitplan für den Ratifizierungsprozess und die anschließende Umsetzung der Behindertenrechtskonvention“, ist die Antwort.

Im Dezember 2007 wird der **Arbeitskreis „Selbsthilfeförderung nach § 20 c SGB V** gebildet. Mitglieder sind Vertreter der Krankenkassen (AOK, BKK, Bundesknappschaft, IKK, LKK und VdAK) sowie Vertreter der Selbsthilfeorganisationen, DPWV, Brandenburgische Suchtfragen e. V. (BLS), LAGS und LAG-SH. Ein Entwurf der Rahmenvorgaben der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Umsetzung der kassenübergreifenden Gemeinschaftsförderung nach § 20 c SGB V ab dem 01. Januar 2008 wird diskutiert.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2007

- 22.02.2007 **Klausurtagung des LBB** in Potsdam
- **Begleitung des Prozesses der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe** in Brandenburg
Arbeitsgespräch Abteilungsleiter Soziales und Familie des MASGF und der AG „Kommunalisierung“ des LBB im Februar
- Am 09. und 10.03.2007 **Workshop** „Gesundheitliche Selbsthilfe zwischen Macht und Ohnmacht – die Orientierung an den Menschenrechten als Machtquell im Einsatz für die Rechte der Menschen mit Behinderung“ in Eberswalde im Waldsolarheim. Detlef Fröhöfer von der AOK Land Brandenburg übernimmt die Leitung dieses Seminars
- Teilnahme am 4. Meeting der transnationalen EQUAL-Entwicklungspartnerschaft INTERGRATOUR (neue und bessere Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten auf dem Gebiet des barrierefreien Tourismus) am 05.06.2007
- „**Tag der offenen Tür**“ in der Geschäftsstelle der LAG-SH am 09.05.2007
- Teilnahme am **Werkstattgespräch** der Deutschen Rentenversicherung Bund „**Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben**“, das am 14.06.2007 statt findet
- Gesprächsrunde mit Bauminister Reinold Dellmann, Landes- und Kommunalpolitikern, Wohnungsbauunternehmen und Betroffenen zum „Barrierefreien Bauen und Wohnen im Alter und bei Behinderung“ in Schwedt
- **Konferenz „ehrenamtliche Behindertenarbeit** im Landkreis Uckermark“
- Teilnahme an der Informationsveranstaltung des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung „**Selbstbestimmt leben: Persönliches Budget**“ am 18.09.2007 in Potsdam
- Am 03. bis 06.10.2007 findet die **REHACARE** in Düsseldorf statt. Vertreter der LAG-SH besuchen diese Messe
- Am **Handlungsfeld-Workshop „Rehabilitation“** der AOK am 17.10.2007 in Teltow ist auch die LAG-SH vertreten
- Teilnahme an der **Fachtagung zur Gesundheitsreform** des Integrationsamtes im Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) am 14.11.2007
- Akquirieren von Bußgeldern
- Neuauflage der Broschüre „Mobil mit Auto“
- Seit 2007 gibt es auf der Internetseite der LAG-SH eine aktuelle **Seite „Newsletter“**
- *Die LAG-SH führt den **PC-Kurs für ehrenamtliche Mitarbeiter** „Grundlagen und Gestaltung Präsentationen mit Power-Point“ am 12. und 13.10.2007 in Erkner durch*
- **Schulungsseminar** der LAG-SH „Grundlagen der einfachen Kassen- und Buchführung für die Mitgliedsverbände am 23.11.2007 in Hönnow

2008

In der Geschäftsstelle arbeiten eine Mitarbeiterin in Vollzeit, eine Mitarbeiterin in Teilzeit (20 h) bis Juni 2008 im Bundesmodellprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) und eine Mitarbeiterin über Entgeltvariante des Amtes zur Grundsicherung für 30 h bis Februar 2009.

Da die LOS-Stelle am 30.06.2008 ausläuft, erfolgt die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterin auf 165 Euro-Basis.

Der Geschäftsstelle der LASG-SH entsteht in 2008 ein finanzieller Schaden von 4.300 Euro durch Einbruchdiebstähle im April und Mai, der durch die Versicherung ausgeglichen wird. Auf Anraten der Versicherung werden vor den Fenstern und der Eingangstür Rollladenelemente angebracht, um somit weitere Diebstähle zu vermeiden bzw. zu erschweren. Die Kosten dafür belaufen sich auf ca. 900 Euro. Der Vermieter hat sich an diesen Kosten beteiligt.

Der Arbeitskreis „**Selbsthilfeförderung nach § 20 c SGB V**“ hat seine Arbeit aufgenommen. In Anlehnung an die Rahmenempfehlungen sind Förderkriterien entwickelt und abgestimmt. Die Verteilung der Fördermittel für 2008 ist gegenüber den Vorjahren verändert. Die Aufteilung erfolgt künftig in drei Gruppen:

- Selbsthilfekontaktstellen
- Selbsthilfe-Landesverbände
- Selbsthilfegruppen

Ab dem 01.01.2008 ist die Selbsthilfeförderung durch die gesetzlichen Krankenkassen mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) in eigenständiger Vorschrift (§ 20 c SGB V) neu geregelt. Das LASV des Landes Brandenburg sieht nun „die freiwillige Förderung durch das MASGF gegenüber der gesetzlich vorgegebenen Förderung als nachrangig“ an und will sich aus der Finanzierung der Selbsthilfeorganisationen zurückziehen. (Schreiben des LASV Land Brandenburg, Förderprogramme Gesundheit, Soziales und Familie vom 29.02.2008). Die LAG-SH erhebt am 13.03.2008 schriftlich Einspruch zur geplanten Regelung der Landesregierung zur weiteren Förderung für die Absicherung der Landesverbandsaufgaben. Darin heißt es: „Die Zuwendung des MASGF trägt dazu bei, dass Selbsthilfeverbände in jedem Jahr ihre Aufgaben erfüllen können und unterstützt damit eine aktive und flächendeckende Selbsthilfearbeit und die Interessenvertretung von behinderten und chronisch kranken Menschen und ihren Angehörigen im Land Brandenburg. Die Mitgliedsverbände erbringen im Gegenzug **notwendige und sozialpolitisch gewollte Leistungen**, die durch die Landesregierung im Gegenzug selbst in dem Umfang nicht erbracht werden können und im Interesse der Landeregierung liegen. Durch die kassenübergreifende Gemeinschaftsförderung dagegen soll die **gesundheitsbezogene Selbsthilfe** gestärkt und die professionellen Angebote der Gesundheitsversorgung ergänzt werden. Sie hat z. B. nicht die soziale Integration zum Ziel. Auch auf die

Förderung durch die Krankenkassen besteht kein Rechtsanspruch, sie ist als Zuschuss zu verstehen. Die Ansicht des MASGF, seine Förderung sei nachrangig, ist demnach unzutreffend“.

Die LAG-SH begleitet den Prozess der **Kommunalisierung der Eingliederungshilfe** in Brandenburg und ist in der Arbeitsgruppe „Kommunalisierung der Eingliederungshilfe“ im LBB vertreten. Diese AG wird vom Vorsitzenden der LAG-SH, Heinz Strüwing, geleitet. Die AG möchte eine **Stellungnahme zu Auswirkungen der Föderalismusreform** erarbeiten. Ein Schreiben der Arbeitsgruppe vom 03.03.2008 an Gerd Künzel, Abteilung Soziales und Familie des MASGF, soll die Frage klären, ob seit Inkrafttreten der Föderalismusreform nachteilige Veränderungen bei den Lebensstandards für Menschen mit Behinderungen bekannt geworden sind.

Gerd Künzel beantwortet diese Frage im Schreiben vom 17.03.2008 mit einem klaren „nein“. Weiterhin schreibt er: „Die durch die Föderalismusreform vom Sommer 2006 veränderten Gesetzgebungskompetenzen betreffen, so weit ich weiß, die spezifischen Belange von Menschen mit Behinderungen nur an einer Stelle. So ist die Zuständigkeit für das Heimrecht vom Bund auf die Länder übergegangen. Hier ist das Land Brandenburg gerade dabei, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes ein neues Heimgesetz zu erarbeiten und auf den Weg zu bringen. Für die eigentliche Eingliederungshilfe hat sich hingegen durch die Föderalismusreform nichts geändert. Hier liegt die Gesetzgebungskompetenz nach wie vor beim Bund. Für die Durchführung sachlich verantwortlich sind und bleiben im Land Brandenburg die Landkreise und kreisfreien Städte“.

*Am 7. und 8. März 2008 führt die LAG-SH ihren inzwischen schon traditionellen, **PC-Kurs** für die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Mitgliedsverbände durch. Da die Nachfrage sehr groß ist, beschließt der Vorstand, für 2009 zwei PC-Kurse einzuplanen.*

Joachim Haar, 2. Vorsitzender der LAG-SH und Mitglied des Ausschusses zur Ernennung der Berufsrichter an den Sozialgerichten, nimmt am 11.04.2011 an der **Veranstaltung zur Benennung des Präsidenten des Landessozialgerichtes Berlin-Brandenburg** teil.

Die Mitgliederversammlung der LAG-SH findet am 19. April 2008 statt.

Eingeladene Gäste des Landtages haben abgesagt. Der Tagesordnungspunkt „Selbsthilfe auf Bundesebene entfällt, da Christoph Nachtigäller, Geschäftsführer der BAGS, auch abgesagt hat. Die Mitgliederversammlung beschließt in einem **Schreiben an Dagmar Ziegler, Ministerin beim MASGF, auf die Problematik der Herauslösung des Kostenanteils für das Mittagessen aus den Sachkosten** der teilstationären Einrichtungen im Land Brandenburg aufmerksam zu machen.



25. bis 27. April 2008 findet die Messe **„Miteinander Leben“** in den Messehallen unter dem Funkturm in Berlin statt.

„Durchstart gelungen“, so der Landesbeauftragte für die Belange Behinderter Menschen Brandenburgs, Rainer Kluge, zum Abschluss der Messe. Trotz des frühlingshaften Wetters und der kurzfristigen Vorbereitungszeit aufgrund der in Insolvenz geratenen Vorgängermesse „Reha fair“ kommen insgesamt 11.231 Besucher. Sie können sich über die neuesten Angebote in den Themenbereichen Rehabilitation, Pflege, Gesundheit, barrierefreie Reisen, Kultur und Sport informieren. Traditionell nehmen die Vereine der Selbsthilfe aus Berlin und Brandenburg einen großen Raum ein. Die LAG-SH nimmt mit 7 Mitgliedsverbänden an dieser Messe teil.



Am 8. Mai 2008 führt die LAG-SH gemeinsam mit der Selbsthilfekontaktstelle KOMMunikationszentrum (KOMM) einen Aktionstag im Rahmen des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in den Räumen des KOMM durch. Unter dem Motto **„Teilhabe jetzt – eine Gesellschaft für alle“** informieren 17 Stände vor und in den Räumen des größten Treffpunktes für Menschen mit Behinderung in Schwedt über ein breites Themenspektrum von neuesten Operationstechniken bis hin zu Möglichkeiten, sein Auto behindertengerecht umzurüsten. Zahlreiche interessierte Bürger lassen sich von geduldgigen Vertretern der anwesenden sozialen und medizinischen Einrichtungen beraten. In den 25 nach Krankheitsbildern unterteilten Selbsthilfegruppen des KOMM treffen sich regelmäßig 800 Betroffene. Schwedt ist gegenüber anderen Städten barrierefreier geworden und man kann mit dem Rollstuhl fast überall hinkommen. Nur in wenigen Gaststätten gibt es noch Verbesserungspotential.

Das 6. Behindertensportfest in Schwedt findet 2008 am 1. September statt.



Die Eröffnung

Das Sportfest ist bereits ein traditionelles Ereignis in Schwedt



Am 17. und 18. September 2008 folgen rund 200 Vertreter von Verbänden und Einrichtungen der Einladung der Aktion Mensch zur Tagung und den Workshops „**10 Jahre 5. Mai**“ nach Berlin. Auch Vertreter der LAG-SH Brandenburg sind anwesend. Gleich zu Beginn ihrer Rückschau auf die verbandsübergreifenden Kampagnen präsentiert Heike Zirten, Referenten für Öffentlichkeitsarbeit bei der Aktion Mensch, den Teilnehmern der Jubiläumsveranstaltung sechs prall gefüllte Kisten mit 36.000 Unterschriften. Sie sind das Ergebnis des diesjährigen Protesttages, bei dem die Bevölkerung der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen einer Unterschriftenaktion Nachdruck verleihen will. In ihrer Rückschau geht Heike Zirten auf bedeutende Stationen des europäischen Protesttages ein. „Das Thema Behinderung ist in der Bevölkerung angekommen“, lautet ihr Fazit rückblickend auf zehn Jahre Protesttag-Aktionen. Klaus Lachwitz, Justitiar bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe, war an der Erarbeitung der UN-Konvention über die Menschen mit Behinderung unmittelbar beteiligt. Er erläutert den Teilnehmern die Schwerpunkte des Übereinkommens und die Verantwortung jedes Staates für die Ratifizierung. Auch in der Podiumsdiskussion wird deutlich, dass sich in den 10 Jahren einiges für Menschen mit Behinderung getan hat. Für die Zukunft gilt es, sich solchen Schwerpunkten zu widmen, wie Bildung, Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Barrierefreiheit in Medien und Städten sowie die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention.

Zum 1. Oktober 2008 ist der Geschäftsführer der BAG-SELBSTHILFE e. V., Christoph Nachtigäller in seinen wohlverdienten Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wird Dr. Martin Danner.

Vom 14. bis 16. November 2008 findet die **Gesundheitsmesse Berlin Brandenburg** in den Messehallen unter dem Funkturm statt. Die LAG-SH nimmt mit sieben Mitgliedsverbänden an dieser Messe teil. Als Doppelmesse ist sie von einem beachtlichen Besucherandrang bei einer Rekordzahl an Ausstellern gekennzeichnet. 330 Aussteller (2007: 320 Aussteller) zeigen Produkte





und Dienstleistungen, die der Förderung und Erhaltung der Gesundheit dienen oder speziell auf die Bedürfnisse von älteren Menschen zugeschnitten sind. Auch in diesem Jahr wird eine bunte Mischung aus Information und Unterhaltung, Trends und Angeboten für Körper, Geist und Seele gezeigt. Es präsentieren sich Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen, Krankenkassen und Kran-

kenversicherungen, Therapeuten und Selbsthilfegruppen, Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen. Sie alle zeigen auf, welche Möglichkeiten der Patient hat, um sich selbst aktiv an seiner Genesung und Gesunderhaltung zu beteiligen. Auch die Prävention kommt nicht zu kurz. Dass diese mit jeder Menge Spaß und Erholung verbunden sein kann, beweisen zahlreiche Aussteller aus den Bereichen Sport, Wellness, Beauty und Lifestyle.

Die LAG-SH Brandenburg e. V. ist mit einem Informationstand vertreten. Weiterhin präsentieren sich mit ihren Informationsständen 6 unserer Mitgliedsverbände.



3. Dezember Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen - für mehr Teilhabe und weltweit bessere Chancen

Seit 1992 ist auf Initiative der Vereinten Nationen (VN) jeweils der 3. Dezember eines jeden Jahres „Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen“. Dieser Tag soll sichtbare Zeichen setzen für mehr Teilhabe, weltweit bessere Chancen und gegen Benachteiligung behinderter Menschen. Symbole und Selbstverpflichtungen aber müssen mit Leben gefüllt und durch konkretes Handeln unterlegt werden. Die Bundesregierung verfolgt eine Politik für und mit behinderten Menschen im Sinne der Einbindung, Ermutigung, Befähigung, selbstbestimmter Teilhabe und Gleichstellung. Die wichtigsten weiteren Stationen des Wechsels in der Behindertenpolitik sind das Sozialgesetzbuch IX, das Behindertengleichstellungsgesetz, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und erfolgreiche Arbeitsmarktpprogramme (wie Initiativen „Job – Jobs ohne Barrieren“ und „Job 4000“).

2009

Die Stadt Erkner schließt sich der **Erklärung von Barcelona** an. Damit sind im Land Brandenburg bisher **11 Städte** dieser Initiative gefolgt.

Seit dem 1. Januar 2009 ist eine Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle angestellt, deren Stelle durch das Bundesprogramm Kommunal-Kombi finanziert wird. Diese Stelle ist für 30 Stunden pro Woche und bis zum 31.12.2011 bewilligt. Ab dem 01.08.2009 bis zum 31.07.2012 ist uns eine zweite Kommunal-Kombi-Stelle bewilligt.

Am 26.01.2009 erfolgt endlich die Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention durch Bundestag und Bundesrat.

Damit wird die UN- Behindertenrechtskonvention rechtsverbindlich für Deutschland. Sie ist weltweit das erste Menschenrechtsabkommen über die Rechte behinderter Menschen. Die UN-Behindertenrechtskonvention zielt auf **Inklusion**, will die Veränderung bestehender Strukturen und Auffassungen. Die Unterschiedlichkeit der Menschen soll und muss zur Normalität werden, während es bisher nur um **Integration**, die die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in die bestehende Gesellschaft anstrebt, ging.

Inklusion statt Integration – eine Verpflichtung zum Systemwechsel Deutsche Schulverhältnisse auf dem Prüfstand des Völkerrechts

Den Auftakt zur Umsetzung der Konvention bildet eine Veranstaltung zum Thema „Inklusive Bildung“. Individuelle Förderung und Zugang zu Regelschulen stehen dabei im Zentrum der Diskussion. Die am 29.01.2009 im Berliner Kleisthaus stattfindende Fachkonferenz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich ist die Auftaktveranstaltung einer gemeinsamen Kampagne der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, der Behindertenverbände und des DBR. Mit dieser Kampagne **"alle inklusive!"** soll über die Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention informiert werden. Auf insgesamt acht Fachkonferenzen bundesweit werden verschiedene Themenfelder der Konvention in den Mittelpunkt gerückt. An der Auftaktveranstaltung nehmen auch Vertreter der LAG-SH teil. Als "Experten in eigener Sache" gestalten die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V., der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. (DBSV), der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. und die Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben - gemeinsam lernen e. V. diese Fachkonferenz. Auf der ersten Fachkonferenz diskutieren die rund 300 Teilnehmer intensiv den Handlungsbedarf, der auf Bundes- und Länderebene im Bildungsbereich besteht. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die Frage, wie ein inklusives Bildungssystem gelingen kann.

Am 04.03.2009 findet der **2. Berliner Fachtag zur Patientenberatung und –information** statt. Namhafte Akteure der Patientenberatung und Anbieter von Patienteninformationen diskutieren bei dieser gemeinsamen Veranstaltung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschlands (UPD) und der Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel, über Qualität in der Patientenberatung und die

Schwierigkeiten und Chancen beim Erstellen und Vermitteln von Patienteninformationen. Die Teilnehmer des Fachtages, zu denen auch Vertreter der LAG-SH gehören, fordern einen besseren Austausch und eine intensivere Vernetzung der verschiedenen Akteure im Gesundheitswesen. Das ist auch die Grundlage zur Vermeidung von Doppelstrukturen und der Entwicklung einer nachhaltigen, effizienten und patientenorientierten Beratungs- und Informationsstruktur. Wir brauchen bessere Fachinformationen, die sich auf aktuelle wissenschaftliche Daten stützen, gute, qualitätssichere Informationen in verständlicher Sprache und eine transparente Beratung. Nur gut informierte Patienten können ihre Rechte wahr nehmen, mitreden und sich entscheiden.

*Vom 06. bis 07.03.2009 lädt die LAG-SH zum **PC-Kurs „Vertiefung von Word, Excel und weiterer Anwendungsprogramme“** in Erkner für ehrenamtliche Mitarbeiter der Mitgliedsverbände ein.*



18.04.2009 - Mitgliederversammlung der LAG-SH im Bildungszentrum in Erkner
Die „Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Brandenburg“ und die „Hilfsmittelversorgung“ sind Diskussionsgrundlagen der Versammlung.

Eveline Bleil von der AOK Brandenburg referiert zum Thema „Entwicklung in der Hilfsmittelversorgung – Erfahrungen aus Sicht der AOK“. Grundlagen sind § 126 und § 127 des SGB V. Sie regeln die Versorgung mit Hilfsmitteln durch Vertragspartner und die Art und Weise der Vertragsabschlüsse. Der neue § 128 des SGB V verbietet die Abgabe von Hilfsmitteln über Depots durch Vertragsärzte, soweit sie nicht zur Versorgung von Notfällen benötigt werden. Desweiteren dürfen Leistungserbringer Vertragsärzte nicht gegen Entgelt oder Gewährung sonstiger Vorteile an der Versorgung beteiligen.

Schwerpunkt der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist bisher die Ratifizierung des sogenannten Fakultativprotokolls zum UN-WSK-Pakt (Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte), den die Bundesregierung nun nach 20 jähriger Verhandlung unterschrieben hat und die dazugehörige Selbstverpflichtung zur Umsetzung auf nationaler Ebene und zur Berichterstattung (Staatenberichtsverfahren) über den Stand der Umsetzung bzw. Einhaltung der UN-BHR. Dabei kommt der sogenannten „Parallelberichterstattung“ an den UN-Ausschuss für WSK-Rechte eine wichtige Rolle zu. Im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens haben die Nichtregierungs-

organisationen (NGOs) und sonstige Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft das Recht, **selbst Berichte vorzulegen**. Hier gibt es gerade **für die Behindertenorganisationen ein wichtiges Betätigungsfeld**

*Im **Landesverband der Kehlkopfloren Brandenburg e. V.** gibt es Schwierigkeiten. Der Selbsthilfeverein der Kehlkopfoptierten Berlin und Umland Brandenburg ist aus dem Landesverband ausgetreten. Diesem Verein gehört auch **Dr. Jens-Uwe Kukla an, der deshalb seine Arbeit im Vorstand der LAG-SH beendet**. Der Landesverband der Kehlkopfloren besteht nur noch aus dem Bezirksverein der Kehlkopfloren.*

Aktionstag am 5. Mai 2009 „Teilhabe jetzt – eine Gesellschaft für alle“



Heinz Strüwing,
Vorsitzender der LAG-SH,
eröffnet den Aktionstag
„Teilhabe jetzt – eine Gesellschaft für alle“
am 5. Mai 2009



Gemeinsam mit der Selbsthilfekontaktstelle KOMMunikationszentrum Schwedt gestaltet die LAG-SH den Aktionstag „Teilhabe jetzt – eine Gesellschaft für alle“ am 5. Mai 2009 im Komm Schwedt. An 15 Ständen präsentieren sich die LAG-SH, die Selbsthilfekontaktstelle, 4 unserer Mitgliedsverbände und 16 Selbsthilfegruppen, die sich regelmäßig in der Selbsthilfekontaktstelle treffen. Sie informieren die Öffentlichkeit über ihre Arbeit mit Broschüren, Flyern und selbsthergestellten Bastelarbeiten. Weiterhin sind die Deutsche BKK Ost, die Zentralapotheke, die Orthopädie-Technik GmbH (OTB) Ostbrandenburg und die Physio- und Ergotherapeuten des Vereins Lebenshilfe als kompetente Ansprechpartner an diesem Tag vertreten. Als Gäste begrüßen wir u. a. den Landtagsabgeordneten, Mike Bischoff, den stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Schwedt, Lutz Herrmann, die Fachbereichsleiterin für Bürger- und Sozialangelegenheiten, Heike Voigt und die Behindertenbeauftragte Ursula Birmel. Für eine kulturelle Umrahmung sorgen Kinder aus dem Integrationskindergarten „Regenbogen“, in dem behinderte und nichtbehinderte Kinder betreut werden. Anbieter von Mobilitätshilfen demonstrieren ihre Produkte. Die Behindertenwerkstatt Schwedt, in der vorwiegend junge Menschen mit Behinderung im Arbeitsprozess integriert sind, stellen ihre Arbeiten aus.

08.09.2009

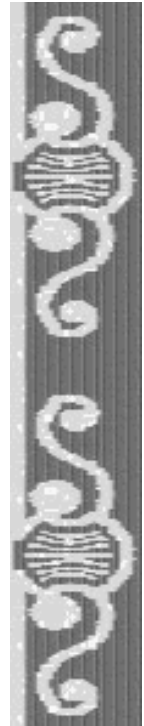
RAINER KLUGE IST TOT.

Der Lebensweg eines lieben Menschen ist beendet.

Unser Herz ist erfüllt von Trauer, aber auch von Dankbarkeit, weil wir einen Teil des Weges mit ihm gegangen sind.



Wir trauern um
Rainer Kluge

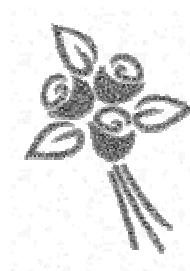


Sein Wirken war geprägt von seinem außerordentlichen Einsatz um die Belange der Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung in unserem Land.

Dagmar Ziegler, Ministerin des MASGF Brandenburg, schreibt in ihrem Nachruf:

„Rainer Kluge war ein kritischer Geist, der mit großem Mut das Schicksal seiner eigenen Behinderung annahm und dennoch die Kraft fand, als Landesbehindertenbeauftragter für die Interessen und die Integration der Menschen mit Behinderung zu wirken“. Weiter heißt es in dem Nachruf: „Sein Credo „Behindert ist man nicht, behindert wird man“ hat Zeichen gesetzt und die betroffenen Menschen im Land ermutigt, stärker für gleiche Chancen und Integration zu ringen“.

Er war uns stets Partner, Freund und Ratgeber. Wir werden ihn nicht vergessen.



An der Trauerfeier für Rainer Kluge am 27.11.2009 sind auch Teilnehmer der LAG-SH Brandenburg e. V. anwesend.

An der vom 02. bis 04.10.2009 stattfindenden **Gesundheitsmesse** auf dem Messegelände unter dem Funkturm in Berlin, nimmt die LAG-SH mit fünf ihrer Mitgliedsverbände teil.



In der **Woche des bürgerschaftlichen Engagements** findet unter der Schirmherrschaft von Matthias Platzeck am 10.10.2009 der **16. Brandenburgische Selbsthilfetag** in Strausberg statt. Vertreter der LAG-SH, sind mit dabei. „**Engagement macht stark. Wir machen uns stark für die Pflege.**“ Das ist der inhaltliche Schwerpunkt des Selbsthilfetages. Ehrenamtliche Betreuer, pflegende Angehörige, Selbsthilfegruppen und auch Mitarbeiter eines Projektträgers sprechen über ihre Erfahrungen in der Pflege und Betreuung von Alzheimer- und anderer Demenzerkrankten.

PC-Kurs vom 16.10.2009 – 17.10.2009 im Bildungszentrum Erkner

Der traditionelle PC-Kurs, organisiert durch die LAG-SH für ehrenamtliche Mitarbeiter der Mitgliedsverbände, ist wieder ein großer Erfolg. Diesmal hat Martin Rössler, unser Dozent, den Teilnehmern die Erstellung von Serienbriefen, den Umgang mit dem Internet, Einrichten von kostenfreier E-Mail und das Arbeiten mit Outlook nahegebracht. Aufmerksam folgen die Teilnehmer den Ausführungen des Dozenten und probieren sich mit Eifer an praktischen Übungen aus.



Am 03.12.2009 jährt sich zum 10. Mal der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung. An der Festveranstaltung des DBR sind Teilnehmer der LAH-SH dabei. Die Inklusion behinderter Menschen, die Einbeziehung und Berücksichtigung ihrer Rechte und Bedürfnisse von Anfang an sowie die Verwirklichung der Teilhabe behinderter Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung. Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt ist das Sozialgesetzbuch IX.

Am 18.06.2009 richtet sich die LAG-SH mit einem **Schreiben an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten, Helga Kühn-Mengel**, zur Problematik Funktionstraining, Lungensport und Krankengymnastik. Die LAG-SH bittet in diesem Schreiben um Unterstützung bei der Durchsetzung von notwendigen unbegrenzten Folgeverordnungen bzw. bei der Herbeiführung einer langfristig, tragfähigen Regelung im Sinne behinderter und chronisch kranker Menschen. Eine Antwort lässt auf sich warten.

„Wahlprüfsteine“

In Vorbereitung auf die Landtagswahlen am 27.09.2009 in Brandenburg hat die LAG-SH Fragen an die Politikerinnen und Politiker gestellt. „Was werden die Politikerinnen und Politiker nach der Wahl für die Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und deren Angehörigen tun“?

Fragenschwerpunkte sind:

- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zum Schutz von Menschen mit Behinderungen
- Barrierefreiheit
- Gesundheitspolitik
- Ehrenamt und finanzielle Förderung der Selbsthilfe

Am Mittwoch, den 09.12.2009 findet im Rahmen des Projektes „Nutze Deine Chance – Persönliches Budget“ in Fürstenwalde **eine Weiterbildungsveranstaltung zum Thema „Von der Beratung über budgetfähige Leistungen bis zur Antragsstellung – Ein Unterstützungsangebot für Mitarbeiter von Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung“** statt. Gudrun Klabuhn und Jan-Erik Mielke, beide von der Geschäftsstelle der LAG-SH, nehmen an dieser Weiterbildung teil. Nachdem das trägerübergreifende Persönliche Budget seit dem 01.01.2008 im SGB IX verankert ist, hat sich in der bundesdeutschen Behindertenhilfe viel gewandelt. Für Menschen mit Behinderung und einem besonderen Unterstützungsbedarf und Rehabilitanden bedeutet das Persönliche Budget eine neue Möglichkeit, ihre Unterstützungsleistungen zu organisieren. Mitarbeiter/innen von Beratungsstellen haben einen neuen Beratungsgegenstand. Für Kostenträger und Anbietern von Dienstleistung und Anbietern von Dienstleistungen im Tätigkeitsfeld „Soziales“ birgt das Persönliche Budget neue Chancen und Herausforderungen.



WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2009

13.02.2009

Teilnahme an der Sitzung des Arbeitskreises Selbsthilfeförderung Krankenkassen in Potsdam

13. bis 14.02.2009

Teilnahme am Presseseminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Birkenwerder der LAG-SH

10.03.2009

Teilnahme am Seminar zum Bundesreisekostengesetz in Berlin

20. bis 22.04.2009

Seminar „Mein gutes Recht... und wie ich es durchsetzen kann in Königswinter

27.05.2009

Seminar „Zuwendungsrecht“ in Berlin

16. bis 19.06.2009

Seminar „Reha und Teilhabe für Menschen mit Behinderung“ im Arbeitnehmerzentrum in Königswinter

Am 26.06.2009 ist die LAG-SH Brandenburg e. V. Gast auf der **Festveranstaltung der Landesvereinigung SELBSTHILFE Berlin e. V. zum 30-jährigen Bestehen**

02. bis 05. 07. 2009

Seminar „Rechte für Behinderte Menschen“ im Arbeitnehmerzentrum in Königswinter

02. bis 05.09.2009

Seminar zur Pflegereform im Arbeitnehmerzentrum in Königswinter

05.09.2009

Teilnahme am **Behindertensportfest in Schwedt**

23.bis 25.10,2009

Seminar „Nachteilsausgleiche“ im Arbeitnehmerzentrum in Königswinter

03.11.2009

Teilnahme an der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises der BAGS „Teilhabe“ in Bad Honnef

Aktive Mitarbeit bei der **Novellierung der Eingliederungshilfe**. Hier haben alle Landesarbeitsgemeinschaften, so auch die LAG-SH und ihre Mitgliedsverbände gemeinsam mit der BAGS ein Positionspapier erarbeitet. Dieses Positionspapier wird der Landesregierung übergeben.

2010

Eine Antwort auf unsere Nachfrage an die Patientenbeauftragte der Bundesregierung **zum Rehabilitationssport und Funktionstraining** haben wir immer noch nicht erhalten. Die LAG-SH wird dem neuen Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, erneut auf diese Problematik ansprechen.

Am 30.04.2010 erhalten wir eine Antwort.

Wolfgang Zöller weist auf die Rahmenvereinbarung über den Rehabilitationssport und das Funktionstraining vom Oktober 2003 in der Fassung vom 1. Januar 2007, die die Ausgestaltung der Leistungen im Einzelnen regelt, hin. „Die Rahmenvereinbarung wurde im Wesentlichen zwischen Leistungsträger aus dem Bereich der medizinischen Rehabilitation einerseits und verschiedenen Behinderten(sport)-verbänden andererseits auf der Ebene der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation abgeschlossen. Die gesetzlichen Krankenkassen müssen im Rahmen dieser Rahmenvereinbarung das Wirtschaftlichkeitsgebot des § 12 Abs. 1 SGB V beachten. Danach müssen Leistungen **ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich** sein, sie dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten“.

Zum 01.10.2010 erfolgt eine **Novellierung der Rahmenvereinbarung**. Zum Leistungsumfang und zur Dauer ist nunmehr ausgeführt, dass **die Erforderlichkeit für Rehabilitationssport und Funktionstraining grundsätzlich so lange gegeben ist, wie der Behinderte oder von Behinderung bedrohte Mensch während der Übungsveranstaltung auf fachkundige Leistung angewiesen ist, um die Ziele des Rehabilitationssports zu erreichen**. Die in der Rahmenvereinbarung genannten Angaben zur Dauer der Leistung sind daher Richtwerte, von denen auf der Grundlage individueller Prüfung nach den Erfordernissen des Einzelfalls abgewichen werden kann.

Der langjährige behindertenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, **Hubert Hüppe**, nimmt seine Tätigkeit als **neuer Beauftragter** der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen zum 01.01.2010 auf.

Die LAG-SH stimmt dem „**Klartext**“ von Dr. Martin Danner, Geschäftsführer der BAGS, zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zu.

Die Bundestagswahl hat einen halben Regierungswechsel in der Gesundheits- und Sozialpolitik gebracht. Während CDU/CSU den Akzent ihrer künftigen Regierungsarbeit eher auf Kontinuität legt, drängt die FDP auf einen Systemwechsel. Unterschiedliche Ansätze, die sich nur mühsam vereinen können und vage Formulierungen führen dazu, dass der Koalitionsvertrag mehr Fragen offen lässt als beantwortet.

„Für die BAG SELBSHILFE und ihrer Mitgliedsverbände ist diese Unklarheit zwar unbefriedigend, bietet aber auch Chancen“, sagt Dr. Martin Danner in seinem Klartext in der Selbsthilfe 4/2009. „Wir werden uns mit aller Macht dagegen wehren müssen, dass diejenigen, die am dringendsten auf ein funktionierendes Gesundheitssystem angewiesen sind, nicht über Gebühr durch Zuzahlungen, Aufzahlungen, Praxisgebühren und jetzt auch noch Zusatzbeiträge der Krankenkassen belastet werden. Wir müssen deutlich machen, dass Teilhabe und Inklusion nicht nur als Lippenbekenntnis

der Politik eingesetzt werden dürfen, sondern dass wir eine Reform der Eingliederungshilfe, eine Reform der Schulgesetze der Länder, eine grundlegende Neuausrichtung der Infrastruktur in Deutschland auf das Ziel der Barrierefreiheit fordern,“ sind klare Worte von Dr. Martin Danner, denen wir uns als LAG-Selbsthilfe Brandenburg unbedingt anschließen. **Inklusion und Solidarität sind wichtige Bausteine für den Zusammenhalt in der Gesellschaft**, auch im Hinblick auf chronisch Kranke und behinderte Menschen in Deutschland. Damit dieses funktioniert, werden wir die aus unserer Sicht notwendigen Forderungen deutlich machen.

*Am 25.01.2010 findet, das **Fortbildungsseminar „Zuwendungsrecht“** in Hönow statt. Als Referent können wir Oswald Fischer, Jurist und beim MASF in der Prüfhörde tätig, gewinnen. Seit 1998 ist er mit „Zuwendungen“ beschäftigt. Schwerpunkte der Veranstaltung sind die gesetzlichen Grundlagen für Zuwendungen, der Verwendungsnachweis und der Sachbericht.*

*Am 22.02.2010 führt die LAG-SH **einen Erfahrungsaustausch der Patientenvertreter in Hönow** durch. Hier wird deutlich, dass die bisherige Arbeit der Patientenvertreter in den Ausschüssen unbefriedigend ist. Diese Problematik muss unbedingt auf Bundesebene angesprochen und geklärt werden. Zu kritisieren ist auch die schlechte Beteiligung der Patientenvertreter an den Sitzungen.*

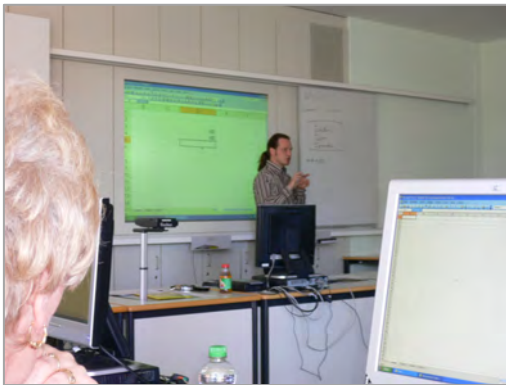
Die UPD lädt zum 03.03.2010 zum 2. Fachtag zur Patientenberatung und –information ein. Vertreter der LAG-SH nehmen an dieser Veranstaltung teil. Schwerpunkt der Tagung ist der Umgang mit **Behandlungsfehlern im Gesundheitswesen- Gegenwärtiger Zustand und Perspektive.** Herr Zöller, Patientenbeauftragter der Bundesregierung, hat sich als Ziel gestellt, Einfluss zunehmen, dass das **Gesundheitssystem vor allem gerechter und transparenter** für die Patienten/innen wird. In seinen Ausführungen macht er auch deutlich, dass, wenn Behandlungsfehler auftreten, der Patient auch ein Recht auf professionelle Beratung haben muss und dass ihm in angemessener Zeit Gerechtigkeit widerfährt. Bis Ende des Jahres wird er ein Diskussionspapier für ein Patientenrechtegesetz vorlegen, das auch Regelungen zum Umgang mit Behandlungsfehlern enthalten wird. Zusammengefasst haben sich folgende Schwerpunkte für die Perspektive auf diesem Fachtag herauskristallisiert:



- wir brauchen das Patientenrechtegesetz
- Ausweitung der neutralen Beratungsstellen
- freiwillige, ehrenamtliche Teilnahme von Ärzten an den Gerichtsverhandlungen
- Beteiligung von Patientenvertretern an den Schlichtungsverfahren
- Vereinfachung der Verfahren zu Behandlungsfehlern und mehr Transparenz
- Patientenleitlinien
- mehr Kommunikation zwischen Arzt – Patient, Pflege – Patient

- mehr Ehrlichkeit von Seiten der Ärzte
- wir brauchen einfache, unkomplizierte Lösungen, wenn Behandlungsfehler auftreten
- Prävention – aus Fehlern lernen

*Er ist schon Tradition, unser **PC – Kurs**. Am 6. und 7. März 2010 ist es wieder soweit. Die Teilnehmer aus 7 Mitgliedsverbänden können sich an diesem Wochenende Kenntnisse in Microsoft Word und Excel aneignen, festigen und erweitern. Martin Rössler, unser Dozent, versteht es, wie immer, den Kurs interessant und individuell zu gestalten. Jeder kann was für sich mitnehmen, ob es die „alten Hasen“ oder „Neulinge“ sind. Hier einige Fotos von unserem Wochenendkurs:*



An der Messe „Miteinander Leben“, die vom 08. bis 10.04.2010 erstmals im Estrel Convention Center in Berlin durchgeführt wird, nimmt



die LAG-SH mit 6 Mitgliedsverbänden teil. Finanzielle Unterstützung erhalten wir für

**Miteinander
Leben BERLIN**
REHA | PFLEGE | MOBILITÄT

die Teilnahme an der Messe vom Land Brandenburg. Wenn der Platz an unseren Ständen in diesem Jahr auch sehr knapp bemessen ist, so können wir doch sagen, dass wir unsere Arbeit und die unserer 6 ausstellenden Mitgliedsverbände wieder mit Erfolg einer

breiten Öffentlichkeit präsentiert haben. Hier einige Bilder von der Messe.



In den Bereichen Pflege von Alt und Jung, Rehabilitation sowie Mobilität im Alltag, Freizeit, Kultur und Urlaub können die Besucher der Messe alles, was für Senioren sowie für Menschen mit einer Behinderung oder Einschränkung wichtig ist, erfahren. Die Messe bietet mit seinen Ausstellern eine große Bandbreite an Informationen zu allen Bedürfnissen des täglichen Lebens.

*Am 17.04.2010 findet die **Mitgliederversammlung der LAG-SH** in Königs Wusterhausen statt.*

Gäste der Mitgliederversammlung sind:

- Ulrich Wendte, Leiter des Referates Behindertenpolitik des MASF
- Lothar Bochad, Patientenvertreter im Landesausschuss der Kassenärztliche Vereinigung des Landes Brandenburg,
- Beate Blechinger, behindertenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion
- Ursula Nonnemacher, behindertenpolitische Sprecherin der Grünen/ Bündnis 90-Landtagsfraktion.



Diskussionsschwerpunkt ist die Bedeutung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Land Brandenburg. Susanne Meffert, Geschäftsführerin des Landesverbandes der Lebenshilfe, informiert über den Hintergrund und Inhalt der UN-Behindertenrechtskonvention sowie die Situation und Perspektiven im Land

Brandenburg. Ulrich Wendte berichtet über den derzeitigen Stand und die geplanten Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung der Konvention im Land Brandenburg. In der anschließenden Diskussion wird ausdrücklich gefordert, dass ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft jedem Menschen ermöglicht werden muss. Auch Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Ein neuer ehrenamtlicher Vorstand wird gewählt

Viktor Meißner scheidet aus dem Vorstand aus.

Heinz Strüwing	1. Vorsitzender
Joachim Haar	2. Vorsitzende
Wolfgang Pohl	Schatzmeister
Jutta Lohmas-Liebster	Vorstandsmitglied
Dirk Seifert	Vorstandsmitglied
Hans-Jürgen Wenzel	Vorstandsmitglied
Peter Huschke	Vorstandsmitglied

Kassenprüfer:

Detlef Kordes
Iren Schirmer
Arnold Uschkoreit



Am 04.05.2010 stellt Minister Günter Baaske **den neuen Behindertenbeauftragten, Jürgen Dusel**, vor:



Der 45-jährige Jurist aus Cottbus tritt das Amt ab Mitte Mai 2010 im Sozialministerium an. Er ist Nachfolger von Rainer Kluge, der im September 2009 verstorben ist, Jürgen Dusel stellt seine neue Aufgabe unter das Motto „Mehr Teilhabe wagen!“ In Brandenburg leben rund 220.000 schwerbehinderte Menschen.

Als erste große Aufgabe für den neuen Behindertenbeauftragten sieht Günter Baaske die Mitwirkung bei der Novellierung des

Brandenburger Behindertengleichstellungsgesetzes.

Günter Baaske: „Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist unser gemeinsamer Maßstab und ihre Umsetzung unser gemeinsames Ziel.“

Jürgen Dusel wird dabei ein wichtiger Impulsgeber im Land sein. Auf fünf Regional-konferenzen von Juni bis September 2010 wird über die UN-Konvention und die Eckpunkte der Novellierung des Gleichstellungsgesetzes informiert und mit den Betroffenen diskutiert. Günter Baaske wird daran teilnehmen.

5. Mai Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

„Inklusion – Dabei sein! Von Anfang an.“ Unter diesem Motto findet auch in diesem



Jahr der Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt. In Zusammenarbeit KOMM Schwedt führt die LAG-SH Brandenburg e. V. am 05. Mai 2010 diesen Aktionstag durch, der mittlerweile im KOMMunikationszentrum Schwedt zu einer Tradition geworden ist. Als Gäste begrüßen wir u. a. den stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Schwedt,

Lutz Herrmann,

die Fachbereichsleiterin für Bürger- und Sozialangelegenheiten, Heike Voigt und

die Behindertenbeauftragte, Ursula Birlem.

Mit unserer **Unterschriftenaktion** „Wir sagen „nein“ zur **Kopfpauschale**“ haben wir an diesem Tag 69 Unterschriften gesammelt. Wir danken allen, die unterschrieben haben.

22.06.2010

Teilnahme am **bundesweiten Treffen zur Patientenbeteiligung auf Landesebene** in Berlin. Eingeladen hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Patient/innenstellen und –initiativen (BAGP).

Schwerpunkte sind:

- Austausch über die Aktivitäten und Entwicklungen auf Landesebene
- Aktuelle Entwicklung in der ärztlichen Bedarfsplanung
- Diskussion eines Positionspapiers der Patientenvertretung zur Neuordnung der ärztlichen Bedarfsplanung

Am 29.06.2010 findet in der Geschäftsstelle der LAG-SH ein Zusammentreffen mit Wolfgang Moritz von der expotec-GmbH (Messe Miteinander Leben), Hartwig Eisel und Martina Nell von der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin statt. Inhalt dieser Zusammenkunft ist die **Auswertung der Messe Miteinander Leben 2010** und bereits die Vorbereitung der Messe in 2012. Wünschenswert und vorstellbar ist eine Mitarbeit der LAG-SH Brandenburg im Messebeirat.

Vom 08. bis 10.10.2010 nimmt die LAG-SH mit sieben Mitgliedsverbänden an der **Gesundheitsmesse**, die unter dem Motto **Gesund Leben!** durchgeführt wird, teil.



Auf der Messe „Gesundes Leben!“ in Berlin präsentieren etwa 124 Aussteller eine breite Produkt- und Dienstleistungspalette rund um das Thema Gesundheitsprävention und Therapiemöglichkeiten, Ernährung und Sport, Wohlfühlen und Entspannen sowie Betreuung im Alter. Ein Rahmenprogramm mit medizinischen Fachvorträgen, sportlichen Vorführungen zum Kennenlernen und Mitmachen und einer Showbühne, rundet das Angebotsspektrum der Messe ab und lockt ca. 5.000 Besu-



cher in die zwei Messehallen.



Am 5. und 6. November 2010 findet unser traditioneller PC-Kurs statt. Teilnehmer aus 6 Mitgliedsverbänden, der Geschäftsstelle der LAG-SH und der Selbsthilfekontaktstelle aus Schwedt nehmen an diesem Seminar teil. Der Dozent, Martin Rössler, zeigt uns den Weg ins Internet, macht uns mit der Anmeldung kostenfreier E-Mailkonten vertraut und erklärt uns den Umgang mit diesen und wir haben genügend Zeit, um uns mit dem Internet und dem E-Mailversand auszuprobieren. Am zweiten Seminartag beantwortet Martin Rössler Fragen der Teilnehmer speziell zur Handhabung von Excel.



03.12.2010 internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen in Berlin.

Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident, Christian Wulf, lädt der Deutsche DBR an diesem Tag zu einer Festveranstaltung zum Thema „**Inklusion - mein Menschenrecht**“ ein, an der auch Vertreter der LAG-SH teilnehmen.

Themenschwerpunkt des Tages ist der Artikel 24 der UN-BRK, der die „Inklusive Bildung“ beinhaltet. „Die Inklusive Bildung ist Grundstein für eine belebte Inklusion“, sagt der Vorsitzende des Sprecherrates des DBR, Adolf Bauer, in seiner Eröffnungsansprache. Enttäuscht werden die Teilnehmer dieser Konferenz von der Bundesregierung. In deren Vertretung stellt Frau Lampersbach, Leiterin der Abteilung Belange behinderter Menschen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales den **nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** vor. Eigentlich wird erwartet, dass der nationale Aktionsplan zum Welttag der Menschen mit Behinderung von der Bundesregierung als fertiger Plan vorgelegt wird. So ist das aber nicht. Er ist in Arbeit. Frau Lampersbach stellt in Aussicht, dass der nationale Aktionsplan zum Ende des ersten Quartals 2011 vorliegt und setzt einen Realisierungszeitraum von 10 Jahren fest. Sie verspricht die Einarbeitung aller Forderungskataloge, die aus den Verbänden und dem DBR bei der Regierung zum Diskussionspapier eingegangen sind.

Vom 7. bis 8. Dezember 2010 findet ein **gemeinsamer Auswertungs- und Ideenworkshop** in Bad Saarow statt. An dem Workshop nimmt Frau Klabuhn, Koordinatorin der Geschäftsstelle der LAG-SH, in den Arbeitsgruppen Erziehung und Bildung und Barrierefreie Kommunikation und Information, teil

Ausgangspunkt sind die von Juni bis September 2010 durchgeführten fünf behindertenpolitischen Regionalkonferenzen des MASF im Land Brandenburg. An diesen Konferenzen nahmen insgesamt 1.000 Personen teil. In ihnen wurden in konstruktiver Atmosphäre wichtige Gedanken, Ideen und gute Beispiele für die schrittweise Umsetzung der UN-BRK zusammengetragen und diskutiert. Jürgen Dusel hat diesen Workshop zur gemeinsamen Auswertung einberufen, um gemeinsam mit den Teilnehmern die Ergebnisse dieser Regionalkonferenzen auszuwerten und das weitere Verfahren für die Entwicklung des Maßnahmenpaketes zu überlegen. Durch das Programm führt Frau Dr. Arnade, Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e. V. Sie gibt auch den Auftakt zum gemeinsamen Arbeitstreffen. Ottmar Miles-Paul, Landesbeauftragter für die Belange Behindelter Menschen Rheinland-Pfalz, berichtet über die BRK und ihre Umsetzung auf Länderebene und über Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz.

Der Nachmittag des 8. und der 9. Dezember sind den 9 Arbeitsgruppen, mit dem Kernthema „Auf dem Weg zu einem Brandenburgischen Maßnahmenpaket für Menschen mit Behinderungen“, gewidmet.

Handlungsfelder:

1. übergreifende Maßnahmen
2. Erziehung und Bildung
3. Teilhabe am Arbeitsleben
4. Inklusiver Sozialraum und Wohnen
5. Barrierefreiheit und Mobilität
6. Kultur, Freizeit, Sport
7. Gesundheit und Pflege
8. Barrierefreie Kommunikation und Information

9. Selbstbestimmtes Leben und Freiheits- und Schutzrechte

10. Partizipation und Interessenvertretung

Die Landesregierung hat sich vorgenommen, bis zum 30.06.2011 das Brandenburgische Maßnahmenpaket vorzulegen.

WEITERE AKTIVITÄTEN IN 2010

21. bis 23.04.2010

Seminar „Unterhaltssichernde Leistungen für Menschen mit Behinderungen“ in Königswinter

24. 04.2010

Vertretung der LAG-SH in der Mitgliederversammlung der BAGS in Königswinter

8.06.2010

Intensivseminar zur Beantragung von Mitteln bei der Aktion Mensch und bei gesetzlichen den Krankenkassen nach § 20 c SGB V in Bonn

28.06.2010

Teilnahme an der Behindertenpolitischen Regionalkonferenz „Alle inklusive in Brandenburg“ in Eberswade

28.08. 2010

Behindertensportfest in Schwedt

02.09.2010

Teilnahme an der Informationsveranstaltung www.barrierefrei..., der Tourismusakademie Brandenburg in Potsdam

Koordinierung der Patientenvertretung auf Landesebene

DIE LAG-SH BRANDENBURG E. V. IST IN FOLGENDEN GREMIEN, AUSSCHÜSSEN UND ARBEITSGRUPPEN VERTRETEN

- Landesbehindertenrat
- Landespflegeausschuss
- Widerspruchsausschuss und Beratenden Ausschuss des Integrationsamtes
- Tagung des Ständigen Ausschusses der LAG'n und der BAGS im Frühjahr und Herbst
- Arbeitskreis Selbsthilfeförderung der Krankenkassen
- Fachgruppe „Behinderte Kinder und Jugendliche“ und Mobilität und Bauen des LBB
- Arbeitsgruppe Gleichstellungsgesetz
- Ausschuss zur Ernennung der Berufsrichter an den Sozialgerichten
- Arbeitskreis „Teilhabe“

ZUSAMMENARBEIT UND HILFESTELLUNG FÜR DIE MITGLIEDSVERBÄNDE

- Hilfestellung bei der Beantragung und Durchführung von Projekten und dem Nachweis ihrer Verwendung beim Land und bei den Krankenkassen.
- Teilnahme an Mitgliederversammlungen und Landeskongressen.
- Vermittlung von Adressen, Ansprechpartnern, Referenten, Tagungshotels etc.
- Hilfe bei Vereinsgründung und Organisationsberatung.
- Schulung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern der Mitgliedsverbände in PC-Kursen und Seminaren.
- Erarbeitung von Finanzplänen, Tätigkeitsberichten, Jahresabschlussberichten,
- Laufende Finanzkontrolle und –berichterstattung.
- Projektvorbereitung und –bearbeitung zur Realisierung der Aufgaben der LAG-SH.
- Zusammenarbeit mit Behörden, Verbänden und Einrichtungen.
- Öffentlichkeitsarbeit (Internetseite der LAG-SH, Teilnahme an Messen und Kongressen, Fachtagungen, Ausstellungen und Presseberichte).
- Monatliche Bereitstellung des Rundbriefes.
- Quartalsweise Herausgabe des Informationsheftes.
- Ständige Zusammenarbeit mit der BAGS und den LAG'n der anderen Bundesländer

TELEFONISCHE, SCHRIFTLICHE UND PERSÖNLICHE BERATUNG ZU ALLEN FRAGEN IN DER GESCHÄFTS- UND BERATUNGSSTELLE DER LAG-SH WIE:

- der Schwerbehinderung und Nachteilsausgleiche
- Hilfestellung bei der Beantragung von Schwerbehindertenausweise und der Erwerbsminderungsrente
- zu Änderungsanträgen, Merkzeichen, Parkerleichterungen
- Hilfe bei der Gründung von Selbsthilfegruppen und Verbände,
- Informationen zu chronischen Erkrankungen
- Beratung zum barrierefreien Wohnen und Bauen
- KFZ-Hilfen
- Hilfestellung bei der Formulierung von Widersprüchen gegenüber Ämtern

MITGLIEDSVERBÄNDE FEIERN JUBILÄEN

In 2010 feiern ihr 20-jähriges Bestehen

- der Blinden und Sehbehinderten-Verband Brandenburg e. V.
- der Landesverband der Gehörlosen Brandenburg e.V.
- die Deutsche Rheuma-Liga Landesverband Brandenburg e. V.



Rückblick und Ausblick

Was vor über 20 Jahren, im Sommer 1990, in meiner Wohnung mit den ersten Telefonaten und Briefe schreiben, damals noch auf einer alten Schreibmaschine und ohne Speicher, begann, hat sich im Laufe der Zeit zu einem starken Zusammenschluss der Selbsthilfe in Brandenburg, mit einer gut funktionierenden Geschäftsstelle entwickelt. 19 Landesverbände chronisch Kranker und Menschen mit Behinderungen mit ca. 13.000 Mitgliedern versuchen, mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg, Einfluss auf die Behindertenpolitik in unserem Land zu nehmen.

Wenn wir heute zurückschauen und mit offenen Augen durch unser Land gehen, können wir mit Recht sagen: Ja es hat sich gelohnt, ja wir haben einiges erreicht. Die Integration von Menschen mit Behinderungen ist in vielen Bereichen ein großes Stück vorangekommen. Das aber nur, weil wir es gemeinsam verstanden haben, die Kräfte zu bündeln. Damit meine ich natürlich alle Kräfte, unsere Mitgliedsverbände genauso wie die Mitarbeiter im MASF, die Mitglieder im Landesbehindertenbeirat, den Landesbehindertenbeauftragten, die Mitglieder in der LIGA und viele, viele Bürger vor Ort, die sich aktiv für die Belange von Menschen mit Behinderungen einsetzen.

Können wir uns nun, nach 20 Jahren erfolgreicher Arbeit zufrieden zurücklegen? Nein, neue Herausforderungen liegen vor uns.

Durch die Verabschiedung der UN Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen, die 2008 in Kraft getreten ist, wird es in der Behindertenpolitik eine neue Qualität geben. Bis Ende 2010 hatten 155 Staaten und die Europäische Union die Konvention unterzeichnet und 97 Staaten und die EU hatten sie ratifiziert.

Inklusion statt Integration heißt nun das Zauberwort. Was damit gemeint ist, wissen wir. Aber wie die Inklusion umgesetzt wird, da müssen wir wohl gemeinsam in der Zukunft sehr wachsam sein, damit nicht das wieder eingerissen wird, was in mühevoller Arbeit in 20 Jahren aufgebaut wurde und was sich auch bewährt hat.

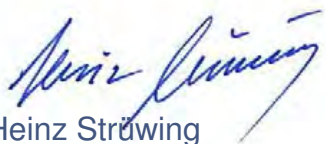
Wir haben in Brandenburg bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention einen guten Start hingelegt. Unser Sozialminister Günter Baaske hat gemeinsam mit den Verbänden von Menschen mit Behinderungen und Entscheidungsträgern vor

Ort, insgesamt 5 „Regionalkonferenzen zur Behindertenpolitik“ durchgeführt. Hauptthemen waren die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Neufassung des Behindertengleichstellungsgesetzes. Diese Konvention, so unser Minister, „können wir nur in gemeinsamer Arbeit in allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen umsetzen“

Da sind wir uns ja einig mit unserem Minister Baaske, „gemeinsam und nur gemeinsam“ können wir dieses erreichen. Es beginnt mit dem Abbau von Barrieren, vor allem in den Köpfen der Menschen. Da dies nicht so schnell geht, allein nicht ausreicht, benötigen wir ganz klare gesetzliche Regeln in allen Lebensbereichen. Dabei darf es in den wichtigsten Bereichen keinen eigenen, keinen Brandenburger Weg geben! Unsere Vorstellungen müssen mit den anderen Bundesländern abgestimmt sein. Weiter noch, unser Blick muss über den „Deutschen Tellerrand“ hinausgehen. Wenn wir von „Gemeinsam“ sprechen, meine ich auch die „EU Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen“, die bis in das Jahr 2020 reicht. Hier sind wichtige Eckpunkte der Barrierefreiheit, der Bildung, der Teilhabe, der Beschäftigung, der Gleichstellung und der Gesundheit festgeschrieben. Eine Teilhabe am Leben kann ja nicht an der Landesgrenze enden, denn der Mensch mit einer Behinderung hat die gleichen Bedürfnisse wie jeder andere Bürger.

Sich dafür einzusetzen, unsere Vorstellungen umzusetzen wird eine große Herausforderung und weiterhin die wichtigste Aufgabe für die nächsten 20 Jahre sein. Einen Vorteil haben wir, wir sind in einer weitaus besseren Position als vor 20 Jahren.

Packen wir es gemeinsam an, alle können dabei nur gewinnen.



Heinz Strüwing
Ehrenamtlicher Vorsitzender
Der LAG-SH

Erläuterung zu den Abkürzungen

Abkürzung	Erklärung
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
BAGH	Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen.
BAGP	Bundesarbeitsgemeinschaft der Patienten/innenstellen und –initiativen
BAGS	BAG SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen.
BGG	Bundesgleichstellungsgesetz
BRK	Behindertenrechtskonvention
BSH	Behinderten Selbst Hilfe
BSVB	Blinden-und-Sehbehinderten-Verband Landesverband Brandenburg e. V.
DBR	Deutscher Behindertenrat
DPWV	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverein
EJMB	Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen
KOMM	Kommunikationszentrum und Selbsthilfekontaktstelle für Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen in Schwedt
LAG'n	Landesarbeitsgemeinschaften
LAGH	Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
LAGS	Landesarbeitsgemeinschaft für Selbsthilfeförderung
LAG-SH	Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen Brandenburg e. V.
LASA	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LASV	Landesamt für Soziales und Versorgung
LBB	Landesbehindertenbeirat
LBO	Landesbauordnung
LOS	Lokales Kapital für soziale Zwecke

LVA	Landesversicherungsanstalt der Deutschen Rentenversicherung
MAQT	Märkische Ausbildungsgesellschaft, Qualifizierungs- und Trainingszentrum e. V.
MASF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Frauen
MASGF	Ministerium für Arbeit, Soziale, Gesundheit, Familie und Frauen
MOZ	Märkische Oderzeitung
PCK-AG	Petrolchemie und Kraftstoffe AG
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SAM	Strukturanpassungsmaßnahme
SEKIZ	Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationszentrum
SGB	Sozialgesetzbuch
Stau-Tagung	Ständiger Ausschuss der LAG'n und der BAGS
SVW	Stadtverordnetenversammlung
UN	Vereinte Nationen
UN-WSK	Vereinte Nationen-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
UPD	Unabhängige Patientenberatung Deutschland